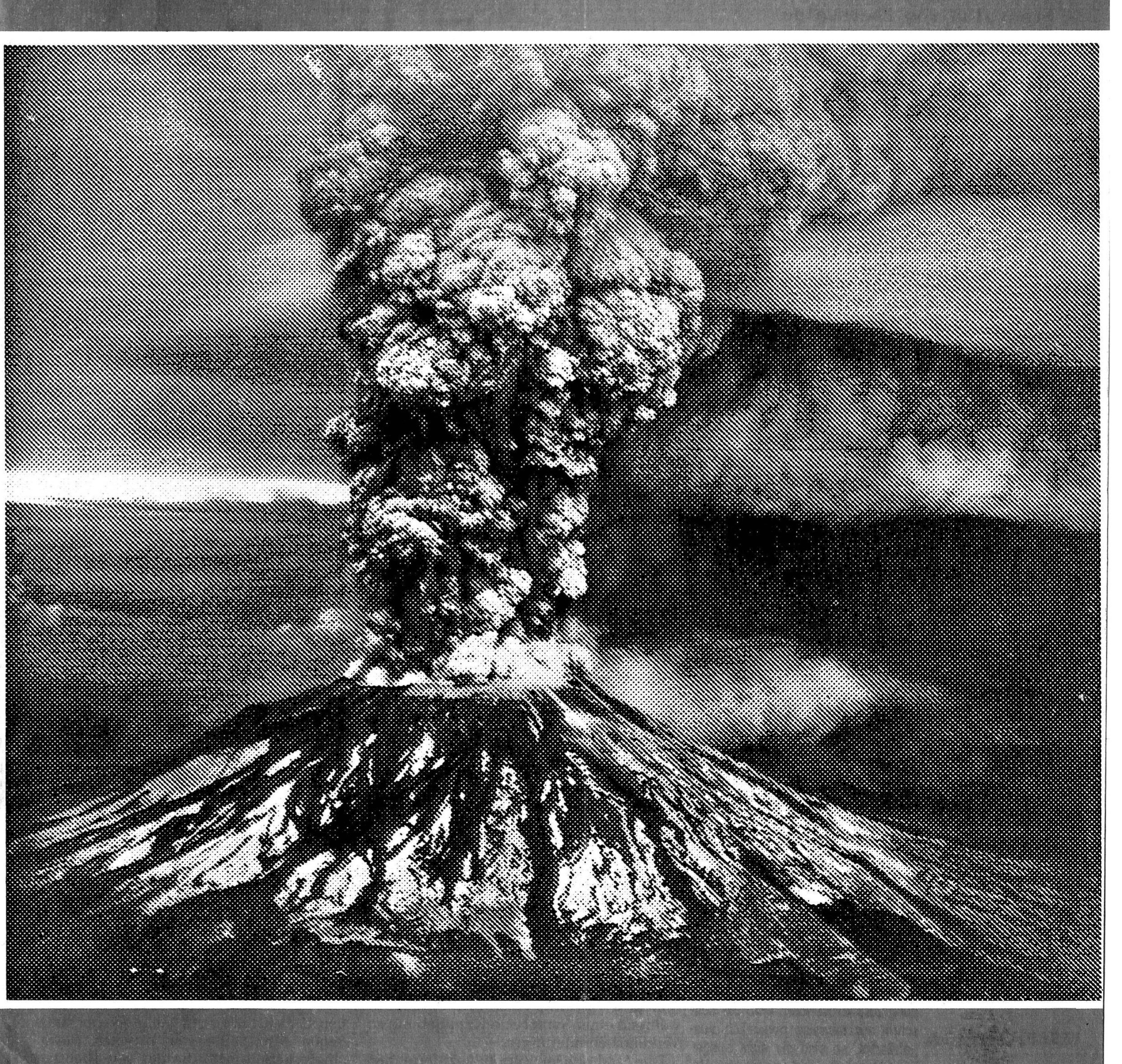
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Nr. 264

2. Dezember 1993

Zur Kritik an "Denunziantentum in Kreuzberg" S.5
An unserem vergangenen Umgehen mit Öffentlichmachungen gab es mehrfach Kritik, die wir uns angezogen haben und im Moment ausführlicher diskutieren. Daher haben wir uns gegen den Abdruck von "Denunziation in Kreuzberg" entschieden und in der Kritik daran den Namen der betreffenden Person geschwärzt.

Ordner:

- Jugendumweltkongress in GÖ 27.12.-3.1.
- BP-Frauen zum Frauenstreiktag 94
- CDR: Antifa-Arbeit in den USA
- Neonazis in Düren
- ProKo: Es gibt noch Autonome!
- Stadtplan von Eberswalde
- Formblatt für Unterstützungsunterschriften für Die Unregierbaren-Autonome Liste
- PKK-Verbot: Flugi für "Normalbürger"
- Sein oder Nichtsein - Die Toten bleiben jung
- Kritik an "Jugend Antifa Ffm"
- Zur [illegible]o-Li[illegible] der Jungen Freiheit: Falsche Adresse



Studenten protestierten



Inhalt:

Schwere Ausschreitungen in Zürich

Krawalle legen Verkehr lahm / Passant lebensgefährlich verletzt

ZÜRICH, 26. November (AP). Zwei Tage nach der Räumung eines von Alternativen besetzten Häuserblocks in Zürich ist es in der Nacht zum Freitag zu den schwersten Krawallen seit Jahren gekommen. Dabei wurde ein 57jähriger Passant lebensgefährlich verletzt. Im Anschluß an eine nicht genehmigte Demonstration von mehreren hundert Sympathisanten der Besetzer warfen Jugendliche Schaufensterscheiben ein. Die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse ein und nahm 39 Personen fest. Unter den Festgenommenen befinden sich zwei Deutsche.

Der schwer verletzte Mann wurde in der Zürcher Altstadt von einem Pflasterstein am Kopf getroffen. Nach Auskunft eines Polizeisprechers erlitt er schwere Schädel- und Hirnverletzungen. Der Mann wurde auf die Intensivstation eines Krankenhauses gebracht. Der Verkehr in Zürich kam zeitweilig zum Erliegen. Viele Geschäfte schlossen vorzeitig. Auch in Bern kam es während einer Symphatie-Kundgebung zu Verkehrsbehinderungen.

Die Stadtpolizei Zürich bezifferte den Sachschaden an Geschäften und Autos mit einer halben Million Franken (570 Millionen DM). Die meisten der 39 verhafteten Demonstranten, darunter vier Frauen, wurden bis Freitag mittag nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen. Die Bezirksanwaltschaft Zürich wird Verfahren wegen Landfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration einleiten. Bei den meisten der Festgenommenen handelt es sich um Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren.

Schon am Donnerstag abend hatten sich jeweils rund 100 Demonstranten auf zwei Plätzen der Stadt versammelt, nachdem Sympathisanten der Besetzer zu Kundgebungen aufgerufen hatten. Von der Polizei begleitet, zogen sie in Richtung Altstadt, wo sie während des Abendverkaufs plötzlich mit massiven Sachbeschädigungen begannen. „Sie schlugen einfach Schaufenster ein", sagte ein Augenzeuge. Auch mehrere Autos wurden umgekippt. Am Freitag morgen warfen laut Polizeiangaben Unbekannte zwei Molotow-Cocktails gegen Mitarbeiter der privaten Bewachungsgesellschaft, die das seit Dienstag polizeilich geräumte Wohlgroth-Areal absichert.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schu

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverl

RASSISMUS TÖTET! Gegen die staatliche Deckung rassistischer Gewalt

Kundgebung/Demo in Eberswalde zum Todestag von Amadeu Antonio (6.12.1990) am Samstag den 4.12.93 um 13 Uhr (Gerichtstraße vor dem Polizeipräsidium)

Am 6.Dezember 1990 starb Antonio Amadeu an den Folgen eines rassistischen Angriffs in Eberswalde. Die Umstände dieses Mordes sind bis heute nur lückenhaft aufgedeckt.
Bekannt ist jedoch: Amadeu Antonio wurde in der Nacht vom 24. auf 25. 11. 1990 von einer Gruppe von 50 bis 60 rechten Schlägern verfolgt und so brutal mißhandelt, daß er zwei Wochen später starb. Drei andere Vertragsarbeiter wurden bei diesem Angriff schwer verletzt. Die Polizei wußte schon eine Woche vor dem rassistischen Mord, daß ein Treffen von Faschos in Eberswalde stattfinden wird. Mindestens drei Zivilpolizisten hielten sich zum Zeitpunkt des Angriffs in unmittelbarer Nähe der Stelle auf, wo Amadeu Antonio totgeschlagen wurde.

Sechs der Täter wurden im letzten Jahr - fast zwei Jahre nach dem Mord (!) - vor Gericht gestellt und bis zu vier Jahren verurteilt.
Das Bezirksamt Frankfurt (Oder) hat im Urteil vom 14.9.92 festgestellt, daß sich sämtliche Beteiligten zumindest des Landfriedensbruches strafbar gemacht haben. Ein Großteil dieser Täter von ca. 50 - 60 Personen ist den Ermittlungsbehörden seit der Tatnacht namentlich bekannt. Entsprechende Ermittlungen, geschweige denn eine Anklage hat es bisher nicht gegeben.

Auch die drei Zivis, die den rassistischen Überfall aus sicherem Abstand beobachteten, wurden bisher nicht zur Rechenschaft gezogen.
Nach eigenen Aussagen sahen sie zwar, daß jemand mit einem Baseballschläger hinter Amadeu Antonio herrannte, daß später eine Gruppe um ihn herumstand und mit den Füßen auf ihn eintrat, einen Grund etwas zu unternehmen sahen die Zivis trotz Bewaffnung jedoch nicht. Eine Bekannte von Amadeu Antonio, die in dieser Nacht einen der Zivis um Hilfe bat wurde entgegnet: "Für einen Neger tu ich nichts!"

Seit März dieses Jahres hat die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die drei Zivis erhoben. Das Gericht weigert sich jedoch aus fadenscheinigen Gründen das Verfahren zu eröffnen, z.B. weil es angeblich zu wenige Beweise gäbe. Offensichtlich soll das Verfahren solange hinausgezögert und verschleppt werden, bis es schließlich keinen Menschen mehr interessiert und vergessen wird.
Amadeu Antonio würde heute noch leben, wenn die Polizei ihn und seine Bekannten in dieser Nacht geschützt und den Angriff verhindert hätte.

Unklar bleibt auch, warum der verantwortliche Einsatzleiter sich nicht für sein skandalöses Verhalten verantworten muß.

Eberswalde ist kein Einzelfall. Immer wieder wird deutlich, daß ein Großteil von Polizei und Justiz mit den Rechten offen oder hinter vorgehaltener Hand sympatisieren und sie teilweise unterstützen.
Wir können den Kampf gegen rechte und rassistische Strukturen nie und nimmer diesem Staat überlassen oder gar an ihn delegieren.
Trotzdem sehen wir es als einen Bestandteil unserer politischen Arbeit die Rolle von Polizei und Justiz auch im Zusammenhang mit rassistischer Gewalt öffentlich zu thematisieren.

★ Wir fordern daher, daß das Verhalten der Polizei in dieser Nacht rückhaltlos aufgedeckt wird und alle Beteiligten zur Verantwortung gezogen werden.
★ Wir fordern generell, daß rechtsextreme, rassistische Gewalt nicht länger von PolitikerInnen und Behörden verleugnet und verharmlost wird.
★ Wir fordern, daß die Opfer von Rassismus zumindest geschützt und nicht dem rechten Mob ausgeliefert werden.

Antirassistische Initiative e.V.,
Tel.: 785 7281

Busse fahren am Samstag um 11 Uhr vom Moritzplatz/Heinrich Heine Straße.
Kartenverkauf bei X-Beliebig Liebigstr. 34 und Schwarze Risse Gneisenaustraße 2a (Mehringhof) für DM 10.-

Antifaschistisches Infoblatt
c/o L.Meyer,
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin



Pressemitteilung

Wir möchten Sie auf eine Veranstaltung aufmerksam machen, die am kommenden Freitag vom Antifaschistischen Infoblatt und der Hummel-Antifa gemeinsam durchgeführt werden wird. Referent wird Leonard Zeskind, ein ausgezeichneter Kenner der rechtsextremen Szene und der Rechtsentwicklung in den USA, sein.

	Zwischen Adler & Hakenkreuz
	Die extreme Rechte in den USA und antifaschistische Antworten
Es spricht:	L. Zeskind vom Centre for Democratic Renewal
Ort:	Humboldt-Universität, Unter den Linden 6
	Raum 3038
Zeit:	Freitag, 3. Dez. 1993, 19.00 Uhr

Leonard Zeskind arbeitet als Leiter für Recherchen über rechtsextreme Organisationen beim US-amerikanischen Centre for Democratic Renewal(CDR). Das Centre ist ein wichtiges antifaschistisches/antirassistisches Dokumentations- und Koordinationszentrum, das in Kontakt zu Hunderten von örtlichen Initiativen in den gesamten USA steht. Das CDR dokumentiert die Entwicklung der rechtsextremen Szene und gibt den Basisgruppen vor Ort Unterstützung, um den Rechten den Boden zu entziehen.

Das CDR hatte 1979 als National Anti-Klan-Network begonnen. Als der Ku Klux Klan seine führende Stellung in der rechtsradikalen Szene Mitte der 80er Jahre eingebüßt hatte, benannte sich das Anti-Klan Network in Centre for Democratic Renewal um und weitete seinen Tätigkeitsbereich aus. Die Schwerpunkte von nun an lagen bei der Informationssammlung und -verbreitung zu dem Entwicklungsstand der rechtsextremen Bewegungen sowie bei den konkreten Antworten auf das Wirken dieser Organisationen vor Ort. Das CDR gibt nicht nur technische Hilfe, sondern betreibt auch eine gründliche Bildungsarbeit, um die Selbstorganisation der Communities gegen das Erstarken der Rassisten und Faschisten zu fördern.

Die rechtsextremen Organisationen, die den Rassismus oft in Form von gewalttätigen Überfällen praktizieren, sieht das CDR nicht nur als eine Randerscheinung der amerikanischen Gesellschaft. Rassistische Einstellungen sind längst Bestandteil des "Mainstream" und der Regierungspolitik. Dazu bedurfte es nicht erst der Kandidatur eines ehemaligen Ku Klux Klan-Führers bei der Wahl des Präsidentschaftskanidaten der Republikanischen Partei im vergangenen Jahr.

Wir möchten Sie bitten, in Ihren Medien auf unsere Veranstaltung hinzuweisen. Zu der Arbeit des Centre for Democratic Renewal legen wir einen Artikel aus dem Antifaschistischen Infoblatt bei.

Berlin, 27.11.93 Antifaschistisches Infoblatt

Bankverbindung: J. Lehmann, Kto.-Nr.: 411 960 - 105, BLZ: 100 100 10, Postgiro Berlin

erklärung zum brandanschlag auf einen jugendclub:
in berlin köpenick befindet sich in der hoernlestr. ein jugend-
club .dieser„hoernleclub"ist seit längerem ein zentraler treff-
punkt für faschist/innen aus der gegend köpenick und umland.
edwin hoernle war ein antifaschistischer widerstandskämpfer.der
clubleitung ist das alles egal-auch wenn die nazis nach der disco
jagd auf menschen machen.darum haben wir in der nacht zum 23.11.
im club feuer gelegt und das gebäude damit zum teil zerstört.
sollte er wieder als nazitreff eröffnen,werden wir ihn mit anderen
mitteln vernichten-endgültig.

eine antifa gruppe

STELLUNGNAHME VON EINIGEN LEUTEN AUS BRAUNSCHWEIG ZU DEN BERICHTEN UM PEDDER TEUMER, SÄNGER VON DAILY TERROR:

Seit einiger Zeit gibt es Berichte, Interviews und Stellungnahme mit und über Pedder Teumer. Was anfangs nur ein Gerücht war hat sich jetzt bestätigt. P.T. hat jahrelang versucht seine rechte Gesinnung zu verleugnen, indem er Wahrheiten und Beschuldigungen über seine Person nicht wahrhaben wollte und abwies.
Wir haben uns entschlossen einige Fakten zusammenzutragen von denen wir meinen das eine ausführliche Stellungnahme von P.T. unumgänglich ist. Darüber ist zu sagen, daß eine einfache Stellungnahme zu den Vorwürfen, wie er sie in einigen Fanzines abgegeben hat, wohl nicht mehr ausreichen dürfte. P.T. gibt an sich nicht rechtfertigen zu müssen, was wir nachfolgend widerlegen werden:
Den Brief den P.T. an einen Fan schrieb und indem er klar sagt wo er steht, ist laut Aussage seiner Frau, in der ZAP, ecnt. In dem Brief entlarvt er sich als NPD-Symphatisant und Nationalist. Auch wenn der Brief nicht rausgekommen wäre sind die Vorwürfe ausreichend: Richtig ist das P.T. ins Stadion geht und sich dort mit Faschos und Hooligans trifft und mit ihnen absäuft. P.T. sagt:"Hooligans vom BTSV sind okay"und "Irgendwann haben auch mal ein paar Linke was abbekommen." Dieses rechtfertigt er mit dem Satz "Ich habe auch genug auf die Fresse gekriegt und wenn ich die alle hassen würde, die mir irgendwann mal was getan haben, müßte ich ja die ganze Menschheit hassen."(Skintonic Nr.14).
Die Hool- und Faschoszene aus BS griffen mehrmals besetzte Häuser und Zentren an. Klar ist, daß in seinem "Freundeskreis" Faschisten und Rassisten eine Rolle spielen. Zitat von P.T.:"Ich habe viele Bekannte die sowohl rechts als auch links sind."
Desweiteren gibt P.T. an, daß es ok wäre wenn sich Faschisten auf seinen Konzerten fair verhalten. Das heißt eindeutig ,daß er Faschisten toleriert und sie auf seinen Konzerten Einlaß finden worauf er die VeranstalterInnen im Vorfeld ausdrücklich hinweist.
Wenn P.T. schreibt das er gegen jede Form von Diskriminierung, Faschismus und Rassismus ist, und soweit ihm möglich bekämpft, widerspricht er sich . Uns würde es interessieren was er unter "bekämpfen" versteht, wenn er sich doch gleichzeitig mit Faschisten und Rassisten auf eine Stufe stellt, indem er keine klare Position gegenüber seinen "Freunden" und seiner Vergangenheit Stellung nimmt. Er versucht sich mit Projekten wie ein Gratiskonzert für die Bs-Aidshilfe oder Unterstützung einiger Antifa-Punkbands aus der Affäre zu ziehen. Das ist der Deckmantel den er sich überzieht um sich reinzuwaschen. Wir empfehlen ihm ein Denkmantel.
Kurz noch etwas zu den Texten von Daily Terror. Es ist zwar richtig das die Texte von D.T., die überwiegend von P.T.verfaßt werden, keine faschistischen Aussagen haben, jedoch weisen wir auf das Lied "Europa" hin, in dem eine Textstelle folgendermaßen lautet:"Verleugnet nie woher ihr kommt, seid stolz auf euer Land." Hier ist eine eindeutige nationalistische Aussage zu erkennen.

Wir haben in unserer Ausführung bewußt nur sachliche Argumente angeführt, die größten Teils seinen Äußerungen entnommen sind, um zu verhindern das sich P.T.wieder einmal damit rausreden kann, daß ja alles gelogen sei.
Klar ist, daß eine Kombo wie Daily Terror auf "Rock gegen Rechts" Konzerten nichts zu suchen hat.

KEINEN FUßBREIT DEN FASCHISTEN

Kritik an "Denunziantentum in Kreuzberg !"

Was ist passiert ?
Seit Tagen kursieren laut Flugblatt in und über den ausgesuchten Medien Interim,Ex,Schwarze Risse, Infoläden M99 und Nachladen Waldemarstr., Berliner Zeitung und Neues Deutschland, von "einigen Autonomen" Infoblätter gegen Gerüchte "über einen Kreis von Leuten, die angeblich hinter der Gruppe "Klasse gegen Klasse" stecken soll"!
Ich teile die Vorgehensweise der Veröffentlichung der persönlichen Daten der Person Sybille Schmidt und Ihrer Tätigkeitsfelder, weil Sie auch nach eigenen Aussagen dieses Gerüchtkarussel ausgelöst und damit verantwortet hat.

Kritik an "Wer ist Sybille Schgmidt?

Ich teile nicht, die weil zu subjektivistisch, damit meine ich die durch persönliche Eindrücke verfärbte deshalb nur scheinbare objektive Aufzählung ihrer Beziehungs- und Vater - Kind - FreundIn- Konflikte.
1.)Diese Form der öffentlichen Motivforschung und Veröffentlichungsrechtfertigung ist für mich aufgrund der persönlichen Einfärbung nicht nur **schmutzige Wäsche waschen,** *sondern lenkt meineserachtens , ab von der lesenswerten Hintergrundinformation über die Ursache diverser Durchsuchungen und Zeitungsartikel von TAZ bis BZ über "Klasse gegen Klasse".*
Die Szenebeschreibung mit " Du warst das mit der Handgranate" hätte da doch alleine schon ausgereicht.
2.)Auch Sybille wird bei solch ausführlicher Detailschilderung über Ihre persönlichen Aktivitäten eher motiviert und es erleichtert die UrheberInnen der "Kampagne" gegen Sie herauszufinden.
3.)Die subjektivgefärbten Fakten geben Ihr und anderen die Möglichkeit und Freude an der Herstellung neuer Gerüchte!
Ich fände eine überarbeitete Neuauflage notwendig und hilfreicher.
Vielleicht mit einigen Auszügen aus der Presse BZ und TAZ.
Beispiel.: BZ
Dort beklagt sich angeblich der ermittelnde Staatsschutz über die fehlende Aussagebereitsschaft der Kreuzberger Bevölkerung über die Leute der Gruppe "Klasse gegen Klasse" mit der abschließenden Bermerkung, dabei nur über die nicht ernstzunehmenden Aussagen einer KreuzbergerIn zu verfüge!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Armin Gröpler
Ritterlandweg 54C
13409 Berlin

Michaela Maliske
Ritterlandweg 54A
13409 Berlin

Gisela Mohr
Ritterlandweg 54A
13409 Berlin

am 30.10.93 haben wir das Auto des Faschisten C. Pagel zerstört. Wie uns aus der Presse bekannt geworden ist, sind Ihnen dadurch Unannehmlichkeiten entstanden, u.a. sind die beiden parallel zu Pagels BMW geparkten PKW zumindest stark beschädigt worden.

Für diese Unannehmlichkeiten möchten wir uns bei Ihnen in aller Form entschuldigen.

Wir wissen, daß Sie sich von dieser Entschuldigung nichts kaufen können, trotzdem möchten wir Ihnen erklären, warum wir unser Vorgehen dennoch richtig fanden.
Wir sind Autonome und müssen, aus hoffentlich verständlichen Gründen, anonym bleiben. Wir denken, daß Widerstand gegen Faschisten, Nazis und deren reaktionäres Umfeld notwendig ist. Ganz abgesehen davon, daß weder Polizei noch Justiz willens sind, gegen den rassistischen Terror vorzugehen, bekämpfen wir den Rassismus, Antisemitismus und Sexismus der Faschisten auf allen Ebenen. Aktive und passive Unterstützung und Kooperation staatlicher Institutionen mit Faschisten hat in diesem Land eine lange Geschichte.

Gäbe es nicht noch einige zehntausend aufrechte Menschen in diesem Land, die sich den Nazis entgegenstellen, würden die Nazis noch viel hemmungsloser und offener hier in Berlin agieren können, so wie dies in einigen deutschen Städten der Fall ist. Zu unserem Widerstand gegen Nazis gehört auch - nicht nur, aber auch -, daß wir versuchen, sie soweit einzuschüchtern, daß ihr Handlungsspielraum entscheidend eingeengt wird. Wir halten es für richtig, Faschisten materiell zu behindern, indem wir ihnen beispielsweise das Auto anzünden. Das ist durchaus als Warnung an sie gedacht: wir wissen, wo sie wohnen, wir können sie jederzeit treffen, auch empfindlicher.
Unsere Aktion sollte rechtzeitig zum 9. November, dem Jahrstag der Reichspogromnacht, stattfinden, weshalb wir unter Zeitdruck handeln mußten. Wir standen vor der Wahl, entweder so lange zu warten, bis Pagels Auto mal ganz alleine im Hof steht, oder wir mußten die Beschädigung weiterer PKWs in Kauf nehmen. Wir haben uns zu letzterem entschieden und wollten Ihnen versichern, daß wir dabei gewisse Sicherheitsregeln, die für uns immer gelten, beachtet haben:
1) Eine Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit von Unbeteiligten war weitestgehend ausgeschlossen. Schäden durch den Brand hätten Personen lediglich dann erleiden können, wenn sich jemand direkt in die Flammen gestürzt hätte.

Die von uns verwendete Menge an Benzin und Hilfsmitteln schloß

aus, daß sich das Feuer beispielsweise auf Ihr Haus hätte ausbreiten können. Die von uns gewählte Uhrzeit für den Anschlag war so, daß es äußerst unwahrscheinlich war, daß jemand von Ihnen zu dieser Zeit den Hof passiert bzw. sich darin aufhält.
Aus Gründen unserer eigenen Sicherheit haben wir uns dagegen entschieden, die Scheiben des BMW einzuschlagen und dann das Wageninnere anzustecken. Bei diesem Vorgehen hätten wir soviel Krach machen müssen, daß unser eigener Rückzug hätte gefährdet sein können. Außerdem wären dann Ihre PKWs wahrscheinlich ebenfalls, wenn auch nicht so stark, in Mitleidenschaft gezogen worden.
2) Ihre Wohnungen waren zu keiner Zeit gefährdet. Hätte Pagels BMW direkt an einer Hauswand gestanden, hätten wir die Aktion so nicht durchgeführt, da wir, und da unterscheiden wir uns ganz grundlegend von den Faschisten, niemals Menschen in ihren Häusern anzünden würden. Deshalb können wir es uns auch nicht vorstellen, daß die bei Ihnen erfolgten Kellerbrände, so sie überhaupt Herrn Pagel gegolten haben, von AntifaschistInnen durchgeführt wurden.
Ihre Sorge, daß möglicherweise irgendwann mal Ihr ganzes Haus in Flammen steht, ist uns verständlich, schließlich wissen Sie nicht, wer wir sind und kennen aus den Medien wahrscheinlich nur die Bilder vermummter und gewalttätiger Autonomer.
Und vermummen müssen wir uns manchmal, denn auch wir haben Wohnungen, FreundInnen, Familie, die wir genau wie uns selbst vor Angriffen von Nazis, Polizei und Justiz schützen müssen.
Gewalttätig sind wir da, wo wir es für notwendig und unvermeidbar halten. Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.
Unser Widerstand wird dabei auch gewalttätig sein. Wir bemühen uns, so verantwortungsvoll wie möglich mit Gewalt umzugehen. D.h. auch, im voraus so zu planen, daß Unbeteiligte möglichst nicht in Mitleidenschaft gezogen werden und daß unter allen Umständen Menschenleben nicht gefährdet werden.
Dennoch sind durch unsere Aktion zwei PKW von Unbeteiligten zerstört bzw. beschädigt worden. Der eine scheint versichert gewesen zu sein, weshalb der Schaden nicht allzu hoch sein wird, der andere Wagen war nach dem Pressebericht nicht versichert und muß abgeschrieben werden. Das tut uns leid. Allerdings ist dies kein Schaden, der den Besitzer in seiner Existenz treffen wird.
Insofern schien es uns wichtiger, ein deutliches Zeichen antifaschistischen Widerstands zu setzen, als Ihnen diese Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Wir schreiben Ihnen dies, um Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Ängste, wie sie in der Presse zu Tage kamen, was Aktionen von unserer Seite angeht, unbegründet sind. Unwohl würden wir uns allerdings auch fühlen, wenn wir mit einem aktiven Faschisten wie Pagel zusammenwohnen würden, zumal Nazis, wenn sie untereinander Streit haben, nicht solche Kriterien haben wie wir.
Da wir Herrn Pagels Bewegungen weiter registrieren werden, möchten wir Ihnen vorsorglich empfehlen, Herrn Pagel zu ersuchen, seinen Wagen woanders zu parken. Auch uns wäre öffentliches Straßenland deutlich lieber.

Mit freundlichen antifaschistischen Grüßen

Eine autonome Gruppe

P.S.: Mit diesem Brief schicken wir Ihnen unsere Presseerklärung.

Wir sind Freunde von dem Mann um den es in der Interim vom 25.11.geht. Wir haben nämlich auch mal was zu sagen: 1.nicht jeder Pädo ist ein Vergewaltiger 2.ihr behauptet,daß er sich als pädophil bezeichnet.Das stimmt nicht.Weder bezeichnet er sich als pädophil noch ist er es.Pädophil heißt mit Kindern zu schlafen.Mit 14 oder 15 Jahren ist man kein Kind mehr.Man sollte sich mal lieber über Gerüchte und den Umgang damit Gedanken machen,als jemanden wegen Gerüchten fertig zu machen.Was ihr betreibt ist übelster Rufmord!Die Lügen stinken!Ihr schreibt,daß er Trebekids bei sich wohnen läßt und sie aufgrund ihrer Situatin sexuell mißbraucht.LÜGE!!!Außerdem erwähnt ihr einen Zusammenhang,aus dem er wegen Kindesmißbrauch rausgeflogen ist.Was ihr verschweigt ist,daß die angeblichen Opfer nachts geweckt wurden und man sie zwingen wollte,zu sagen daß sie von ihm mißbraucht wurden.Weil sie aber nicht mißbraucht wurden,haben sie es auch nicht sagen können.Trotzdem standen einen Tag später seine Sachen vor der Tür.Begründet wurde die Aktion damit,daß Kinder es noch nicht entscheiden können ob sie mißbraucht werden oder nicht.Damit war er zum Kinderficker abgestempelt.In der Autonomenszene wird bei sowas nicht lange gefackelt.Ausfindig gemachte "Vergewaltiger" können damit rechnen fertig gemacht zu werden.Es kann jeden treffen!Es werden ja sogar die Leute übergangen,die mit ihm geschlafen haben sollen.Ihr habt wahrscheinlich Probleme damit,Jugendliche als Menschen mit Gehirn zu akzeptieren.Ihr wollt sie aber trotzdem beschützen.Ihr seid nicht besser als irgendwelche fuckautoritären Eltern!Vor 2 Jahren waren wir auch noch Trebekids.Wir lernten ihn kennen und befreundeten uns recht schnell.Als er uns mal fragte ob wir mit ihm schlafen wollten, haben wir nein gesagt und das Leben ging weiter.Ganz normal.Wir haben alle in einem Bett geschlafen.Angebaggert oder vergewaltigt wurden wir nicht.Er hat auch nicht rumgebettelt oder was andres gemacht, um uns"rumzukriegen".Wenn aber jemand Lust hat,mit ihm zusammenzusein oder einfach nur so mit ihm zu vögeln,ist das ja kein Mißbrauch.Natürlich haben Erwachsene die Möglichkeit,sehr leicht Kinder und Jugendliche sexuell zu mißbrauchen.Genauso können Männer Frauen und andere Männer vergewaltigen.Es muß aber nicht so sein.Deshalb sind sexuelle Beziehungen zwischen den Menschen überhaupt möglich.Das ist so bei Homos,bei Heten,bei Sados & Masos,bei ganz normalen Softis und auch bei Erwachsenen die mit Jugendlichen schlafen.Noch was für Agathe& Alfons und ihre FreundInnen:Wenn uns von euch moralischen Nichtswissern die Bude eingerannt wird,laßt euch gesagt sein: Ihr seid nicht besser als irgend welche Nazis.IHR habt keine Ahnung und seid überhaupt die letzten Arschlöcher.Unsere Existenz ist dann auch kaputt.

Schmuddel & Stulle

Hallo!

Ich melde mich, weil ich den Bericht in der Interim vom 25.11.93 unter dem Titel "Missbrauch in der Szene" gelesen habe.

Dieser "pädophile" Mann, von dem Ihr hier schreibt, ist ein Freund von mir. Ich kenne ihn seit 3 Jahren und wir sind gute Freunde. Am Anfang unserer Beziehung sagte er mir, daß er schwul und in mich verliebt sei; und ich antwortete darauf, daß ich ihn sehr mag, aber keine sexuelle Beziehung mit einem Mann haben möchte. Er war zwar traurig, doch er verstand mich und "vergewaltigte" mich keineswegs. Seit ich ihn kenne (und das ist die Zeit von der Ihr redet) hat er noch Niemanden sexuell mißbraucht oder ausgenutzt. Es ist eine wahsinnige Frechheit, wenn Leute behaupten, er sei ein Mensch, der Kinder mißbraucht oder gar vergewaltigt. Es gibt viele Leute, die auf so eine Hetze schnell reagieren und ihn seelisch, sowie körperlich verletzen würden. Ich wohne zur Zeit mit ihm und anderen Menschen zusammen, lebe zum Teil auch von seinem Geld und er hat mir nie, schon seit ich ihn kenne, das Gefühl gegeben ihm etwas schuldig zu sein. Durch ihn habe ich viele nette Menschen, und auch viele schöne Dinge kennengelernt. Es mag für Euch wie Geschwafel klingen, doch es ist nun einmal so. Es wird sicherlich auch schwer sein diese Lüge zuzgeben, aber Euch wird schon was neues einfallen. Ihr seit nicht besser als Faschisten, denn mit dem was ihr tut, könnt Ihr ihm das Leben zerstören (aber das ist sicherlich Eure Absicht). Es würde mich wahnsinnig interessieren, wer hinter diesem Artikel steckt, doch Ihr seit viel zu feige (obwohl Ihr Euch sicher seit, daß er ein Kindermißbraucher ist), Euren Namen zu nennen.

Na denn, Ihr tollen Revolutionäre (Spalter), ich "hoffe" Ihr hattet eure Genugtuung.

P.S. Ach übrigens, wir lassen uns von Euch nicht unterkriegen, und Ihr solltet euch mal überlegen, wer Euer Feind ist und nicht versuchen mit miesen Mitteln die linke Szene zu spalten.

Dominique

Ebenfalls erreichte uns ein Brief eines 17jährigen Jugendlichen. Er führt ähnliche Argumente an wie obige Briefe, bat uns allerdings um eine Nichtveröffentlichung.

Frauenhändler in München

In vielen Zeitungen finden sich bei den Kontaktanzeigen Vermittlungs- und Heiratsangebote für Frauen aus der "Dritten Welt" und Osteuropa, die in extrem sexistischer Sprache, Frauen als Ware anbieten. Die Entwicklung des Heiratshandels in Westdeutschland ist eng verknüpft mit dem Prostitutionstourismusboom. Bei der Anwerbung werden den Frauen oftmals falsche Versprechungen gemacht und ebensolche Hoffnungen geweckt. Anwerber und Schlepper versprechen legale Arbeit, guten Verdienst und ein Leben im Wohlstand, was den Frauen erlauben würde, ihre Angehörigen zu unterstützen. Viele Vermittler werden gezielt in den ärmeren Regionen eines Landes tätig, z.B. im Norden Thailands, im Nordosten Brasiliens oder in den Slums rund um die Großstädte.

Während Frauen aus diesen Ländern oft als "exotisch Schönheit" (Christlicher Partnersuchdienst) oder "rassig und anschmiegsam" (Institut H. Vogel) angepriesen werden, werden Frauen aus Osteuropa als "gebildete Akademikerin" (Agentur Pretty Women) oder "häuslich" stigmatisiert. Besonders deutlich wird der Warencharakter und Rassismus bei der Werbung der Agentur H. Vogel: "Unsere umfangreichen Karteien reizender Mädchen bieten weltweit eine Vielzahl unterschiedlicher Rassen und Mentalitäten".

Trotz fortschreitender Emanzipation der Frauen, hält die Mehrheit deutscher Männer am traditionellen patriarchalen Rollenbild fest. Sie hoffen, über die Ehe mit einer Ausländerin dem Emanzipationsdruck nicht nachgeben zu müssen. Entsprechend lautet auch die Werbung: "feminin aber nicht feministisch" (Inter Connection). Häufig verhindern die Ehemänner systematisch, das die Frauen die deutsche Sprache erlernen, da dies eine Möglichkeit wäre sich etwas aus der Isolation und Abhängigkeit zu lösen. Bei Recherschen von KOFRA stellte sich heraus, daß einige Männer gezielt taubstumme Frauen als Ehepartnerinnen suchen, um sich keinesfalls sprachlich auseinandersetzen zu müssen. In anderen Fällen suchen die Männer eine unbezahlte Hausangestellte und Krankenpflegerin.

Manche Händler werben mit Katalogen, die ein Umtauschrecht einräumen oder Sonderangebot offerrieren. Die Partnervermittlung B. Fidelius wirbt mit einer "einmaligen Superchance bis zum 31.03.1993", wo mit "nur 135.- DM" Vermittlungsgebühr "Ihre Wunschpartnerin" aus drei Katalogen bestellt werden kann. Da die Ehegeschäfte teuer sind (2.500 - 10.000 DM) wird gegebenenfalls eine Ratenzahlung angeboten.

Das Geschäft der Ehevermittlung ist in Deutschland legal. Es wird davon ausgegangen, daß die Frauen freiwillig an der Heiratsvermittlung teilnehmen.

Die Situation nach der Einreise ist charakterisiert durch die Zwangslange, sich in der BRD nur drei Monate legal als Touristin aufhalten zu dürfen. Das bedeutet, entweder innerhalb dieser Frist verheiratet zu sein oder wieder ausreisen zu müssen. Viele Händler üben in dieser Zeit starken Druck auf die Frauen aus und zwingen sie, irgendeinen Mann zu heiraten, damit ihr Geschäft nicht platzt. Druckmittel sind das Einbehalten der Pässe und Rückflugtickes, das Aufrechnen der entstanden Kosten bzw. der Schulden, die die Frauen nun haben, die Isolation in der Wohnung des Händlers und andere Formen psychischer aber auch physischer Gewalt. Es wurden immer wieder Fälle von Straftaten an den Frauen durch die Händler selbst bekannt. Rechtlich, und damit sehr existentiell, ist die Situation nach der Heirat gekennzeichnet durch die Abhängigkeit des Aufenthaltsstatus von der Ehe und damit die Abhängigkeit vom Ehemann. Je nach Bundesland kann eigenständiges Aufenthaltsrecht, was eine Trennung oder Scheidung ohne gleichzeitige Ausweisung möglich machen würde, erst nach 3 bis 5 Jahren erworben werden. Diese Situation zwingt die Frauen häufig bei gewalttätigen Ehemännern auszuharren, und die Männer sind sich des wirksamen Druckmittels sehr bewußt.

Oftmals werden junge Frauen, die auch unter falschen Versprechungen (u.a. Eheversprechen) ins Ausland gelockt wurden, gleich direkt der Zwangsprostitution zugeführt. Am Flughafen werden ihnen die Papiere abgenommen und sie verschwinden in z.T. nicht-registrierte Bordelle. Es gibt für die dort eingesperrten Frauen kaum eine Möglichkeit zu entrinnen. Daher ist über ihre Situation sehr wenig bekannt. In manchen Fällen werden, um ihren Aufenthalt zu legalisieren, Scheinehen arangiert, oftmals mit Zuhältern. Darüberhinaus besteht ein reger Austausch der Händlerringe mit Holland und der Schweiz. Bei Razzien werden sie in der Regel in ihre Heimat abgeschoben. somit hat man sich eventueller Zeuginnen entledigt, falls es zu einem Prozeß kommt.

Zwar ist der international organiserte Heiratshandel in den letzten Jahren als Phänomen öffentliche bekannt geworden, dies hat aber weniger zu einer Verurteilung der Kunden und Heiratshändler geführt, als vielmehr zur Stigmatisierung ausländischer Frauen. Viele Frauen, vor allem aus Asien, begegnen inzwischen dem Stigma, eine "Katalogbraut" oder eine "gekaufte Frau" zu sein. Demgegenüber ändert sich an den Ursachen und Ausprägungen des Frauenhandels leidlich wenig. Die SZ, die bekanntermaßen keine homosexuellen Kontaktanzeigen veröffentlicht, erklärte sich trotz Anklage von KOFRA bezüglich der Heiratsvermittlungsanzeigen nicht bereit, diese zurückzuziehen. Begründung: "Wir wollen als ersten Schritt eine 'schwarze Liste' intern führen in der solche Institute aufgeführt werden, die bei der Staatsanwaltschaft schon 'aufgefallen' sind".

Es geht uns nicht darum, den Frauen die Möglichkeit zu entziehen, durch Heiratsvermittlung ins Ausland ihre Lebenssituation zu verbessern. Wir meinen aber, daß die rechtliche Situation der Frauen hier verbessert werden muß, insbesondere ein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Was wir wichtig finden, ist eine Ahndung halblegaler oder illegaler Praktiken der HändlerInnen und das Verbot rassistischer und sexistischer Werbung.

yek/r

Adressen:
KOFRA, Baldestr. 8, Tel. 20 10 450
dort weitere Infos zum Frauenhandel
KOFIZA, Schellingstr. 33, Tel. 28 34 94
Beratung für betroffene Frauen

HändlerInnen:
Chr. Partnersuchdienst, Steinsdorfstr. 20, Tel. 29 71 70
DPK Agentur Schäfer, Rosenheimerstr. 106, Tel. 44 84 933, Tel. 58 39 97

! ÜBEREMANZIPATION ADE !
Reizende Damen aus Polen, CSFR, Ostd.
Seit 6 J. Ihre korrekte Vermittlung.
Fiedelius, Tel. 089/

Christlicher Partnersuchdienst
Neu jetzt auch in München !



Offen für alle Menschen, die guten Willens sind. Neben der traditionellen Partnervermittlung unter deutschen Damen und Herren können wir deutschen Herren, welche infolge des Männerüberschusses auf dem Heiratsmarkt keine deutsche Frau finden, die Vermittlung einer ausländischen Frau anbieten. Wir haben eigene Filialen in verschiedenen Ländern, wie Polen, Ungarn, Südamerika und Philippinen.





Ungarinnen
liebenswert u. attraktiv, sehr familiär, su. charaktervollen Partner.
Inst. Hannelore Vogel,
Brasilianerinnen
rassig u. anschmiegsam, aus gut. Hause, su. charaktervollen Partner.

aus der "Stadtratte", München

Alltäglicher Sexismus

I. Nach einer Demo hatten wir einen netten Abend im La Tapa (9. Nov.). Paco bot sich dann an eine Frau nach Hause zu fahren. Unterwegs wollten sie noch etwas trinken gehen, um über Pacos Aktivitäten in Spanien zu reden. In seinem Auto entwickelte sich dann ein Kampf.....

II. Für einen sexistischen Mann ist klar, daß wenn eine Frau in sein Auto steigt, will sie mit ihm schlafen. Das ist ein typisch patriarchalisch sexistischer Gedanke, er fühlt sich unschuldig, weil die Frau den ersten Schritt gemacht hat.

Der westliche Mann denkt, die osteuropäischen Frauen haben den Wunsch, in einem vorzüglichen Auto zu sitzen, die Männer ihre Getränke bezahlen zu lassen und morgen im Bett eines kapitalistischen Schwein zu erwachen. Der Mann tut so, als ob er helfen wollen würde, doch will er Sexualität einkaufen.

Nach einigen Getränken hat ein Angriff begonnen. Erstemal psychisch - weil es sieht nicht so aus, muß man betonen: "Wenn die Frau nein sagt, das heißt NEIN" - dann physisch. Die Frauen müssen gegen Männer mit körperlicher Kraft kämpfen, nur das legen sie als echten Widerstand aus. Wenn die Frau sich unterhalten oder zu weinen versucht, hält der Mann das für ein Zeichen der Schwäche und setzt die Gewalt fort.

UND DAS IST SCHON DER VERSUCH DER SEXUELLEN GEWALT

"Dein Körper will, nur dein Kopf nicht", sagte er, nun zuletzt hat er den Angriff aufgehört. Die Vergewaltigung ist diesmal nicht gelungen. Die "Gastfreundschaft", der Mann hat seine Früchte nicht bekommen. Die Frau "unversehrt" ist nach Hause gegangen.

Der Mann hat später um Entschuldigung gebeten. Er hat sich berufen, auf zuviel Alkohol, übrigens hat er eine feste Beziehung. Das war kein Gedanke, daß die Frau - welche diese Geschichte erlebt hat - auch eine schöne feste Beziehung hat. Der Mann hat der Frau zuletzt seine Freundschaft und Solidarität versichert und damit hat er die Angelegenheit abschließend betrachtet. Es war so, wie wenn Frauen zur Polizei gehen: Ein Verbrechen ist nicht geschehen! Die Frau darf an der Reinheit des Mannes nicht zweifeln.

III. Gruppen haben sich mit der Angelegenheit befaßt, sie haben den Beweis von dem Opfer gefordert. Für die antisexistischen Aktivisten war gleichgültig die Intimität der Frau und ihre seelische Beschwerde. Sie konnte nicht selbst entscheiden wann, mit wem und unter welchen Umständen will sie sprechen. Als "Objekt" hatte sie eine Rolle in dieser Geschichte.

IV. Dieser Frau ist es wichtig dieses Erlebnis sexistischer Gewalt öffentlich zu machen, um dagegen zu kämpfen.

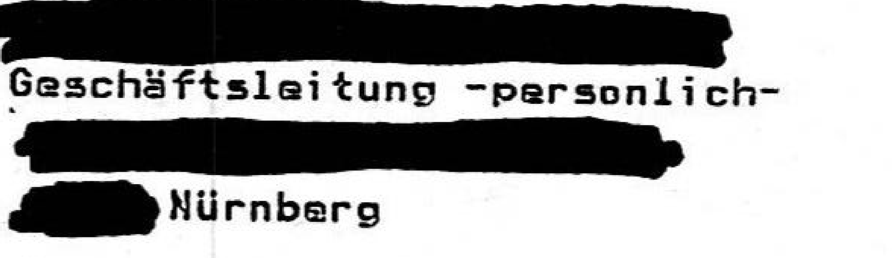
1993 November, Berlin, eine osteuropäische Frau boykotiert künftig diese Kneipe, La Tapa.

Leider meine deutsche Sprache ist noch nicht vollkommen.
Trotzdem hoffe ich den Inhalt meines Text wird es nicht beeinflussen.

ARGUSAUGE SECURITY GMBH Sigmundstraße 58 90431 Nürnberg



ARGUSAUGE SECURITY GMBH
Observations- und Ermittlungsdienst
MÜNCHEN · NÜRNBERG WIESBADEN FRANKFURT BONN KÖLN
AACHEN KOBLENZ TRIER SAARBRÜCKEN KAISERSLAUTERN DARMSTADT



Geschäftsleitung -persönlich-
Nürnberg

Nürnberg, den 13.09.93

Sehr geehrte Damen und Herren,

als verantwortliche Person in Ihrem Unternehmen, die sich nicht nur um die geschäftlichen, sondern auch um die personellen Belange Ihres Hauses kümmert, ist Ihnen der "Gelbe Schein", den Sie in Händen halten, hinreichend bekannt.

Wie Sie sofort bemerkt haben, ist die Ihnen vorliegende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung von uns frei erfunden. Im Gegensatz zu der Tatsache, daß wir in unserer Praxis, als eines der führenden Unternehmen im Observations- und Ermittlungsdienst, immer öfter Fälle von Mißbrauch der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erleben müssen.

Damit wir uns nicht mißverstehen: Wir wollen weder das Vertrauensverhältnis zu Ihren Mitarbeitern trüben, noch deren Integrität in Frage stellen!

Darum sollten Sie auch bei Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten keine Entscheidungen aufgrund vager Verdachtsmomente fällen. Kompetente und in diesem sensiblen Bereich der Personalpolitik geschulte Privatdetektive können Ihnen bei der Beweisführung helfen. Zum Schutz Ihres Unternehmens vor Mißbrauch aber auch Ihrer Mitarbeiter vor ungewollten Repressalien.

Rufen Sie uns an! Für unverbindliche Informationen, auch zu weiteren unternehmensspezifischen Problembereichen, stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Schneider
(Geschäftsführer)

Ungültiges Musterformular!

Arbeitsunfähigkeits-bescheinigung
zur Vorlage beim Arbeitgeber

AOK	LKK	BKK	IKK	VdAK	AEV	Knappschaft

Name des Versicherten — Vorname — geb. am
Ehegatte/Kind — Vorname — geb. am
Mitgl.-Nr.
Wohnung des Patienten

Bei diesem Formular handelt es sich um ein Muster, das zu rein werblichen Zwecken verschickt wird. Namen und Daten sind fiktiv. Diese Bescheinigung hat keinerlei arbeitsrechtliche Gültigkeit.

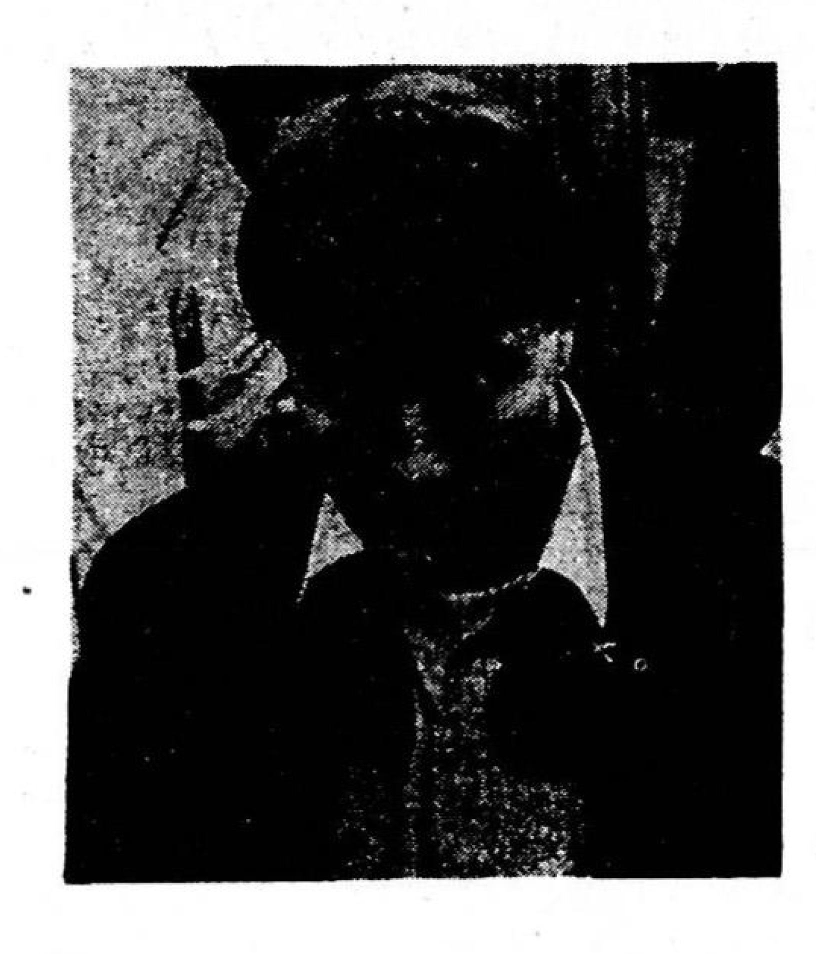
- [ ] Erstbescheinigung
- [x] Folgebescheinigung
- [ ] Arbeitsunfall, Berufskrankheit
- [ ] Dem Durchgangsarzt zugewiesen

Arbeitsunfähig seit
Voraussichtlich arbeitsunfähig bis einschließlich
Festgestellt am

Dr. Stein Wilfried
PA 00-14- 871
Kassenarztstempel/Unterschrift des Arztes

Sigmundstraße 58 · 90431 Nürnberg · Telefon (09 11) 9 93 15 22 · Telefax (09 11) 9 93 15 50
Geschäftsführer: Helmut Schneider · HRB München 100 896
Bankverbindung: Hypo Bank München (BLZ 700 200 01) Kto.-Nr. 1720 333 577 · Postgiroamt München (BLZ 700 100 90) Kto.-Nr. 106 863-808

Einfach wi(e)derlich, Herr Wiedermann



"Wenn wir zum Beispiel im Bereich der Peenemünder Str. nicht sehr hart sind, dann bedeutet das, daß die Sozialarbeiterinnen sozusagen in jedem Einzelfall persönlich bedroht werden, daß man ihnen Hungerstreiks androht, daß man Messer zückt um zu sagen, ich bleibe da, wo ich bin."

Herbert Wiedermann, Leiter des Amts für soziale Dienste, schreckt vor keiner Schweinerei zurück: Ihm geht es nur darum, die Leute fertig zu machen, die sich nicht so verhalten, wie er das will. Dabei bedient er sich, wie oben in einem buten&binnen Interview, einer puren Lügenpropaganda, um die Flüchtlinge aus der Peenemünder Str. als Gemeingefährliche zu diffamieren. So gibt er sie in der öffentlichen Meinung quasi "zum Abschuß" frei. Oder er hungert sie einfach aus. Dieser zynische Hardliner hat die Strategie der Sozialbehörde mitgeplant und kompromißlos durchgezogen. Das war sein Job, nachdem der Hampelmann **Heintze, Ausländerreferent der Sozialbehörde**, den Flüchtlingen nicht gewachsen war und den harten Kurs nicht durchsetzen konnte. Wiedermann redet vom *"ökologischen Gleichgewicht der gesellschaftlichen Beziehungen"* wenn er Menschen, in diesem Fall Flüchtlinge, meint. Das heißt, für ihn reduzieren sich bestimmte Bevölkerungsgruppen auf eine lästige Manövriermasse, mit der er nach Belieben verfahren kann. Er ist nichts weiter als ein faschistischer Sozialpolitiker.

KLARTEXT

ARBEITSLOSENGELD AUF LEBENSZEIT

Staatssekretär Chr.K aus Hessen, 46 Jahre alt, wurde Mitte August 1993 fristlos entlassen. Bis Ende November bekommt er seine Bezüge voll weiterbezahlt. Ab Dezember dann fünf Jahre lang 75%. Monatlich also um die 8000 DM. Danach immer noch mindestens 35%.

Offiziell bekommt er eine "Pension", in Wirklichkeit aber eine Art Arbeitslosengeld. In Rente geht man bekanntlich erst nach Beendigung seines Arbeitslebens. Alle politischen Beamten d.h. Staatssekretäre, Minister usw., sogar die Fraktionsassistenten der Landtagsfraktionen, bekommen nach ihrer Entlassung Arbeitslosengeld auf Lebenszeit. Selbst wenn sie nur 30 Jahre alt und zehn Tage im Dienst gewesen sind.

Arbeitslose Spitzenpolitiker liegen in der sozialen Hängematte, denn:

-Arbeit ist für sie prinzipiell unzumutbar.

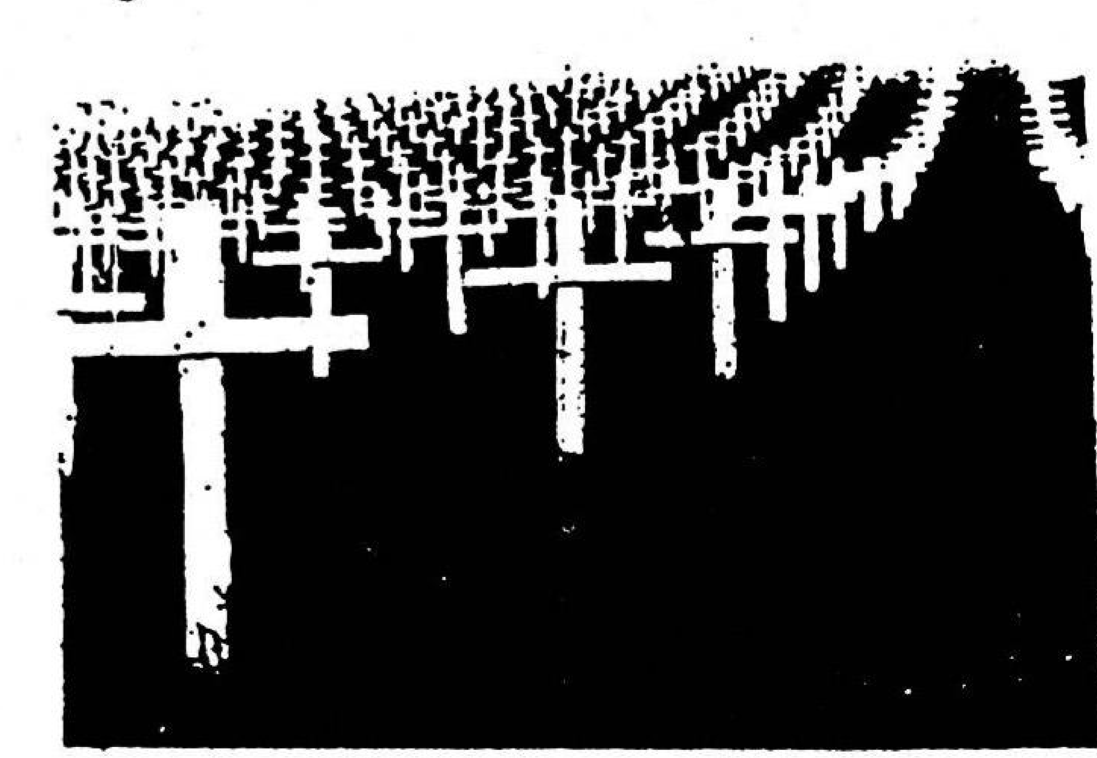
- Sie bekommen keine Sperrzeiten, wenn sie wegen Unfähigkeit entlassen werden oder unzumutbare Arbeit ablehnen.
- Arbeitseinkommen aus Jobs in der Wirtschaft werden auf ihr Arbeitslosengeld nicht bzw. nur unwesentlich angerechnet oder umgekehrt:
- Arbeitslosengeld wird nicht auf das Einkommen von Abgeordneten angerechnet. So bekommt der Faschist Blome neben seinem Spitzengehalt vom Bremer Senat auch noch Zuwendungen vom Arbeitsamt.

Wenn ein entlassener politischer Beamter wieder Arbeit findet, kann er sein Arbeitslosengeld als Taschengeld behalten. Wenn unsereins dasselbe für sich in Anspruch nimmt und neben seiner Arbeitslosenhilfe "schwarz" malocht, dann nennt sich das Sozialbetrüger.

Wir wissen alle, daß es ein Unterschied ist, ob du ein Mensch erster Klasse bist wie Abgeordnete und politische Beamte und dir Gesetze ausdenken kannst, die zwar auf alle zutreffen, nur auf sie selber nicht oder ob du dafür kämpfen mußt, mit Jobs irgendwelcher Art über die Runden zu kommen und gleichzeitig dein Arbeitslosengeld behalten kannst.

Deshalb sagen wir: die Betrüger sind nicht diejenigen, die mehrfach Sozialhilfe beziehen oder nebenbei "schwarz" arbeiten, sondern jene, die in den Chefetagen und Parlamenten sitzen und sich genüßlich überlegen, wie sie uns das Leben zur Hölle machen können, um ihren eigenen Geldbeutel zu füllen.

REICHE IN DEN RUHESTAND





Wollt Ihr die GEGENINFORMATION unterstützen?

Dann schreibt uns wieviel Exemplare ihr haben wollt oder spendet einfach auf unser Konto: Stichwort "GEGENINFO", Weidner, Anti-Rassismus-Büro, Sparkasse Bremen, Konto Nr. 11080769 BLZ 29050101

WAS IHR BEI UNS NOCH BEKOMMEN KÖNNT:

DOKUMENTATION (3.93) "Keine Lager - Keine Abschiebungen - Fight Racism" mit aktuellen Berichten aus 15 Städten/Bundesländern 48 S. 5,-

DOKUMENTATION (4.92) "Bevor sie uns schlagen, sagen sie, daß sie es tun, weil wir Schwarze sind" - Polizeigewalt auf Bremer Wachen 24 S. 3;-.

INFO: mit Tips, Tricks u. juristischen Erklärungen zum neuen Asylverfahrensgesetz **(sechssprachig).**

GEGENINFORMATION ab Nr.3

T - SHIRTS: zweifarbig; Panther u. Stern als Bild, 'Fight Racism' als Schriftzug 18,- weitere Shirts auf Anfrage

BÜROZEITEN:

Anti - Rassismus - Büro
Sielwall 38 * 28203 Bremen
Di. & Do. 15 - 17 Uhr
Telefon 706444 & Fax 706445

V.i.S.d.P. : Mörike, Neuenlander Weg 67a, 28 Bremen

Wieder Zwangsarbeit in Köln?

Auch in Köln treten die Sparschweine in Aktion. Die Verwaltung hat im August ein dickes Papier mit Sparvorschlägen vorgelegt. Es trifft mal wieder vor allem Kinder, Alte und Behinderte. Bei Sport, Freizeitangeboten oder Fahrdiensten - überall wird gestrichen. Die Kehrseite von "Leistung soll sich wieder lohnen" (Für wen lohnt die sich eigentlich?) ist eben: Wer nicht arbeitet, soll sich schon gar nicht vergnügen.

Die Streichung von Stellen im Sozialbereich führt dazu, daß diese Arbeit wieder unbezahlt auf Frauen abgewälzt wird. Das Frauenhaus steht ebenfalls auf der Sparliste: Die Flucht vor prügelnden Männern wird gleich mit erschwert.

Ein Posten wirkt dagegen eher harmlos: Grünflächen, Wälder, Parks und Spielplätze sollen kaum noch gepflegt werden. Dahinter könnte sich aber die Wiedereinführung der Zwangsarbeit in größerem Ausmaß verbergen. Denn Anfang August hat die CDU-Fraktion den Antrag gestellt, Sozialhilfeempfänger bei "gemeinnütziger Arbeit" im Grünflächenbereich einzusetzen: "Wenn wir heute auf Freiwillige hoffen,, können wir lange warten. Wer gesund ist, muß zur Arbeit verpflichtet werden." Bis 1985 gab es diese Form der Zwangsarbeit in Köln. Sozialhilfeempfänger wurden damals verpflichtet, für 1,50 pro Stunde Laub zu kehren, Hundescheiße zu beseitigen oder in der Zentralwäscherei zu schwitzen. Nach Aktionen auf Ämtern und Friedhöfen und zahlreicher individueller Verweigerung machte die Stadt schließlich einen Rückzieher. Um weiteren öffentlichen Protesten aus dem Weg zu gehen, hat sie nur noch bei Obdachlosen und vereinzelten Personen zu diesem Druckmittel gegriffen.

Halten sie uns heute für so schwach, daß sie die alte Zwangsarbeit wieder einführen können??

Das Prinzip, uns in einzelne Gruppen mit jeweiliger Sonderbehandlung aufzuspalten, ist uralt. Zur Zeit geschieht das in extremer Weise mit den Flüchtlingen. Sie fallen ab Oktober aus der Sozialhilfe raus. In einem eigenen Gesetz werden sie zur Zwangsarbeit für 2 Mark pro Stunde verpflichtet. Sie sollen vor allem die Drecksarbeit in den Lagern, in die sie eingesperrt werden, machen. Und sie können auch - wie deutsche Sozialhilfeempfänger - zum Arbeiten zu kommunalen und gemeinnützigen Trägern geschickt werden.

Eine Gruppe nach der anderen wird fertiggemacht - bis der Ausnahmezustand zum Normalzustand wird. Erst kam das Geschwätz vom "Asylmißbrauch", und dann das vom "Mißbrauch von Sozialleistungen".

Als Erstes wird den Flüchtlingen die Sozialhilfe gekürzt.

Als Erste müssen Flüchtlinge Zwangsarbeit machen.

Aus dem Kölner Stadtanzeiger - von 1984...
Müssen wir bald wieder auf den Friedhöfen gegen Zwangsarbeit demonstrieren?



„GESCHÄFT MIT DER ARMUT" *und Verpflichtung zur „Zwangsarbeit" warfen die Demonstranten auf dem Melaten-Friedhof der Stadt Köln vor.*
Bilder: Billstein

Öffentliches Leben in ganz Belgien lahmgelegt

Erster Generalstreik seit 1936 aus Protest gegen Brüsseler Sparpläne

BRÜSSEL, 26. November (dpa). Mit dem ersten Generalstreik in Belgien seit 1936 haben die Gewerkschaften am Freitag aus Protest gegen den Krisenplan der Regierung 24 Stunden lang die Wirtschaft des Landes weitgehend lahmgelegt. Der öffentliche Verkehr stand völlig still. Internationale Züge mußten umgeleitet werden. Die meisten Krankenhäuser hielten nur einen Notdienst aufrecht. Die Städte, in denen weder Busse noch Bahnen fuhren, schienen teilweise wie ausgestorben. Für Zugreisende von Deutschland nach Belgien war in Aachen Endstation, von dort transportierte die Bundesbahn die Fahrgäste mit Bussen weiter. Züge nach Frankreich wurden über Trier umgeleitet.

Die Zufahrtsstraße zum internationalen Flughafen in Brüssel wurde am Morgen von Gewerkschaftern blockiert. Am Nachmittag konnten allerdings die meisten Flugzeuge – teilweise mit großer Verspätung – starten. In Antwerpen war der Hafen bereits am Donnerstag abend gesperrt worden. Vor den Werkstoren zündeten die Streikposten Autoreifen an, um Arbeitswillige am Betreten der Fabriken zu hindern. Die Familien hatten sich am Vortag mit Lebensmitteln versorgt, da die großen Geschäfte geschlossen blieben. Bestreikt wurden auch die Schulen. Die meisten Zeitungen erschienen nicht. Fernsehen und Rundfunk strahlten ein Notprogramm aus.

Die belgischen Gewerkschaften protestieren gegen den drastischen Sparplan der Mitte-Links-Regierung unter Führung von Premierminister Jean-Luc Dehaene. Das Krisenkonzept der Regierung beschert den zehn Millionen Belgiern geringere Sozialleistungen, höhere Steuern und praktisch ein Einfrieren der Reallöhne bis 1996. Den Arbeitgebern werden Erleichterungen bei den Lohnnebenkosten und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung in Aussicht gestellt. Dehaene, der auch das Parlament hinter sich hat, zeigt sich zwar verhandlungsbereit, will aber die Kernpunkte seines Plans nicht antasten lassen. Die Gewerkschaften halten das Konzept für sozial ungerecht und zu radikal.●

Richtigstellung:

Wir möchten hier klarstellen, daß "Aro", der in der Interim Nr. 261 das AOK kritisierte, nicht in unserer Gruppe mitarbeitet. Wenn jemand - so wie "Calimero" z.B. - Kritik an unserer Politik hat oder mit uns diskutieren möchte, kann sie/er an uns schreiben (F.e.l.S. c/o LAZ, Crellestr. 22, 10827 Berlin) oder uns einfach Donnerstags oder Freitags unter der Nummer 788 15 95 ab 19.00 Uhr anrufen.

F.e.l.S.
(Für eine linke Strömung - organisiert in der AA/BO)

Großeinsatz gegen Landlose

SAO PAULO, 20. November (Reuter). Mit Hunden, Tränengas und Betäubungsgranaten ist die brasilianische Polizei gegen rund 6000 Menschen vorgegangen, die seit sechs Wochen zwei landwirtschaftliche Anwesen im Bundesstaat Sao Paulo besetzt hatten. Rund 2000 Polizisten vertrieben 2500 landlosen Familien.●

Kumpel kämpfen um Existenz

METZ, 24. November (dpa). Gewaltsame Proteste haben am Mittwoch einen Streik von Bergleuten in Frankreich begleitet. Mit dem 24stündigen Ausstand wollten die Gewerkschaften die Regierung zu „wirklichen Verhandlungen" über die Zukunft des Bergbaus veranlassen. Außerdem wollen die Bergleute gegen geplante Änderungen bei ihrer Sozialversicherung protestieren. In Metz versuchten etwa 2000 Bergleute aus dem Lothringer Revier das Gebäude des Regionalrates zu stürmen. Mindestens zwei Demonstranten und ein Polizist wurden verletzt. Zuvor hatten rund 1500 Bergleute die eine Autobahn-Zahlstelle gestürmt, ein Polizeiauto umgestürzt und die Autofahrer kostenlos passieren lassen.●

Russische und deutsche Nazis bauen Verbindungen auf.

Am 27.Okt.93 veröffentlichte "Inostranets", eine Beilage zur größten russischen Wirtschafts-Wochenzeitung, einen Artikel über die wachsende Kooperation zwischen zwei Nazi-Organisationen: die deutsche Gruppe "Nationale Offensive (NO) und die "Russische Nationale Einheit" (RNE). Vertrete beiderGruppen trafen sich vergangene Woche in Moskau um mögliche "Solidaritaets-Aktione zu besprechen. Die deutsche NO würde diesen Sommer verboten und die RNE steht vor dem gleichen Problem, nachdem sie akti an derVerteidigung des russischen Parlaments im September/Oktober dieses Jahres teilgenommen hat. Man hat sich geeinigt eine Woche der Solidaritaet zu veranstalten. Protestiert werden sol vor russischen Einrichtungen(Boschaften, Konsulate u. Aeroflot Büros) in Deutschland und doitschen Einrichtungen inRußland wobei die Legalisierungdieser ultra-rechten faschistischen Organisation gefordert werden soll. Laut "Iostranets" werden diese Aktionen vom 4. - 11.Dezember 93 durchgeführt.

Der Pressedienst des Sicherheitministeriums (das ist der umbenannte KGB) bestaetigte diese Informationen und teilte "Inostranets" mit, daß sie von dem Treffen informiert waren. Natürlich haetten sie nicht eingreifen können, denn es sah aus wie "ein gewohnliches Treffen vonFreunden". Diese "bastards" (im Original) sagen immer dann, wenn es darum geht, Faschisten zu bekaempfen, daß sie nur nach dem Gesetz handelten. Der KGB-sprecher hat dem

Korrespondenten versichert, daß man alles mögliche unternehmen würde, um Nazi-Demonstrationen zu verhindern.

Solidarität heißt Widerstand, Kampf dem Faschismus in jedem Land!

Die "Russische Nationale Einheit" scheint die staerkste faschistische Gruppe in diesem Land zu sein, welche ihre Zugehörigkeit zu faschistischem Gedankengut offen verkündet. Vor Jeltzins Staatsstreich (nach dm die RNE formell verboten wurde) haben Faschisten der RNE offen dasKaempfen und Schießen trainiert. Berichte dieser Aktivitaeten erschienen mit angsteinflößenden Fotos in der Zeitung, aber keine der Autoritaeten schie das zu interresieren. Der einzige Protest gegen RNE, dessen ic mir bewußt bin, fand am 7.August statt.

Da griffen junge Anarchisten und Kommunisten Verkaufer faschistischer Literatur an,nachdem eines dieser Schweine einen Anarchisten geschlagen hat.Als die Polizei eingriff hatsie natürlich die Linken und nicht die Faschisten inhaftiert.

Nach Jeltzins Entscheidung Ende September, das Parlament aufzulösen, erschienen die Schweine der RNE in der Naehe des Parlaments. Da sie eine der am besten organisierten Kraefte darstellen, erhielten sie Unmengen der AK-$/ (Kalaschnikow-Maschinengewehre): Trotzkisten un Anarchisten, die waehrend diese Tage vor dem Parlament erschienen wurden verprügelt, weil ihnen der Hauch des Internationalismus anhing. Nach der Erstürmung des Parlaments wurde die RNE verboten, aber viele der Faschisten konnten der Inhaftierung entgehen. Man kann davon ausgehen, daß sie die Maschinengewehre nicht auf dem Schlachtfeld zurück ließen. Alexander Barkashov, der Führer der RNE, wurde nicht verhaftet.

Berichte über die Aktivitaeten der RNE vor dem Putsch, beschrieben sie als eine 4-500 Personen starke Kampftruppe, die eine Reihe von



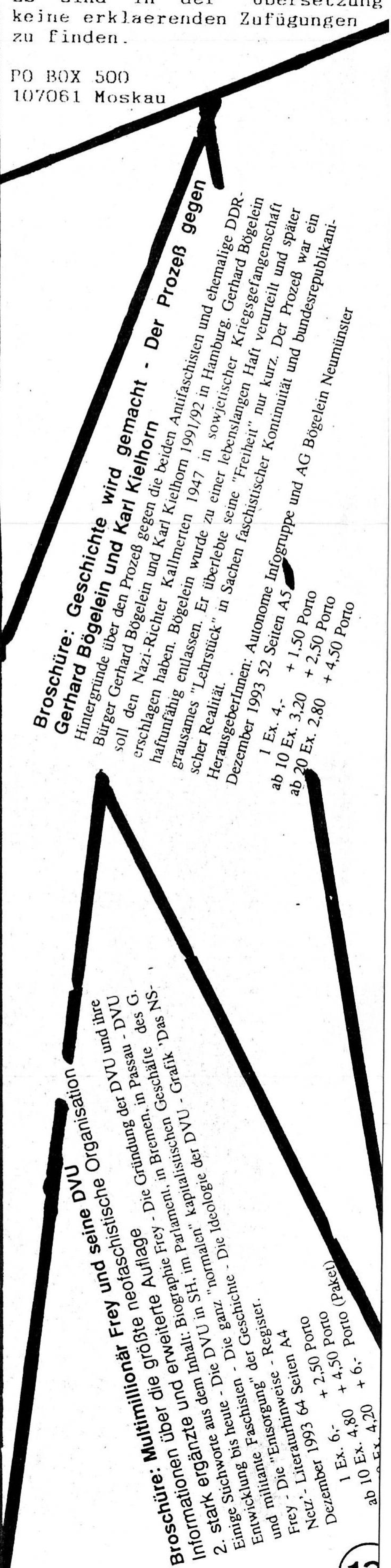
Symphatisanten beiderPolizei ha Leider wirkt dieLinke in Rußland sehr unorganisiert und natürlich stellt sie keine reale Gefahr für die Faschisten dar - aber antifaschistische Aktivitaeten müssen irgendwann beginnen und je eher das passie umso besser. Es waere sehr gut, wenn wir eine internationale Gegen-Kampagne gegen die RNE in Rußland und die NO in Deutschland organisieren können. Der Zeitpunkt ist jetzt! Denn die Nazis versuchen bereits Verbindungen unter sich herzustellen.

Ich werde versuchen, die Infomationen über die bevorstehenden Nazi-Aktionen in Rußland, unter Aktiven zu verbreitern damit wi Gegenaktionen organisieren können. Ich werde Informationen an alle antifaschistischen Aktivisten in Deutschland sende die etwas gegen die Aktivitaeten der RNE im Dezember tun möchten.

So der Bericht eines Mitgliedes der KAS, der russischen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaf

Anmerkung des Übersetzers: der Text wurde nicht literarisch sondern fast wörtlich übersetzt. Der Begriff "thnys" im Original wurde von mir mit "Schweine" übersetzt. Zeitebenen habe ich sinngemaeß übertragen, die englische Grammatik sieht nur ein Geschlecht vor - daher kein "In oder Innen Es sind in der Übersetzung keine erklaerenden Zufügungen zu finden.

PO BOX 500
107061 Moskau





Das Netz über Südafrika

Martin Thembsile "Chris" Hani. Sohn einer Landarbeiterin und eines Wanderarbeiters, wird im April 1993 ermordet. Er ist auch Generalsekretär der südafrikanischen kommunistischen Partei. Ein Idol der Jugend. Am Tag seiner Beerdigung kondolieren in Großanzeigen die im Lande ansässigen internationalen Konzerne. Mercedes und BMW konkurrieren hart, wer für den Körper des Kommunisten den Leichenwagen stellen darf. Zur Beerdigung verdichten sich die Gerüchte zu ersten konkreten Fakts über ein internationales rechtes Netzwerk, das Hani womöglich ermordete, das Attentate ebenso gegen andere Politiker der schwarzen Opposition plante und durchführte. Auch nach Deutschland wiesen unübersehbar Spuren.

Transvaal. Südlich der Stadt Graskop. Einige Jacaranda Bäume. Blumenwiesen. Ein umständlicher Pfad am Sabie-Fluß entlang. Weiße Herrenhäuser, verlassene Farmen auf fruchtbarstem Land. Ganz entlegen die kleine Farm von Helmut Hornung mit Forellenteichen und Macadam-Nüssen. Eine gut bewachte *terra incognita* der Rechten.

Der Besitzer empfängt kameradschaftlich mit Schulterschlag. Der Besucher, der gut legendiert mit Frau und Kind erschien, ist ihm auch anderweitig ausreichend avisiert worden. Eine Visite bei Hornung erfordert nämlich Referenzen. Der Weg nach dort begann über die "Dienstleistungsagentur Günter Deckert, Brückstraße 29, Weinheim", deren Inhaber auch als NPD-Funktionär und Ausländerhasser gerichtsnotorisch ist.

Von Deckert, der regelmäßige Südafrika-Reisen für "Kameraden" organisiert, geht es zur weiteren Zwischenprüfung an Peter Dehoust, den Coburger Herausgeber von "Nation und Europa". Der nächste Filter in der Vermittlungskette ist dann ein ganz heißer Mann: Horst Gräfe, ein Schlesier, der via Frankfurt nach Südafrika ging. Dort wohnhaft in Die Wilgers bei Pretoria. Von Station zu Station werden Namen überprüft, Gesinnungen getestet, Heimatadressen recherchiert. Unser Kind soll die alten Kameraden einmal kennenlernen & und das mitgeführte Familienbuch der Eltern mit dem Hakenkreuz präsentiert unseren arischen Stammbaum bis ins 16. Jahrhundert. Das überzeugt. Gastgeber Hornung ist bester Stimmung. Die Rechte formiert sich, sagt er. 1992 habe es noch 186 weiße rechtsextreme Gruppierungen gegeben, jetzt unter dem "Zwang zur Einheit" sind es zwanzig. Er berichtet vom letzten Treffen der deutschen Rechten Südafrikas auf dem Odalshof in Stanfort. Geführt von Edhild Leinweber und Hans Heimrod, der auch über seine Hamburger Kontaktadresse zu erreichen ist: "Jensen, Tel. 040/47 3031."

Hier treffen und trafen sich mehrfach die Spitzenleute des alten und neuen deutschen Nationalsozialismus: Wolfgang Juchem, der Mann mit dem "clean record", wenig auffällig geworden bisher, aber als die zukünftige Integrationsfigur des Neo-Faschismus in Deutschland geläufig. Simon Wiesenthal erwähnt in seinem Report, daß Juchem auf "30 Jahre Tätigkeit in Bundeswehr und westdeutschen Geheimdiensten" zurückblicken kann. Oder der fanatische Manfred Roeder, der die Serie menschengefährdender Anschläge auf Ausländer in der BRD eröffnete: 100000 DM soll Roeder pro Jahr aus den Kreisen der Rechten in Südafrika erhalten. Auch von Bernd Thrun ist vielfach hier die Rede, dem engen Vertrauten von Juchem und Heinz Reisz. Hornung erzählt vertraulich, natürlich übe man auf den Farmen Schieß- und Sprengtechnik, früher auch mit vielen jungen Leuten aus Westdeutschland. Klenz habe diese per Annonce angeworben: "Junge kräftige Leute" für Südafrika gesucht, für den Söldnerdienst in Angola. Jener Klenz, der öfter in Thies Christophersens Zirkular "Die Auschwitzlüge" schrieb, der 1991 in Namibia wegen der Beteiligung an mehreren tödlichen Attentaten verhaftet wurde. Jetzt aber sei das anders: Thrun, Mitglied der Republikaner, verteile nun die Gelder für die Anwerbung von Skindheads nach Kroatien. Das liege geographisch nicht nur näher an der BRD, die Ausbildung sei vor allem realistischer. "Die Linken haben versucht, ihre Leute in Nicaragua auf Waffen zu drillen, jetzt sind schon 250 Deutsche von uns in Kroatien. Als Wölfe einer unserer internationalen Brigaden kehren sie zurück."

Diese Eröffnungen ereignen sich alkoholisiert und überdies getränkt in volksdeutschem Liedgut: "Schwarzbraun ist die Haselnuß", Hornungs Lieblingslied, singen wir - und alte Reminiszenzen werden wach. Dem Gustav Sonnenhol gilt die Erinnerung, zusammen mit dem bis in unsere Tage tätigen Grafen Dönhof Vorsitzender der Afrikafördergesellschaft. Sonnenhol: ab 1931 Mitglied der NSDAP unter Parteinummer 545961. Später Mitglied der Waffen-SS und Empfänger von deren Ehrenring aus den persönlichen Händen des Heinrich Himmler. Noch im Jahre 1944 ernennt Ribbentrop ihn zum Verbindungsoffizier der Nazis für Südafrika. Zwischen 1957 und 1962 ist er aufgrund einer Ernennung Walter Scheels stellvertretender Leiter der deutschen OECD-Mission in Paris. Legendär und hochverehrt in Hornungs Sphären ist auch Wilhelm Beissner, inzwischen 78 Jahre alt, und ebenfalls früheres Mitglied der Waffen-SS, der heute als Mitglied in Terreblanches AWB fungiert. Das Thema dieser fürchterlichen Leute auch heute: die Unterscheidung zwischen "wertem und unwertem Leben". Der Gedanke verbindet sie mit dem Konzept der Apartheid, das in den 30er und 40er Jahren entstand. Der damalige Staatspräsident John Vorster (1942): "Wir treten für den christlichen Nationalismus ein, der ein Verbündeter des Nationalsozialismus ist." Fest steht, daß es seit Anfang der 30er Jahre enge und offizielle Beziehungen Südafrikas zum Nationalsozialismus gab, die wesentlich dem Premierminister Hertzog und dem deutschstäm-

migen Verteidigungschef Pierow zu verdanken sind. Unmittelbar nach 1933 wurden auch Organisationen wie die DSAG (Deutsch-Südafrikanische-Gesellschaft) gegründet, mit aktuellem Sitz in Frankfurt, deren Mitgliedslisten Dutzende MdB's der CDU, CSU und der Wirtschaftsvertreter der Häuser Bosch, Siemens und Commerzbank enthalten. Ganz auf der Höhe dieser Zeit treffe ich die wohl extremste Figur des deutschen Nazismus in Südafrika: Dr. H.G. Migeod, 8 Rosemead Avenue, (Oranjezicht), 8001 Kapstadt. Einer der aktuellen Inspiratoren unabhängiger weißer Gebiete am künftigen Kap auf der Grundlage der Erwägungen des Professors Boshof. Am 27. Mai, sagt Mideod, gehen wir auf "Reisen ins Reich". Er macht Rundreisen durch Europa und vermittelt Kontakte über sein "1. Standquartier" in Deutschland: die Walhalla-Straße 78 in Bad Salzuflen, wo sein Sohn Friedrich lebt. Er erläutert sein Touring-Programm: In Mannheim Besuche bei Dr. Stäglich und interne Vorträge gegen den "Hl. Holocaustus". Aus Südafrika versendet er regelmäßig seine "Staatsbriefe". Seine Besuche in Deutschland, bei der Bundeswehr, nennt er "militärpolitischer Natur". Zu Südafrika können wir ihn wörtlich zitieren: "Unser Donnerstags-Soldaten-Gesprächskreis hier enthält Deutsche aus allen Gauen (..) auch Deutsch sprechende Südafrikaner kommen öfter. Die Österreicher halten uns über Interna auf dem laufenden, wie FPÖ (Haider, Mölzer u.a.). Am 20. April (Hitlers Geburtstag; Red.) werden sich wieder eine ganze Anzahl Menschen versammeln. Das vereint sich unter freiem Himmel auf einer Farm, um des größten politischen und kulturellen Bewegers der weißen Rassengruppen zu gedenken. Buren recht viele, Deutsche, ein paar Engländer. Wenn die beiden Fahnen gehißt werden, steigt nach dem Deutschlandlied das Horst Wessel Lied hoch." Migeod fährt auch ins Baltikum. Reist nach Königsberg. Genauso wie der Klaus D. Vaqué aus dem Deutschen Landclub bei Johannesburg: "In Kroatien und Slowenien, in der Slowakei und der Ukraine entstehen Kräfte mit gesundem Volksempfinden, die sich gegen die Mächte der Unterwelt behaupten."

In der Nacht, Hornungs Kameraden schlafen, gelingt ein Vergleich mit der uns schon geläufigen Liste ihrer deutschen Kontaktpersonen, deren Hintergrund wir recherchieren:

- **Josef Heinz, Großenhieder** (Wiking Jugend)
- **Gerhard Schwerdtfeger**, Nordertemmen, (Bruder des DSAG Vorsitzenden Göttingen)
- **Hans Peter Matianschek**, München,
- **Manfred Roeder**, Schwarzenborn,
- **Boris Penzholz**, Berlin, (Mitglied in Kühnens FAP)
- **Gerda Scheel**, Ehingen (wahrscheinlich konspirative Postadresse für ihren Schwager Thies Christophersen)
- **Jos Paimanz**, Nistertal
- **Georg und Magdalen Schrader**, Steinen

Über sie ist zudem zu erfahren, daß sie Exilanten des ANC in der Bundesrepublik ausspähen.
Des weiteren sind Beziehungen offenkundig zu einem Holtz-Bernysch, dem Siegrunen-Magazin der ehemaligen Waffen-SS, der Deutschen Frauenfront (Mainz), der Bundesjugend (Stuttgart) und einem gewissen HNG Goerth, Postfach 140 412 Bielefeld. Die letztgenannten Deutschen sind erbeuteten Listen des World Apartheid Movement zu entnehmen, das in Pretoria sitzt und dessen Chef der Alt-Nazi Koos Vermeulen ist. Das WAM ist verknüpft mit burischen Nationalsozialisten und verschiedenen extremistischen Sekten (Children of Israel) und vor allem der World Anti-Communist League und der Organisation Western Goals, der man wiederum intensive Beziehungen zu Kreisen der Moon-Sekte nachsagt. Die Moon-Leute verstärkten ihre Südafrika-Tätigkeit in den vergangenen Jahren beträchtlich. 1992 gründeten sie dort das Republic Unity Movement of South Africa. Als deren Führer nun gilt der wegen des Mordes an Chris Hani verhaftete Abgeordnete der Konservativen Partei Clive W. Lewis. Lewis ist zugleich Chairman von Western Goals in Südafrika. Derby-Lewis, wie er korrekt heißt, fungiert auch seit 1992 als Präsident des Western Goals Institute in London. Auf diesem Posten ist er Nachfolger des Chefs der salvadorianischen Todesschwadrone D'Aubuisson. Schließlich ist er führendes Mitglied der sich seit 1990 so nennenden World League for Freedom and Democracy. Geleitet von General John Singlaub, von Carter einst entlassen, von Ronald Reagan als Organisator der Waffenlieferungen an die Contras Nicaraguas und an Unita und Renamo im südlichen Afrika wieder eingestellt.
Bei Clive und Gaye Derby-Lewis, die 1993 mit Nelken im Knopfloch im Gerichtssaal in Boksburg stehen, wo man ihnen vorwirft, den Chris Hani-Mörder Janusz Walus angeheuert zu haben, ging jedenfalls der Deutsche Arthur Kemp aus und ein. Auch er ein Autor von Dehousts "Nation und Europa". Teilnehmer am 16. Südafrika Seminar der DSAG Coburg. Autor eines Buches: "Der AWB. Sieg und Gewalt", Mitarbeiter einer holländischen Bank mit Filiale in Hamburg. Auch er verdächtigt wegen der möglichen Teilnahme an Hanis Tötung.

*

Die deutschen rechten, neofaschistischen und konservativen Beziehungen zu Südafrika sind offenbar lebendig, vernetzt und aktuell auf ganz verschiedenen Ebenen. Da gibt es die Südafrikanische Deutsche Kulturvereinigung, Tiroler Straße 111 in Pfronten, die den hiesigen Wissenschaftsnachwuchs anschreibt und günstige Austauschprogramme mit Südafrika anbietet. Da berichtet der Journalist Willi Germund über die Verbindungen des deutschen BND mit dem südafrikanischen Geheimdienst: Oberstleutnant Hugo, Intelligence-Mann vom Kap, gab Auskunft darüber, daß der BND in Pullach Ausbildungshilfe gibt. Von der Abteilung Covert Collection gingen 1984 der heutige Lieutenant Commander der Marine, Koos Louw, Gerrit Bornma und der jetzige Major Roman Heilbreg nach München. Alle drei seien mit falschen Pässen in die BRD gereist. Der dreimonatige Kurs habe vor allem der Fortbildung in Abhörtechnik gegolten. Heilbreg war zum Zeitpunkt seiner Entsendung Verbindungsoffizier zu den Special Forces, einer Einheit, die auch heute noch in die politische Gewalt Südafrikas verwickelt ist.
Und da ist auch eine neue Ehrenwerte Gesellschaft, die sich ganz strategisch auf die Wahrnehmung von Chancen & Interessen im Rahmen der Transformation Südafrikas einrichtet: ACODA oder Entwicklungshilfegesellschaft für das neue Südafrika. Geleitet vom Polizeiminister a.D. aus Rheinland-Pfalz und amtierendem MdB Heinz Schwarz. Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und Autor des Buches "Fahndungsskandal Schleyer", dem der Spiegel einmal Verwicklungen in den internationalen Waffenhandel nachsagte. 1992 lud ACODA zu einer "zukunftsweisenden Konferenz Südafrika" nach Hamburg ein. Staatssekretär Volkmar Köhler, BMZ, nahm teil als Referent.

*

Auf Helmut Hornungs kleiner Farm wird neues Bier gebunkert, das nicht mehr unsereinem gilt. Auch der Gast als Kamerad ist nun nicht mehr erwünscht. Für die nächsten Tage hat sich Generalleutnant Cruywagen angesagt vom AWB. Er trifft dort einige belgische Abgeordnete aus Flamen: Filip DeWinter, Wim Verreyken und Francis van den Eynde.
Allesamt gelten sie als Vermittler von Söldnern für Kroatien. Sie kommen auf Geheiß eines ersten Drahtziehers der internationalen faschistischen Bewegung: Ed Wolsink, Chef der Aktionsfront Nationaler Sozialisten in den Niederlanden und ehemaliger SS-Hauptsturmbannführer. Bevor sie kommen und ich gehe, erfahre ich noch, wer ihnen die Tickets zahlt: Freddie Heineken, Sproß des Bierherstellers und Herausgeber eines ethnischen Lebensraumplanes namens "Europa der Nationen".
Äußerste Wachsamkeit ist deshalb angesagt hier wie in Südafrika.

Täter: wieder der deutsche Imperialismus

Der koloniale Krieg in Kurdistan und das Verbot kurdischer Einrichtungen in der BRD

Ein deutscher Offizier, der während der Armeniermassaker 1915 im Hauptquartier der 3. Armee in Erzurum stationiert war: "Die Türken taten gut daran, diese Widersacher rechtzeitig aus den gefährdeten Gebieten zu entfernen. Es war ihr Recht und ihre Pflicht. Die Art und Weise, wie sie es ausführten, war hart und grausam. Für uns drei deutsche Offiziere in Armenien war die Lage nicht ganz einfach."

Am 26.11. hat die Bundesregierung die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) - die in der Bundesrepublik ohnehin nicht organisiert ist - die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), das Kurdistan-Komitee in Köln, den Berxwedan-Verlag, die Nachrichtenagentur KURD-HA, die Föderation kurdischer Arbeitervereine (FEYKA) und all ihre Mitgliedsvereine verboten. Mehr als 100 Wohnungen und Vereinsräume wurden durchsucht. DANKESCHÖN, HERR KOHL frohlockte das Kriegstreiberblatt Hürriyet. Der vom Militär dominierte Nationale Sicherheitsrat der Türkei erklärte am selben Tag: totaler Krieg gegen die PKK.

Deutschland in alter Tradition: Nationalismus und Rassismus als Grundkonsens und staatliche Politik, mit der Gleichsetzung von Opfern und Tätern (Gedenktafel an der Neuen Wache) wird die Geschichte "entsorgt". Die osteuropäischen Staaten werden per Vertrag zur grenzüberschreitenden, bürokratisch perfektionierten Verfolgung von Minderheiten und Staatenlosen verpflichtet - wie bereits in der Zwischenkriegszeit. Mit der Entsendung von Truppen nach Kambodia und Somalia, tritt, vor allem aber mit der Beteiligung am kolonialen krieg in Kurdistan tritt Deutschland wieder als eigenständige imperialistische Macht auf.

An die Tradition der Waffenbrüderschaft mit der osmanischen Türkei wird angeknüpft - mit allen Konsequenzen: Dem Genocid an den Armeniern, den das junktürkische Regime 1915 anrichtete, lagen deutsche Pläne zugrunde. Die sollten Armenier deportiert und entlang der Baghdad-Bahn, dem Prestige-Projekt des Deutschen Reiches im Nahen Osten, angesiedelt werden. Die Massendeportationen und der Hungermarsch, die Übergriffe der türkischen Truppen, endeten für 100.000ende von Armeniern mit dem Tod. **Deutsche Planung - Türkische Ausführung,** hieß es damals.

Auch heute finden wieder Massendeportationen statt: diesmal von Kurden. "Wenn wir aus diesem Gebiet 500.000 Menschen nach Westen umsiedeln, werden viele Probleme gelöst", meinte Staatspräsident Özal 1992. In den letzten drei Jahren mußten 1,7 Millionen Kurden fliehen: nach Van oder Diyarbekir, in die türkischen Metropolen oder nach Europa. Der fortgesetzten deutschen Unterstützung versicherte der Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, dem türkischen Generalstabschef Dogan Güres:"Wenn wir so angegriffen würden, würden wir noch ganz anders zurückschlagen." So knüpft Naumann an die Tradition von Lidice an - und Dogan Güres schlägt in Lice zu.

Das Verbot der PKK ist ein weiterer Akt der Komplizenschaft der BRD mit den Verfolgerstaaten des kurdischen Volkes:

Im September 1992 geschah der offensichtliche Geheimdienstmord an vier kurdischen Exilpolitikern aus dem Iran in Berlin. Der Organisator des Mordes, Ali Fallahian, wurde wenig später als Staatsgast empfangen: deutlicher kann man den iranischen Exiloppositionellen nicht mitteilen, daß sie zu schweigen haben, wenn es um die "Belange der Bundesrepublik Deutschland" geht. An dem Völkermord an den Kurden im Irak beteiligten sich bundesdeutsche Firmen mit der Lieferung der Produktionsanlagen für das Giftgas - mit Wissen der Bundesregierung.

1985 empfing Klaus Kinkel, damals BND-Chef, den irakischen Innenminister Fadhil Al-Barrak, den rassistischen Ideologen des Baath-Regimes für die Ausgrenzung und Verfolgung von Minderheiten.

1993 empfing er als Außenminister die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller, die gerade der kurdischen Bevölkerung den Vernichtungskrieg erklärt hatte.

"Aber Deutschland, das als Herr der Türkei mit einem Wink diesem organisierten Feldzug von Vergewaltigung und Hetzerei gegen ein christliches Volk hätte Einhalt tun und, wenn es gewollt hätte, auch verhindern können, Deutschland hat unbewegt und ergeben - und können wir es wissen - vielleicht beifällig zugeschaut. Dies ist ein Beispiel, und ein bezeichnendes Beispiel, für die wahre Bedeutung einer germanisierten Türkei." (Der brit. Politiker Asquit am 8. November 1916)

Das Verbot der PKK und einer Vielzahl kurdischer Vereinigungen ist eine Operation des kolonialen Krieges in Kurdistan!

Die BRD ist an diesem kolonialen Krieg mehr beteiligt als jeder andere Staat. Während des algerischen Befreiungskampfes unterstützte Deutschland die französische Kolonialmacht wirtschaftlich und militärisch. Als Juniorpartner der USA war die BRD auf vielfältige Weise an dem verbrecherischen Krieg gegen Vietnam beteiligt. Im Krieg in Kurdistan agiert Deutschland wieder als eigenständige imperialistische Macht.

Die blutige Machtergreifung des türkischen Militärs am 12. September 1980 wurde von der Bundesregierung finanziell und militärisch abgesichert. Den Anfang im bundesdeutschen Kurdenkrieg machten die 129a-Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden in Düsseldorf und Celle - die nach dem Umkippen des wichtigsten

Kronzeugen zu einem Fiasko für die deutsche Justiz geworden sind. Schon im Ermittlungsverfahren spielte sich die Bundesanwaltschaft zur Weltpolizei auf: Ereignisse im Libanon sollten Gegenstand eines deutschen Strafprozesses werden.

Mit deutschem Know-How gegen den PKK-Terror, war die Schlagzeile in Milliyet, als der Generalinspekteur der Bundeswehr im Juli 1993 die Türkei besuchte. Bundesdeutsche Truppen waren mehrmals an NATO-Manövern in Kurdistan beteiligt, in denen der Einsatz gegen kurdische Rebellen geübt wurde. Zuletzt waren 1991 während des Golfkrieges Luftwaffeneinheiten im kurdischen Malatya stationiert. Türkische Sonderheiten wurden bei der GSG 9 ausgebildet. Die kurdische Bevölkerung ist für sie Freiwild -sie haben tausende von Menschenleben auf dem Gewissen.

Deutschland ist durch die Waffenlieferungen an die Türkei in den letzten drei Jahren zum zweitgrößten Exporteur konventioneller Waffen auf der Welt geworden!

Die BRD und die USA sind Kriegspartei!

Der türkische Staat ist nicht in der Lage, diesen Krieg allein zu führen. Er ist hochverschuldet und steckt in einer tiefen ökonomischen Krise, die durch den Krieg verschärft wird. Gerade in der Kurdenpolitik, die auch andere nahöstliche Staaten betrifft, ist er von der Zustimmung seiner mächtigen Verbündeten abhängig. 1990 wollte der damalige Staatspräsident Özal, daß die Türkei sich direkt am Krieg gegen den Irak beteiligt. Ein Veto der NATO und des in deren Interesse handelnden Offizierskorps vereitelte diesen Plan.

Der Massenmörder Dogan Güres (türkischer Generalstabschef), die Vielzahl von kleinen Kommandanten, nicht wenige davon in der Bundesrepublik oder bei den US-Marines ausgebildet, sind erneut der deutschen Unterstützung versichert worden. Sie werden es ihre Opfer wissen lassen: Schon jetzt zerstören sie die Häuser der kurdischen Abgeordneten im türkischen Parlament und sagen der kurdischen Bevölkerung: "nicht einmal eure Abgeordneten könne euch retten, sogar mit denen können wir alles machen!" Mit deutscher Unterstützung, mit deutschem Auftrag!.

Das Verbot der kurdischen Nachrichtenagentur und des Kurdistan-Komitees - Nachrichtensperre im Vernichtungskrieg!

"Der Unterschied zwischen den Armeniermassakern und den Assyrermassakern liegt darin, daß im ersteren Fall alles mögliche unternommen worden ist, es in der Welt bekannt zu machen, während im zweiten Fall jede mögliche Vorsicht gewaltet hat, diese traurige Tatsache zu verschweigen." (Rev. Dr. W.A. Wigram, in "Assyrians during the great War")

Der Nationale Sicherheitsrat, das dominierende Machtorgan in der Türkei, hat der kurdischen Bevölkerung am 25. Oktober den Ausrottungskrieg erklärt und der Regierung eine Reihe von drastischen Verschärfungen der Repression vorgeschrieben: ein neues Anti-Terror-Gesetz, mit dem die kritische Presse zum Schweigen gebracht wird, das Verbot der prokurdischen Parteien, die Aufhebung der Immunität der kurdischen Abgeordneten (der Staatsanwalt hat die Todesstrafe gegen sie gefordert). Alle, die ihre Stimme gegen die Massaker erheben können, werden zum Schweigen gebracht: Gegen Menschenrechtsvereine laufen Verbotsverfahren, alle Unterzeichner einer Frriedensplattform wurden verhaftet. Täglich finden Massaker in den Dörfern und Städten Kurdistans statt. Ganze Städte werden mit Leoprad-Panzern und Artillerie in Schutt und Asche gelegt. Mehr als 750 Dörfer wurden in den letzten 3 Jahren zerstört, mehr als 1,7 Millionen sind auf der Flucht.

Das Verbot von Innenminister Kanther trifft ausgerechnet jene kurdischen Institutionen, die Nachrichten über diese Massaker verbreiten: Die Nachristenagentur KURD-HA und das Kurdistan-Komitee. Damit auch hier das Schweigen erzwungen wird.

1916 legte der deutsche Missionar Johannes Lepsius dem Auswärtigen Amt einen Bericht über die Massaker an den Armeniern vor. Dieser wurde mit "eisigem Schweigen" quittiert. Als er den Bericht an die Reichstagsabgeordneten versandte, wurden alle Exemplare vom Berliner Polizeipräsidenten beschlagnahmt.

Ein weiterer Schritt der Internationalisierung!

Wenn das Volk der multinationalen Kolonie Kurdistan aufsteht, wird die Einmischung der internationalen Akteure stärker.

Der Imperialismus ist nicht bereit hinzunehmen, daß die Völker des Nahen und Mittleren Ostens ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Mit einer Vielzahl von Schlägen von der Invasion in Beirut 1982 bis zum Golfkrieg 1991 wurde die palästinensische Revolution geschlagen, systematisch isoliert und zum Einlenken auf einen Kurs gezwungen, der mit dem jüngsten Abkommen mit Israel endete. Alle Freiräume wurden schrittweise erobert und zunichte gemacht, der Spielraum für Befreiungsbewegungen und Rebellen aus aller Herren Ländern enger und enger.

Die kurdische Revolution in der Türkei hat die Botschaft von Beirut übernommen. Allemal ist der Imperialismus bereit, eine Reformlösung der kurdischen Frage oder gar die Schaffung neuer kurdischer Protektorate zu unternehmen, wenn es seinen Interessen im Mittleren Osten dient. Aber niemals ist er bereit, eine von den Kurden selbst getragene Eigenständigkeit hinzunehmen. Deshalb unterstützt der Imperialismus nach Kräften den Vernichtungskrieg der türkischen Soldateska. Deshalb wird auf die Staaten, die der PKK Unterstützung gewähren, ein unerhörter Druck ausgeübt. Die Formel des Imperialismus lautet: erst die Zerschlagung der kurdischen Revolution und dann Reformen. Damit hat sich der Imperialiusmus auf den eskalierten, mit allen Mitteln militärischer Eskalatiuon geführten Krieg, auf die systematische Terrorisierung der Bevölkerung, auf die Entvölkerung der kurdischen Dörfer verschrieben.

Der Westen, und an erster Stelle Deutschland, begeht erneut Verbrechen, die die Ausmaße eines Völkermords annehmen.

Umgekehrt ist die Guerilla der Faustpfand der Befreiung und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes. Ihre Stärke, ihr Zuwachs schwächt die Herrschaft des Imperialismus im Mittleren Osten, eröffnet neue Freiräume auch für die anderen Völker!

Der deutsche Imperialismus hat einen Fehler begangen. Er hat die Kriegsfront in seinem Inneren eröffnet. Er setzt darauf, in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und verschärfter Krise, grassierendem Rassismus und faschistischer Pogrome einen Nebenschauplatz zu eröffnen: die Auseinandersetzung zwischen "ausländischen Extremisten". Damit soll der Widerstand des kurdischen Volkes gegen den Völkermord und die deutsche Repression kriminalisiert werden.

Unter den Augen der bundesdeutschen Behörden hetzen staatliche türkische Stellen und faschistische Organisationen die türkische Bevölkerung gegen die PKK und gegen Kurden schlechthin auf. So will man Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden schüren, ebenso wie dies in der Türkei geschieht. Ein Instrument dazu ist die nationalistische türkische Presse, die sich dem Diktat des Generalstabes unterworfen hat: manche ihrer Kommentatoren betreiben offene Kriegshetze und fordern den Einsatz von Giftgas, militärische Angriffe auf Drittländer und die Todesstrafe.

Es gibt Berichte, daß der türkische Geheimdienst bereits Kommandos in die BRD entsandt hat, um führende kurdische Persönlichkeiten zu ermorden und Aktionen durchzuführen, die die PKK in Mißkredit bringen.

Wenn es gelingt, die fortgesetzten legitimen Proteste der kurdischen Menschen in der BRD im Mißkredit zu bringen und Zusammenstöße mit türkischen Menschen zu provozieren - in der Türkei erklärtes Ziel der staatlichen Politik - dann wird der deutsche Staat mit den Instrumenten des 1990 verschärften rassistischen Ausländergesetzes zuschlagen: Betätigungsverbot, Abschiebung oder sogar Massenausweisung. Anders kann man den innenpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion nicht verstehen, der gegenüber dem BBC erkärte, daß ein Großteil der 450.000 Kurden in Deutschland die PKK unterstützen und daß man sich um Zusicherungen über ein "faires Verfahren" in der Türkei bemüht, um endlich abschieben zu können.

Für die deutschen Technokraten ein ideales Testfeld für die Ausgrenzung und Vertreibung einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Bereits 1972 wurden die palästinensischen Vereinigungen GUPS und GUPA verboten und hunderte von arabischen und palästinensischen Menschen ausgewiesen.

Die Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden, der gemeinsame Widerstand gegen den kolonialen Krieg Deutschlands, ist unsere internationalistische Pflicht - und es ist eine Chance, dieses Hinterland in Unruhe zu versetzen, die Herrschenden mit ihren Verbrechen dort zu konfrontieren.

Gefordert ist internationalistische Solidarität!

Sorgen wir dafür, das Kurdistan zum Vietnam des deutschen Imperialismus wird!

Wir brauchen eine starke und breite Solidarität von Internationalisten, Kriegsgegnern, Asylgruppen. Politische Differenzen mit der PKK müssen in den Hintergrund treten:

Erschüttern wir die Stabilität des Molochs BRD, die er braucht, um diesen Krieg zu führen!

Lassen wir uns nicht ein auf die Nationalisierung und Entpolitisierung des Widerstandes!

Ziel sind nicht die Geschäfte und Einrichtungen türkischer Migranten!

Ziel sind die Institutionen, die an diesem Krieg beteiligt sind:

- Ausländerämter und Staatsschutz, die in enger Kooperation mit dem türkischen Staat kurdische und türkische Vereinigungen ausspionieren,
- Die Bundeswehr, deren ausgemustertes und aus den NVA-Arsenalen übernommenes Kriegsgerät für den Völkermord in Kurdistan hergerichtet wird,
- Rüstungsfirmen, kleine und große, die dieses Geschäft mitbetreiben,
- Aktuell wird Kriegsmaterial der abziehenden US-Armee aus Deutschland in die Türkei verschickt. Verhindern wir diese Transporte!
- CDU, FDP und SPD, deren Innenminister das Verbot der kurdischen Einrichtungen beschlossen,
- Zentren der türkischen MHP-Faschisten und türkische Konsulate, die antikurdische Umtriebe organisieren,
- Solidarisieren wir uns mit der kurdischen Guerilla, deren Schläge die Zentren der imperialistischen Herrschaft erschüttern!
- Solidarisieren uns mit den kurdischen Vereinigungen, den kurdischen Arbeiterinnen und Arbeitern !
- Verwenden wir massenhaft ihre jetzt verbotenen Symbole!

Komitee "Kommandant Siyar" gegen den Völkermord in Kurdistan

Siyar (Kazim Kulu), ein Guerillakommandant der Arbeiterpartei Kurdistans aus Dersim, im September 1992 gefallen.

Garantiert unvollständige

Liste der in die Türkei unter Beteiligung deutscher Firmen oder der Bundesregierung gelieferten Rüstungsgüter

Diese Liste basiert auf Meldungen und Berichte in den jeweils unter der Rubrik ›Quelle(n)‹ aufgeführten Zeitschriften, Zeitungen, Broschüren, Büchern usw. Für die Richtigkeit dieser Meldungen können wir keine Gewähr übernehmen.
Mit der Nennung einer Firma in dieser Liste verbinden wir nicht automatisch die Behauptung, diese Firma habe wissentlich Rüstungsgüter exportiert. Inwieweit diese Firmen vom Verwendungszweck der von ihnen exportierten Güter Kenntnis hatten, läßt sich nur im Einzelfall klären und wird vielfach bestritten.
Der in dieser Liste dokumentierte Export von Rüstungsgütern in den Nahen Osten hat in aller Regel im Rahmen der geltenden Gesetze stattgefunden. In der überwältigenden Mehrzahl der Fälle geht es also nicht um illegale Geschäftemacherei. Es geht um den – fortgesetzten – Skandal der völlig legalen Geschäfte mit dem Tod.

Jahr	Art	Stückzahl	beteiligte Firmen	beteiligte Länder	Wert in Mio. DM	Bemerkungen	Quelle(n)	Lfd. Nr.
1980	Bau von Panzerinstandsetzungswerken in Arifye und Kayserie		Krupp Industrie- und Stahlbau	BRD		In Arifye sind folgende Unternehmen beteiligt: Krupp/Duisburg-Rheinhausen, Krauss-Maffei/München, Wegmann/Kassel, Carl Zeiss/Oberkochen, Mauser-Werke Oberndorf, Luther u. Jordan.	WT 8/80 S. 17, WT 9/81 S. 49 ff.	1
1980	Rüstungshilfe		Bundesregierung	BRD	600	Die Rüstungshilfe umfaßt u.a. 77 Kampfpanzer Leo 1, 4 Bergepanzer, 249 Milan Abschußgeräte, 5000 Milan-Raketen sowie die Modernisierung von 160 M-48-Panzern.	Stern 6.9.1980, SZ 18.11.1980	2
1981	Umrüstung Kampfpanzer M-48		MTU Friedrichshafen	BRD		Auftrag zur Umrüstung der Kampfpanzer M-48 mit Dieselmotoren des Typs MB 837 Ea-500.	WT 6/81 S. 55	3
1981	KFZ		VW	BRD		Lieferung von KFZ für die türkische Polizei.	BUKO-Rundbrief 17/18 (8/87) S. 5	4
1982	Ausrüstungshilfen		Bundesregierung	BRD	15	Ausrüstungshilfen für die Polizei im Zeitraum von 1982-84, Wert 15 Mio. DM. Für den Zeitraum von 1985-87 nochmals 15 Mio. DM.	ai 5/86 S. 25	5
1982	Rüstungssonderhilfe		Bundesregierung	BRD		Ausbau einer Gewehr- u. Maschinen-Fabrik in Kirikale, Produktionssteigerung Panzerabwehrraketen in Elmadagi, Erweiterung der Werke in Arifiye, Modernisierung von zwei Marinewerften in Gölcüköy und Tashizak, Neubau eines Wartungsbetriebes für Triebwerke in Eskizak.	Die Welt 12.11.1982	6
1982	Hubschrauber	15	Dornier	BRD, Frankreich		Die dt.-französische Koproduktion der Hubschrauber Alouette 4 geht an die türkische Polizei.	BUKO-Rundbrief 17/18 (1987) S. 5	7
1982	Fregatten	4	Blohm & Voss HDW, Thyssen Rheinstahl	BRD	950	Vertrag über Lieferung von vier Fregatten im Auftragswert von 950 Mio. DM.	STZ 31.12.1982, WT 3.1983 S. 30, FR 31.12.1982, taz 13.7.1983	8
			BfG	BRD		Mitfinanzierung	FR 3.7.1984	
			Bundesregierung	BRD		Bundesregierung gewährt Hermesbürgschaft für den Fregattenauftrag.	FAZ 5.9.1983	
1983	Transall-Transport-Flugzeuge	20	MBB	BRD		Die Türkei erhält 20 Transall-Transport-Flugzeuge, eine europäische Koproduktion, an der MBB beteiligt ist.	BUKO-Rundbrief 17/18 (8/87) S. 5	9
1983	Lastwagenfabrik	1	MAN	BRD, Türkei	118	Bau einer deutsch-türkischen Lastwagenfabrik in Ankara. Die Baukosten sollen sich auf 118 Mio. DM belaufen.	StZ 17.5.1983, AZ 3.8.1983, FR 4.8.1983	10
1984	Nukleartechnologie		KWU/Siemens-Tocher	BRD		Die Türkei und die BRD haben ein Rahmenabkommen über die Nutzung von Kernkraft paraphiert, das den Weg frei gibt für einen Auftrag an die KWU, in der Osttürkei ein AKW zu errichten.	taz 15.11.'83, WK 3.5.'84 FAZ 4.5.'84	11
			Bundesregierung	BRD		Bundesregierung gewährt Hermesbürgschaft zur Förderung des Auftrages an die KWU, ein AKW zu errichten.	taz 3.5.'84	
1984	Nachrichtenübertragungsstrecken		Siemens	BRD	265	Siemens erhält Auftrag für Nachrichtenübertragungsstrecken im Wert von 265 Mio. DM.	taz 10.11.1984	12
1985	Offiziersausbildung		Führungsakademie Hamburg	BRD		Ausbildung einer militärischen Führungselite in Hamburg.	Broschüre 13.11.1985 ›Hamburg Kriegsbereit‹ S.18	13
1986	Panzertransporter		Faun	BRD		Im Frühjahr 1986 wurden Faun-Panzertransporter beim türkischen Heer eingeführt.	WT 7/87 83 ff	14
1986	Bergepanzer		Krupp Mak	BRD		Juli 1986: Prototypauftrag für Umrüstung des Bergepanzers M-47 RC; im Wettbewerb um weitere Aufträge für Pionier- und Spezialpanzer.	WT 7/87 83 ff	15
1986	GSG 9		Bundesgrenzschutz	BRD		Ausbildung von türk. Spezialtruppe, unter Leitung des GSG-Hauptmanns Anselm Weggold, für den Einsatz in Kurdistan (›Schwarze Käfer‹).	Blätter des iz 3w, Nr. 141/5/87 S. 29f, taz 39.4.91	16
1987	taktische Fahrzeuge		Daimler-Benz Otomarsan	BRD		Ausbau eines Betriebes zur Produktion von taktischen Fahrzeugen für das türkische Heer	WT 3/87 S. 61	17
1987	AKW	1	KWU	BRD	300	Vertragsunterzeichnung für ein AKW.	FR 6.10.'87, SZ 27.10.'87	18
1987	Dieselmotoren	3	MTU Motoren und Turbinenunion,	BRD		Lieferung von 3 MTU-Dieselmotoren des Typs MTU 20V 1163 TB93.	FAZ 5.9.1983, WT 6/1987 S.25	19
1987	Ausstellung		Kriegsgeräte-Messe IDEA '87	BRD		53 Aussteller aus der BRD: AEG, ANT, Daimler-Benz, Deugra, Dornier, Eichweber, Euromissile, MBB, Faun, Feistel, Graepel, Garrett, KHD, MWM, Krauss-Maffei, KVKA, Lürssen, MAN, Mauser, Krupp, MAK, MBB, MTU, Nico, Panavia, Propex, Rapp, Renk, Rheinmetall, Rötzel, Siemens, Still, Telemit, Telenorma, Thyssen, Wegmann, Mehler Vario System, Zarges ZF, Zeiss. ›Die Fahne mit dem Stern aus Stuttgart war von weither sichtbares Zeichen der IDEA‹.	WT 7/87 S. 82ff	20
1987	Torpedos		AEG	BRD		Torpedos von AEG sind 1987 bei der türk. Marine im Einsatz	WT 7/87, S.82	21
1987	Nachtsichtgeräte		AEG	BRD		Nachtsichtgeräte vom Typ PZB-200 sind 1987 in türkischen Leopard-Panzern und 200 umgerüsteten M-48-Panzern im Einsatz.	WT 7/87, S.82	22
1987	Motorraum-Löschanlagen		DEUGRA	BRD		Motorraum-Löschanlagen im M-48, Leopard 1 und Transportflugzeug Transall	WT 7/87, S.82	23
1987	Do-128 SIGENT	2	Dornier	BRD		Ausführung für EloKa-Aufgaben	WT 7/87, S.82	24
1987	MILAN		Euromissile	BRD, Frankreich		1987 in der Türkei im Einsatz; Angebot über 100 ROLAND-Flugabwehrraketensysteme für mobilen Einsatz.	WT 7/87, S.82	25
1987	Stacheldraht	600 t	Graepel	BRD		Auftrag über 600 Tonnen Stacheldraht zum Schutz der Grenzen.	WT 7/87, S.82f.	26
1987	APU-Testzelle		Garret	BRD		Lieferung einer APU-Testzelle.	WT 7/87, S.83	27
1987	Sensoren für U-Boote	8	Krupp Atlas Elektronik	BRD		Sensoren für (bis 1987) 8 U-Boote, außerdem Bewerbung für Zerstörermodernisierungsprogramm und Kampfwertsteigerung des M 48 (Feuerleitanlage MOLF).	WT 7/87, S.83	28
1987	Stromerzeugeraggregate, Pumpstationen		KHD	BRD		Lieferung von Stromerzeugeraggregaten für NATO-Einrichtungen und Pumpstationen. Endmontage von Motoren der Baureihe 912 be[illegible] KHD Otokar.	WT 7/87, S.83	29
1987	Motoren		MWM Motorenwerke Mannheim	BRD		[illegible] und Hauptantrieben für	WT 7/87, S.83	30

Jahr	Art	Stückzahl	beteiligte Firmen	beteiligte Länder	Wert in Mio. DM	Bemerkungen	Quelle(n)	Lfd. Nr.
1987	PUMA mit Zweimann-Turm E-4		Krauss-Maffei, KUKA, Mauser	BRD		Erprobung und Demonstration zweier Prototypen des PUMA (Schützenkampfwagen und Mörserwerfer) in der Türkei KUKA lieferte Zweimann-Türme E-4 und E4A1 mit Koaxial-MG und Mauser 25 mm-Waffe; Einigung über Gemeinschaftsproduktion von rd. 1000 Stück mit Ercan Holding.	WT 7/87, S.83 dpa 10.3.87 BUKO-Rundbrief 17/18, S.5	31
1987	Fahrzeuge		MAN	BRD		Fertigung von Geländefahrzeugen für die türkischen Streitkräfte in Kooperation mit der Ercan Holding.	WT 7/87, S.83f	32
1987	U-Boote	8	Salzgitter / HDW, Zeiss	BRD		Das sechste von insgesamt 8 U-Booten ist 1987 in Bau. Darin findet auch das Sehrohr SERO 40 STAB von Zeiss Verwendung.	WT 7/87, S.84; BUKO-Rundbrief 17/18, Aug. '87, S.5	33
1987	Radpanzer CONDOR	25	Thyssen-Henschel	BRD		Die türkische Gendarmerie verfügt über 25 Radpanzer CONDOR mit Zwillings-MG-Turm.	WT 7/87, S.84	34
1987	Getriebe		ZF	BRD		Herstellung von Getrieben für verschiedene türkische Panzer.	WT 7/87, S.87	35
1987	Schnellboot FPB-57	8	Lürssen	BRD		Das FBP-57 ist eine Exportversion der Klasse 143 mit der türk. Bezeichnung »Dogan«. 1987 wurden die Materialpakete für das 7. und 8. Boot geliefert. Über 2 weitere wurde noch verhandelt.	WT 7/87, s.83; BUKO-Rundbrief 17/18, S.5	36
1987	Kampfwertsteigerung	168	MTU, ZF, GLS, Rheinmetall	BRD		Bis 1987 wurden 170 M-48-Panzer auf Dieselantrieb umgerüstet (s. Pos. 3). Zur Modernisierung von 168 Haubitzen M-44 wurde ein Konsortium unter Führung von MTU (Motor MB833 Aa501 mit ZF-Anpassungsgetriebe) gegründet, dem auch Rheinmetall (Rohr und Verschluß des M-109A3G) und GLS angehören.	WT 7/87, S.84	37
1987	Lizenz, Motoren		MTU	BRD		Die Türkei erhielt die Lizenz zur Fertigung des Diesel-Panzermotors MTU 833. MTU-Motoren finden sich auch in türk. Schnellbooten.	WT 7/87, S.84	38
1987	NATO-Sturmgewehr G3		Heckler & Koch	BRD		Lieferung von NATO-Sturmgewehren für Armee und Dorfmilizen.	BUKO-Rundbrief 17/18, S.5	39
1987	digitale Vemittlungseinrichtung, Fabrik		Siemens	BRD	40	Lieferung von digitalen Vermittlungseinrichtungen, Aufbau von Fabrik, für die Investitionen von mehr als 40 Mio. DM vorgesehen sind. Mit einem Anteil von mehr als 8% ist Siemens führender Anbieter auf dem Elektromarkt der Türkei.	SZ 21.9.'87, FAZ 25.4.'89	40
1988	Sonderhilfe Leopard Bergepanzer Leopard Kampfpanzer 1-A4	8 150	Bundeswehr/ Bundesregierung	BRD	580	Zusätzlich zum Verteidigungshilfeprogramm gewährt die BRD Sonderhilfen, mit der der Türkei aus Beständen der Bundeswehr Rüstung im Wert von 580 Mio. DM überlassen wird.	SZ 17.2.'88, FR 16.3.'88 FAZ 17.3.'88, WT 5/89 S. 50 SIPRI Yearbook 1992, S.328f.	41
1989	Hubschrauberflugsimulator-Komplex		CAE Electronics	BRD		Lieferung eines Hubschrauberflugsimulators-Komplexes an die Heeresfliegerschule in Ankara.	WT 8/87	42
1989	MBB-Hubschrauber		MBB	BRD		MBB und das türkische Unternehmen Kutlutas gründen ein Gemeinschaftsunternehmen für den Vertrieb von MBB-Hubschraubern.	SZ 2.5.'89	43
1989	STINGER-Lizenzfertigung		Dornier	BRD	600	Vertragsabschluß mit 5 türk. Firmen für die Zulieferung von Komponenten für das Luftverteidigungssystem STINGER im Wert von 600 Mio. DM. Lizenzproduktion unter Beteiligung von: Bodenseewerk Gerätetechnik, Diehl, AEG, Leitz, SAFT, Diehl-Eagle Pächter.	FR 19.7.'89, SZ 19.7.'89 WT 11/89 S. 53, IDR 8/89	44
1990	MEKO-200-Fregatten	2	Blohm & Voss, Thyssen Rheinstahl, Technik, HDW Kiel	BRD	800	Vertragsunterzeichnung für den Bau von zwei weiteren MEKO-200-Fregatten im Auftragswert von 800 Mio. DM.	HB 22.1.'90, SZ 22.1.'90 SIPRI Yearbook 1992, S.329f.	45
1990	Kommunikationssystem auf Satellitenbasis		MBB	BRD	2 Mrd. FF	MBB erhält als Teil eines intern. Firmenkonsortiums den Auftrag für ein Kommunikationssystem auf Satellitenbasis, veranschlagt sind 2 Mrd. FF.	HB 28.8.'90	46
1990	Ausstattungshilfe		BKA		0,144	Polizeihilfe im Wert von DM 144.000,–	Bundestagsdrucksache 12, S.8	47
1990	Umrüstung Panzer	4	Jung Jungenthal	BRD		Umrüstung von 4 Bergepanzern des Typs M 48	Soldat und Technik12/90 S.910	48

Jahr	Art	Stückzahl	beteiligte Firmen	beteiligte Länder	Wert in Mio. DM	Bemerkungen	Quelle(n)	Lfd. Nr.
1991	NVA-Bestände		Verteidigungs-ministerium	BRD	2100	Aus ehemaligen NVA-Best[illegible] im Rahmen des NATO-Abkommens Materialien an die Türkei und an Griechenland geliefert, deren Wert 2,1 Mrd. DM beträgt. Ohne das Parlament auch nur in Kenntnis zu setzen, wird »eine ganze Armeeausrüstung« an die Türkei weitergegeben, die kurze Zeit später in Kurdistan im Kampf gegen die dortige Bevölkerung zum Einsatz kommt; es handelt sich u.a. um mehr als 100.000 Panzerfäuste, 256.000 Kalaschnikows, 5.000 Maschinengewehre, rund 450 Millionen Stück Munition und andere Posten.	FAZ 9.1.'91 Soldat und Technik 8/91, S.576 SZ 13.12.'91, FR 21.12.'91 FAZ 28.3.'92	49
1991	Alpha Jet		Dornier	BRD		als Flugtrainer	SIPRI Yearbook 1992, S.328ff	50
1991	Artillerie-Raketenwerfer LARS 110 mm	131	Verteidigungs-ministerium, Diehl, Wegmann	BRD		Lieferung in Rahmen der sog. CFE-Kaskade: Aufgrund des Vertrags zur Verringerung der konventionellen Streitkräfte in Europa (CFE) beschloß die NATO ein Ausrüstungstransfer- und -modernisierungs-programm, durch das überzähliges Material der moderner ausgerüsteten Armeen an weniger gut ausgestattete Verbündete geliefert und so der vertraglich vereinbarten Zerstörung entzogen wird.	SIPRI Yearbook 1992, S.328ff.	51
1991	Kampfpanzer Leopard 1-A1	100	Verteidigungsminist.	BRD		Im Rahmen der »CFE-Kaskade«	SIPRI Yearbook 1992, S.328ff.	52
1991	Schützenpanzer M-113	550	Verteidigungs-ministerium	BRD		Im Rahmen der »CFE-Kaskade«. Weitere 650 M-113 wurden von USA und Italien geliefert.	SIPRI Yearbook 1992, S.328ff.	53
1991	Schnellboote FPB-57	2	Lürssen	BRD		Lizenzproduktion	SIPRI Yearbook 1992, S.328ff.	54
1991	Bewerbung/Hubschrauber	200	MBB	BRD		MBB bewirbt sich mit dem Hubschrauber BK-117 neben Aerospatiale, Sikorsky und Bell/Augusta um den Auftrag, 200 Hubschrauber an die türk. Streitkräfte zu liefern.	WT 7/91, S.24	55
1991	Gefechtsfeldradar	100	SEL	BRD		Die Türkei hat bei SEL das System R Alcatel RATAK-S Gefechtsfeldradar in Auftrag gegeben. Der Bedarf liegt bei zunächst 100 Geräten, von denen 5 komplett, 5 Montagesätze und 5 Komponentensätze geliefert werden sollen und ein türkischer Generalunternehmer 85 Gerätesätze im Lande fertigen soll. »Es wird vermutet, daß auf diese Weise der Kern eines Mikrowellen-Technologie-Zentrums des türkischen Verteidigungsministeriums entstehen soll.«	WT 9/91, S.14	56
1991	Ausstattungshilfe		Verteidigungs-ministerium	BRD		Rüstungshilfe im Wert von 5 Mio. DM für den Zeitraum von 1991 – 93.	BUKO-Rundbrief Nr. 34/Okt. 91	57
1991	Ausstattungshilfe		BKA		0,132	Polizeihilfe im Wert von DM 132.000,–	Bundestagsdrucksache 12, S.8	58
1992	Panzer Leopard	15	Krauss-Maffei	BRD		»Aufgrund eines Versäumnisses im Beamtenapparat« (so ein Sprecher des Verteidigungsministeriums) werden gesperrte Mittel der Rüstungshilfe an die Türkei ausgeliefert, darunter 15 Leopard-Panzer.	FAZ 28.3.92, SZ 28.3.92	59
1992	Phantom-Flugzeuge vom Typ RF-4E	46	Bundesregierung	BRD		Nach der Aufhebung der Lieferstopps, der verhängt wurde, weil die Türkei deutsche Waffen für den Bürgerkrieg in Kurdistan benutzte und der knapp ein halbes Jahr Bestand hatte, ergeht vom Verteidigungsministerium im September der Beschluß, 46 Phantom-Flugzeuge und weitere Kriegswaffen (Panzerhaubitzen, Flakgeschütze, Pionier- und Brückenlegepanzer u.a.) an die Türkei zu liefern.	FR 19.10.92	60
1992	Artilleriegranaten	18.000	Eurometaal	BRD		Eurometaal stellte Ende 1992 einen Antrag zur Genehmigung des Exports von 18.000 155 mm-Sprenggranaten zur »Vernichtung weicher, halbfester und fester Ziele« (Werbeaussage).	FR 24.11.92, FAZ 25.11.92	61
1992	Fregatten	2	dt. Konsortium	BRD	800	Die Türkei hat mit einem deutschen Konsortium einen Vertrag über den Bau von 2 Fregatten im Wert von rund 800 Millionen DM für die türkische Marine unterzeichnet. Das Geschäft wird aus Krediten und Militärhilfe der Bundesrepublik, Großbritanniens, der Niederlande und der USA finanziert.	FR 15.12.92	62

Info- und Diskussionsveranstaltung zum Thema:

Wohin führt die Situation in der Türkei ?
und
Ist die Kurdenfrage unlösbar ?

Die DYP-SHP-Koalitionsregierung, die im Verlauf der Überwindung der faschstischen Diktatur vom 12. September und ihrer Ver-längerung, der ANAP-Regierung, realisiert anti-demokratische Anwendungen, die sich nicht von denen der vorhergegangenen Periode unterscheiden. Das "Anti-Terror-Gesetz", das während der ANAP-Regierung anstelle der abgeschafften §§ 141 und 142, die Gedankenfreiheit verboten, verabschiedet wurde, war für die Koalitionsregierung unzureichend, so daß sie einen neuen "Entwurf des Anti-Teror-Gesetzes" auf die Tagesordnung gebracht hat. In dem Falle, daß dieser Entwurf verabschiedet wird, werden physische und ökonomische Druckmittel wie die Todesstrafe, die in der letzten Jahren nicht mehr angewendet wurde, wieder aktuell, Puklikationsverbot für revolutionär-demokratische Veröffentlichungen, Beschlagnahmen und Schließungen der Zeitungen und Verhaftung der Mitarbeiter dieser Publikations-organe, sich vermehren und diejenigen, die den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan unterstützen, werden als "Terroristen" verurteilt.

Vollstreckungen ohne Urteile und Verschwinden im Untersuchungs-haft der Revolutionäre sind während dieser Regierungsperiode zur Regel geworden.

Das Kurdenproblem bestimmt die Tagesordnung der Türkei. Aber das Kurdenproblem ist für den türkischen Staat ein unlösbares Problem! Alle Entscheidungen über das Kurdenproblem werden im Nationalen Sicherheitsausschuß getroffen, in dem die Armee die bestimmende Kraft ist. Die Armee, der die Lösung des Problems übertragen worden ist, gerät immer mehr in eine Sackgasse, indem sie ein systematisches Massaker veranstaltet und das kurdische Volk zum Umzug zwingt.Im Endeffekt wird das Aufwiegeln des türkischen Nationalismus - um den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volken zu unterdrücken - zu einem Gemetzel zwischen den beiden Völkern führen, wie man auch am Beispiel Bosnien-Herzogwina sehen kann. Als ein praktischer Schritt dieser Politik wird versucht, eine Sonderarmee aus zivilen Faschisten zu gründen und außerdem werden Waffen an zivile Faschisten verteilt.

Nach unserer Meinung liegt die Lösung in der Anerkennung aller national-gesellschaftlichen Rechte des kurdischen Volkes, u. a. auch das Recht einen unabhängigen kurdischen Staat zu gründen.

Aus dieser Realität heraus werden der Journalist-Schriftsteller Dozent Dr. Haluk Gerger, der einen Platz im Kampf um Menschen-rechte, Demokratie und Sozialismus gemacht hat und den national-gesellschaftlichen Befreiungskampf des kurdischen Volkes ohne Gegenleistung unterstützt, und der Vorsitzende des Menschen-rechtsvereins-Istanbul Ercan Kanar in unserer Veranstaltung über die aktuelle Situation in der Türkei und die Lösung des Kurdenproblems diskutieren. Außerdem wird Angelika Beer aus Grüne-Bündnis 90 ihre Beobachtungen in Kurdistan zu dieser Veranstaltung beitragen.

Die revolutionär-demokratische Öffentlichkeit, die sich für dieses Thema interessiert, laden wir zu unserer Diskussionsver-anstaltung ein.

Datum: am 04. 12. 1993 Samstag
Zeit:um 15:00 Uhr
Ort:TU Mathe-Gebäude
Strasse des 17. Juni 136

Raum: MA 001
10623 Berlin
U-Bhf. Ernst Reuter Platz

ReferentInnen :
Doz. Haluk GERGER (Politologe)
Ercan KANAR (Menschenrechtsorganisation - IHD Istanbul)
Angelika BEER (Bündnis'90 / Grünen , angesprochen)

Veranstalter : Toplumsal Dayanışma und Internat. Ref. des AStA-TU

* "Toplumsal Dayanizma" ist eine sozialistische Zeitschrift, die in der Türkei alle zwei Wochen erscheint.

POLITISCHE SITUATION IN DER TÜRKEI

Die momentane Situation in der Türkei ist gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Repression: Pressezensur, neue Gesetze zur inneren Sicherheit, Politik der verbrannten Erde in den kurdischen Gebieten. Die nichtkurdische Bevölkerung wird mithilfe reaktionärer und vor allem nationalistischer Propaganda zur Entsolidarisierung veranlaßt. Darüberhinaus leben 60% der Leute in Armut, besonders in den südöstlichen gebieten. Die Ursache dafür ist, daß dort systematisch weder eine Infrastruktur, noch soziale oder medizinische Versorgung, noch Bildungsmöglichkeiten und auch keine Arbeitsplätze geschaffen wurden - außer in der teilweise noch immer feudalistisch organisierten Landwirtschaft.

Wie es in den *kurdischen* Gebieten jetzt aussieht, läßt sich nur schwer von hier aus beurteilen. Das türkische Militär hat in LICE ein Exempel statuiert, 4.000 Elitesoldaten hingeschickt und setzt auf die militärische Lösung, das heißt: Völkermord. Im Staatsfernsehen verkündet die Regierung jeden Abend »erfolgreiche« Operationen - in der Regel 20 - 40 »Tote« oder verhaftete »Terroristen«. Intellektuelle Abweichler werden, wie in SIVAS, unterdrückt und ermordet (- das betraf z.B. viele Journalisten). Die türkische radikale Linke (z.B. Devrimci Sol) wurde mit brutalsten Methoden von der Konterguerrila umgebracht oder eingeknastet, die Arbeit im Ausland durch Unterwanderung, Spaltung und Verbote erschwert.

Auf der globalen Ebene braucht die türkische Regierung keine Kritik von außen zu befürchten, da die Interessenverflechtung mit den kapitalistisch-imperialistisch-patriarchalen Ländern eindeutig ist. Die angrenzenden Staaten - Ukraine, Georgien, Iran, Syrien, Irak, Bulgarien, Armenien und Griechenland - haben genug eigene Probleme. Innenpolitische Opposition wird aufeinandergehetzt, wie in Sivas, wo die Sicherheitskräfte zusahen, wie fundamentalistische Islamisten ein Pogrom an Freidenkern, Liberalen und Aleviten verübten.

Das am 26.11.1993 erwartungsgemäß augesprochene Verbot der PKK in Deutschland wird auch die Arbeit aller anderen linken kurdischen und türkischen Organisationen beträchtlich erschweren. Außerdem geraten jetzt vor allem all die Leute, die die Türkei aus politischen Gründen verlassen haben, in das Netz von Ausländerbehörden und Bullen. **Abschiebung droht.**

Jetzt nochmal ein paar Zahlen: Die Türkei hat ca. 60 Mio. EinwohnerInnen, davon ca. 13 Mio. KurdInnen, etwa 15 Mio. AlevitInnen (- das sind Anhänger eines reformierten, liberalen Islam), sowie ca. 4 Mio. andere Minderheiten (Christen, Juden, Einwanderer, ...). Das alles unter einen Hut, sprich: Nationalstaat zu zwingen, ist heutzutage nicht mehr so leicht wie zu Zeiten Atatürks.

Zur Parteienlandschaft: Da gibt es die **Partei des Rechten Weges (DYP)**, die vorher *Demirel* gehörte und jetzt *Tansu Ciller*. Demirel ist - als Nachfolger von Özal - Staatspräsident; Tansu ist Vorsitzende der o.g. Regierungspartei sowie Interims-Bundeskanzlerin. Des weiteren gibt es noch die **Sozialdemokraten**, jetzt mit neuer Leitfigur. Der Mann heißt *Karayalcin* und ist so etwas wie ein Hoffnungsträger für die bürgerlich Liberalen. Die **»Mutterlandspartei« Anavatan Partisi** (Özals Partei) wird jetzt geleitet von *Mesut Yilmaz*.

Durch den Tod Özals war wohl eine Lücke im vorher ganz festgefügten, vollständig korrupten System entstanden. Dennoch bestand keine Chance für politische Veränderungen, weil die Herrschenden aufgrund ihrer Finanzkraft und in Zusammenarbeit mit den Militärs die ihnen genehmen Politiker nachschieben konnten. Mit Sicherheit steht die Regierung Ciller jedoch nun unter erhöhtem Druck: Einerseits die lamettageschmückten Generäle, andererseits radikal islamistische Wähler und ein unentwirrbarer Klüngel von Religionsbeamten (*Diyanet isleri bakanlik*). Außerdem gibt es noch eine beachtliche besitzende Schicht, die europäisch orientiert ist. Medienwirksam ins Bild setzen dürfen sich auch alte Faschisten wie Türkes oder Erbakan und immer wieder: Generäle, Generäle.

Außen- und wirtschaftspolitisch hat die Türkei sehr stark profitiert vom Zerfall der UdSSR. Durch Vertragsabschlüsse sowie logistische Hilfe hat man sich insbesondere in den turksprachigen GUS-Staaten langfristig Märkte gesichert. Auch innerhalb der Gemeinschaft islamischer Länder dieser Region wurden hochkarätige Vereinbarungen für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik getroffen. Sollte all dies irgendwann einmal Wirklichkeit werden, entsteht im Spannungsgebiet Naher Osten gerade ein neuer, wirtschaftlich und politisch starker Machtblock unter Führung der Türkei. Dessenungeachtet ist die Türkei schon heute eine imperialistische Macht mit besten Verbindungen zu BRD, USA, NATO und großen Teilen des Mittleren Ostens. Da werden bei vielen nationalistisch-blinden Dummköpfen Großmachtträume wach. »Die Größe des Landes sowie seine reichen Ressourcen müssen nur noch von den richtigen Leuten kapitalistisch ausgebeutet werden ...« Und Sündenböcke braucht es natürlich auch: »Die Separatisten im Südosten sind schuld an der wirtschaftlichen Krise; sie wollen aus der Türkei ein zweites Jugoslawien machen ...« flüstern sich die ins Ohr, die noch gar nichts begriffen haben. Leider muß man davon ausgehen, daß die deutschen und türkischen Faschisten gute internationale Verbindungen haben.

Noch eine Anmerkung zum Ergebnis des Staatsbesuchs von Tansu bei Helmut:

1. Tansu kaufte von Helmut ein Atomkraftwerk für Zonguldak.

2. Helmut versprach, daß kein Oppositioneller aus der Türkei mehr in der BRD Asyl erhält.

3. Verbot der PKK.

4. Türkische ImmigrantInnen werden so schnell nicht die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen.

5. Waffenschiebereien, logistische und finanzielle Unterstützung für das türkische Militär.

DAS SIND FREUNDSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ZWEI DEMOKRATISCHEN STAATEN.

Berlin, 27.11.1993

aus der "STADTRATTE", München

"♫ LUSTIG IST DAS ZIGEUNERLEBEN"

DEUTSCHES VOLKSLIED

SOLANGE SIE KEINEN ANSPRUCH AUF BLEIBERECHT ERHEBEN



Zitat: Innenminister Beckstein

"Ich hätte nicht gezögert, einen harten Einsatz zu machen..." ... der Staat kann sich nicht erpressen lassen, sondern wir mußten eine unverzügliche Bereinigung des Vorgangs machen..."



Zitat: Dekan Ruhwandl, ev. Kirche

"Die persönliche Hilfeleistung bleibt in der Verantwortung eines/einer jeden einzelnen Christen/Christin und ist selbstverständlich. Bei der Besetzung von kirchlichen Räumen empfehle ich aus meiner Erfahrung die sofortige Räumung zu veranlassen"

Zitat: Prälat Anneser, kath. Kirche

"Wir teilen auch nicht die Position, wie sie heute noch in einer Zeitung zu lesen war: Es wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die geschichtliche Schuld den Roma gegenüber zu tilgen."

500 000 Roma und Sinti wurden während des Nationalsozialismus in Konzentrationslagern auch in Dachau ermordet. Noch immer sind Roma und Sinti in ganz Europa Vertreibung, Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. In den südosteuropäischen Ländern werden Roma Opfer von Pogromen, Vergewaltigungen und Bürgerkrieg, sie werden ghettoisiert, verlieren ihre Arbeitsplätze, Kinder werden aus der Schule ausgeschlossen. Roma werden an deutschen Grenzen von Spezialeinheiten der Grenztruppen gejagt, in Lager gesperrt und deportiert.

Vom 16. Mai bis zum 8. Juli 93 suchte eine Gruppe Roma in der Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau Zuflucht vor drohender Abschiebung in das ehem. Jugoslawien bzw. nach Rumänien. Die Roma fordern von der Bundesregierung die Anerkennung als ethnische Minderheit, gesichertes Bleiberecht sowie die Unterzeichnung der UN-Menschenrechtsresolution zum Schutz der Roma. Die Fluchtburg der Roma in Dachau wurde im Einvernehmen zwischen der bayerischen Staatsregierung und evangelischer und katholischer Kirchenleitung durch massiven polizeilichen Druck beendet.

Doch der Kampf der Roma um Bleiberecht geht weiter. Die Roma verklagen die Bundesrepublik Deutschland wegen Menschenrechtsverletzung vor dem europäischen Gerichtshof.

Unterstützen Sie die Forderungen der Roma, schaffen Sie Öffentlichkeit, üben Sie Druck auf die Bundesregierung aus, spenden Sie!

Bleiberecht für Roma

Münchner Frauenkoordination

Eine Plakatwand der Münchner Frauenkoordination. Vielleicht erkennt ihr einen Teil dieses Fotos wieder. Aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten mit unserer Druckerei war auf der Rückseite der Stadtratte Nr. 17 nur das Graffiti zu sehen.

Die "Dachauer" Roma haben nach fünfmonatigem Kampf für ihr Bleiberecht in Deutschland der vom baden-württembergischen Innenministerium angebotenen Einzelfallprüfung zugestimmt und sind in ihre Unterkünfte zurückgekehrt. Ob dies das Ende ihres Kampfes ist, ist nicht sicher. Klar ist, daß die Roma am Ende keine andere Möglichkeit mehr hatten, da kaum mehr Unterstützung von deutschen Organisationen vorhanden war.

Nachdem die Roma in der Nacht zum 8.Juli aus ihrer Zuflucht in der Versöhnungskirche auf der KZ-Gedenkstätte Dachau von der evangelischen Landeskirche und dem bayerischen Staat gemeinsam mittels Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch wie Vieh vertrieben worden waren, begannen sie am 15.Juli von Kehl aus ihren Symbolmarsch nach Konstanz.

Die Gruppe wurde jedoch an keinem Ort länger als zwei, drei Tage geduldet, sondern mit ständiger Androhung eines Polizeieinsatzes von Ort zu Ort gehetzt. Erst auf Einladung einer Bauernfamilie war es ihnen möglich, sich auf einer Wiese in dem Schwarzwaldort Groß-Schönach zehn Tage zu erholen.

Danach wollten sie für vier Wochen auf ein Gelände des DGB, was ihnen aber vom zuständigen Landratsamt verwehrt wurde. Dem Engagement des DGB-Landesvorsitzenden Siegfried Pommerenke ist es zu verdanken, daß den Roma ein vierwöchiges "Gewerkschaftsasyl" in de. In dieser Zeit erfuhren die Roma vom Gewerkschaftsbund auch eine starke Unterstützung für ihre politischen Anliegen. So forderte dieser erstmals öffentlich einen Abschiebestopp und ein Bleiberecht für Roma.

Der DGB zieht sich zurück

Der von den Roma anschließend geplante Marsch nach Stuttgart mußte abgesagt werden, da das Innenministerium wieder massiv mit Polizeieinsatz drohte, was für die meisten inzwischen illegal in der BRD lebenden Roma die Abschiebung bedeutet hätte. So fuhr die Gruppe am 14. September direkt nach Stuttgart. Dort fand sich keine Organisation, die der gesamten Gruppe Unterkunft geben konnte oder wollte. Damit wurde die Gruppe nach viermonatigem gemeinsamen Kampf erstmals getrennt an sechs verschiedenen Orten untergebracht. Da half auch der Appell von Siegfried Pommerenke, "Eure einzige Chance ist, daß ihr als Gruppe zusammenbleibt" (Südwestpresse vom17.9.93), nichts, da es der gesamte DGB es nicht schaffte, eine Unterkunft für alle zur Verfügung zu stellen. An diesem Abend stand Pommerenke noch hinter den Forderungen der Roma und bestätigte die Gruppe in ihrer Ablehnung der Einzelfallprüfung. Was Einzelfallprüfung bedeutet, hatte sich bei der Stiftskirchenbesetzung vor zwei Jahren gezeigt. Da waren die Roma auf Einzelfallprüfung eingegangen, und innerhalb weniger abgeschoben. Doch je länger die Roma in Stuttgart waren - begleitet von einer üblen Heztkampagne der Presse gegen ihren Präsidenten Jašar Demirov - desto mehr ließ die Solidarität des DGB nach. Siegfried Pommerenke, wohl von der eigenen Gewerkschaft wie auch von seiner Partei, der SPD, alleine gelassen, zog sich immer mehr zurück. Und auch der DGB-Ausländerreferent Klose war für die Roma immer weniger zu sprechen. Dafür begann er, Gespräche mit der evangelischen Kirche zu führen, die sich, wie schon in Dachau und zu Zeiten der Stiftskirchenaktion, als Deportationsgehilfin der Innenministeriums entpuppte.

Kirche setzt sich durch

In der Rolle einer selbsternannten Vermittlerin und ohne Mandat sorgte sie dafür, daß die Roma aus den Verhandlungen mit dem Innenministerium ausgeschlossen wurden. Wieder wurde über die Roma als Betroffene verhandelt, anstatt mit ihnen.

Der Druck wurde immer größer. Bei einem letzten Gespräch am 19.10., an dem Klose, Pfarrer Fritz (von der Kirche als offizieller Vermittler eingesetzt) und die Roma teilnahmen, mußten sich die Roma zwischen Einzelfallprüfung durch die zuständigen Ausländerbehörden und sofortiger Abschiebung entscheiden. Bei diesem Gespräch wurde dann deutlich, was

Fortsetzung nächste Seite

schon die ganze Zeit zu ahnen war: Der DGB steht nicht mehr hinter seinen politischen Forderungen. Vergessen war der Beschluß des DGB-Landesvorstands vom 16. August, in dem es hieß: "Angesichts der historischen Schuld der Deutschen gegenüber Sinti und Roma bezeichnet es der DGB als Schande für unser Land, wie die Romagruppe herumgeschoben wurde. Der DGB erinnert daran, daß 500.000 Sinti und Roma in Vernichtungslagern ermodert wurden (...), ohne daß die BRD bisher geringste Wiedergutmachung leistete. Der DGB-Landesvorstand will die Bemühungen der Roma zur Verbesserung ihrer Lage aktiv unterstützen. Bis zur rechtlichen und politischen Klärung ihres Status, das heißt bis zur Entscheidung ihrer Petitionen in Bonn und Straßburg, sowie einer Klärung ihres Status bei der Europäischen Menschenrechtskommission, muß die Gruppe in Baden-Württemberg bleiben können". Immer wieder hatte Pommerenke betont, daß Einzelfallprüfung keine akzeptable Lösung sein könne. Bei diesem letzten Gespräch hieß es aber dann, daß der DGB keine andere Möglichkeit mehr sehe. Gemeinsam mit der Kirche forderte J.Klose die Roma zur sofortigen Rückkehr in ihre Unterkünfte auf, da sie ansonsten keine Unterstützung mehr zu erwarten hätten.

Die Roma haben sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht. Doch aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die Deutschen und aufgrund der ständigen Bedrohnung durch die Polizei haben sich die Familien entschlossen, auf die Forderungen des Innenministeriums einzugehen.

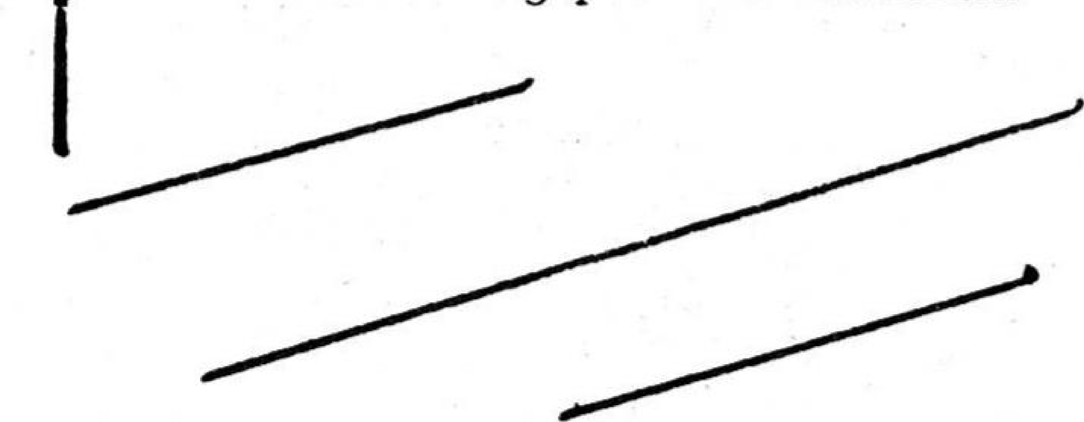
Angesichts der derzeitigen Abschiebepraxis (spätestens seit dem Deportationsvertrag mit Rumänien haben Roma keine Chance, in der BRD bleiben zu können) und angesichts der derzeitigen Stimmung gegenüber Flüchtlingen werden die Einzelfallprüfungen für die meisten, wenn nicht für alle, negativ ausfallen. Die Roma haben dann noch zwei Wochen Zeit zur "freiwilligen Heimreise". Wie sie die zwei Wochen nutzen werden, ob sie bis dahin wieder Kraft zum Weiterkämpfen haben, ob sich die Deutschen doch noch zu einer aktiveren Solidarität entschließen können, wird sich zeigen. Aber der Kampf der Roma war nicht sinnlos. Sie haben es geschafft, sich fünf Monate lang ihrer Abschiebung zu widersetzen, und zwar nicht irgendwo versteckt, sondern in aller Öffentlichkeit.

Eine Unterstützerin

Krawalle in Bordeaux

PARIS, 26. November (AP). Die seit Tagen anhaltenden Schülerproteste in ganz Frankreich sind in der Nacht zum Freitag eskaliert: Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden nach offiziellen Angaben in Bordeaux 19 Jugendliche und drei Polizisten verletzt. Die Polizei setzte Tränengas ein, nachdem etwa 200 Menschen Brände gelegt und sich geweigert hatten, den Versammlungsplatz zu verlassen.

INTERNATIONALES



Shell we kill a multi?

Zwischen Juli und September dieses Jahres wurden mehr als 1000 Ogoni in Nigeria getötet. Es gibt bis heute keinen Beweis, wer hinter diesen Massakern steht. Die Regierung beschuldigt die Adonis, die in der Nachbarschaft der Ogonis leben. Die Ogonis sagen, Shell steckt dahinter. Shell sagt, sie haben nichts damit zu tun.

Jean-Marie Nzabakurana, AYCODE, Rwanda

Die Ogoni und das Öl

Die Ogoni zählen mit ca. 500.000 Menschen zu einer der Minderheiten im Niger-Delta und leben dort seit dem 15. Jahrhundert. Die Erfahrungen mit europäischer Herrschaft begannen 1901, als die Briten das Land besetzten. 1957 kam die Öl-Industrie, und damit begann die Zerstörung des Lebensraumes der Ogoni. Die Einnahmen aus dem Öl-Geschäft machen 80% der Staatseinnahmen und 95% des Exports Nigerias aus. Die Geschäfte von Shell betragen 50% dieser Einnahmen. Der Öl-Multi hat ein joint-venture mit der staatlichen Nigerianischen Öl-Company (NNPC). Im Siedlungsgebiet der Ogoni liegen vier Öl-Felder und 100 Bohrlöcher, Shell hat dort in den letzten 35 Jahren Öl im Wert von 30 Mrd. Dollar gefördert. Die Ogoni haben dafür im Vergleichszeitraum 200.000 Dollar erhalten. Das sind 0.000007% . Shell bezahlt der Regierung 3% Steuern, die für die lokalen Communities zweckgewidmet sind. Shell selbst gibt jedoch zu, daß "es so aussieht als, ob wenig bis gar kein Geld die Communities erreicht hat."

Folgen für Umwelt und Gesundheit

Trotz einer Verurteilung 1990 wegen Verletzung des Gas-Entsorgungsgesetzes von 1979 verbrennt der Öl-Multi weiterhin das Gas an der städtischen Peripherie. Lokale Ärzte melden einen dramatischen Anstieg von Atemwegserkrankungen. Weite Teile von Land und Wasser der Ogoni sind durch mehr als 1.626.000 Gallonen ausgelaufenen Öls während der letzten zehn Jahre kontaminiert. So ist zum Beispiel in der Nähe des Dorfes Ebubu ein Gebiet von ca. 120 Quadratkilometer mit einer bis zu einem Meter dicken Öl-Kruste bedeckt, die von einem Pipeline-Bruch 1970 stammt. Nach Angaben von Greenpeace ist bis heute nichts geschehen, um das Gebiet zu sanieren. Shell hat für 1994 eine Reinigung des Gebietes versprochen. Der letzte Öl-Austritt ereignete sich am 12. Juni 1993, die lokale Presse bestätigte, daß 40 Tage vergingen, ehe Shell Maßnahmen ergriffen hat.

Eine Bewegung entsteht

In den 70er Jahren begannen die Ogoni eine Kampagne, um eine größere finanzielle Entschädigung zu erlangen, und für die Sanierung der Umwelt. Einen Höhepunkt erreichte die Kampagne als 1990 80 Ogoni während einer friedlichen Demonstration gegen Shell von der Polizei erschossen wurden. Indizien sprechen dafür, daß Shell die Polizei gerufen hat. Im Januar 1993, nach Jahren der lokalen und nationalen Proteste, haben die Ogoni entschieden, die Kampagne international auszuweiten, um so stärkeren Druck auf Shell und die Regierung ausüben zu können. Die Bewegung für das Überleben der Ogoni wurde gegründet (MOSOP), und mit einer Demonstration an der über 300.000 Menschen teilnahmen, ins Leben gerufen. MOSOP fordert eine größere Autonomie, einen höheren Anteil an den Shell-Einnahmen und die Reinigung der Umwelt durch den Verursacher. Seit dieser Zeit hat MOSOP die Unterstützung von Organisationen wie Greenpeace, Amnesty International, u.a. gewonnen.

Sommer-Massaker

Diese internationale (Medien-)Aufmerksamkeit hat jedoch auch die lokale Repression verschärft. Während des Sommers wurden die Städte Kaa, Tenama, Kengwigbara, Gwara, Sii und Kpean fünfmal angegriffen. Nach Angaben der Ogoni wurden bei diesen Angriffen über 1000 Leute getötet und 14.000 Menschen wurden obdachlos. Augenzeugen berichteten, daß die Angreifer mit Schnellbooten und automatischen Waffen ausgerüstet waren und Uniformen trugen. Auch Hubschrauber waren nach diesen Angaben im Einsatz. Ima Niboro, Journalist des African Guardian, war bei einem der Massaker im September Augenzeuge. Er verneinte kategorisch eine Beteiligung der Volksgruppe der Adonis, wie sie von der Regierung lanciert wurde. Die Adonis hätten weder ein Motiv noch die Ausrüstung um einen solchen Angriff durchzuführen. Niboro vermutet hinter den Massakern eine "dritte Kraft", ähnlich wie in Südafrika. "Shell hat die stärksten Motive für die Überfälle", "doch gibt es bis heute keinen Beweis für eine Beteiligung von Shell."

Nachrichten aus Wuppertal

Infoladen/Archiv · Telefon 0202-311790
Brunnenstraße 41 · 42105 Wuppertal 1

Liebe Leute, liebe Genoss'innen und Genossen,

hier wieder ein Lebenszeichen aus Wuppertal! Wir wollen euch eine Initiative zur Europawahl im Juni 94 vorstellen und um möglichst aktive Unterstützung bitten :

Für die Europawahl haben wir eine Partei gegründet:
Die Unregierbaren / Autonome Liste. Wie der Name schon sagt sind wir jetzt nicht dem Parlamentarismus verfallen. Wir wollen natürlich nicht in die Parlamente einziehen, sondern ein wenig die Infrastruktur der Herrschenden nutzen.
Wer sich Hoffnungen auf Veränderungen durch Parlamentarismus macht sollte auch lieber die anderen Großparteien wie MLPD, PDS, BSA oder andere ernstgemeinte linke Wahlbündnisse unterstützen. **Wahlen ändern nichts**, ist und bleibt unsere Parole. Leute, die sich den Spaß erlauben, uns zu wählen, können wir eh nicht dran hindern. Auf jeden Fall garantieren wir :
-etwaige Überschüsse (z.B. Wahlkampfkostenrückerstattungen) werden Initiativen zur Verfügung gestellt.
-Mandate verhindert eh und hoffentlich die "undemokratische 5% Klausel.
-Der AnarchistInnenanteil an den Kandidaten ist enorm hoch, d.h., die fallen also eher auf der Stelle tot um, als in einem gutdotierten Parlamentssessel (15000 DM pro Monat) Platz zu nehmen..behaupten die jedenfalls.
Wenn wir 4000 Unterstützungsunterschriften zusammenkriegen, werden wir die "Vorzüge" des Wahlrechts ein wenig nutzen:
Wir bereiten Wahlspots zu den verschiedeneen Themen wie Faschisten, Rassismus , Gefangene und Europa vor, die zur besten Sendezeit ausgestrahlt werden müssen.
Bundesweite Plakatserien und/oder regionale/lokale Plakate müssen von den Städtereklamen kostenlos plakatiert werden. Es liegt an uns (bundesweit) bzw. an der Initiative in den Städten, Plakate zu den verschiedensten Themen einzureichen. Bedingung ist, daß die "Offiziellen", d.h. die, beim Bundeswahlleiter ihren Namen zu Protokoll gegeben haben, nicht so schnell wegen Beleidigung, Staatsverunglimpfung etc. Strafverfahren kriegen.
Wir können mit Lautsprecherwagen legal gegen und für dies und das mobilisieren - das kann besonders bei verstärkten Wahlkampfaktivitäten der Nazis wichtig werden und helfen, schnell viele deutsche und ausländische Menschen mobilisieren zu können.
KandidatInnen stellen wir möglichst wenige auf, damit Nazis und Bullen möglichst wenig Material kriegen.
Was natürlich wichtig ist: wir wollen keine der sogenannten linken Parteien nachäffen. Es geht uns nicht darum, Leute zum Wählen gehen zu animieren; wir wollen versuchen, über ihre Infrastruktur unsere Inhalte unverfälscht rüberzubringen. Wir sind natürlich darauf gespannt, wie sie "Wahlspots von links" sabotieren werden.
Wenn ihr also jetzt nicht die Krise gekriegt habt, (die WuppertalerInnen spinnen jetzt völlig...) überlegt euch in euren Gruppen folgendes:

- Wollt ihr Unterstützungsunterschriften sammeln ?
Formulare könnt ihr über den Infoladen Wuppertal bestellen, ein Probe-Packen liegt auch dem Rundbrief bei. Es dürfen nur die Formulare vom Bundeswahlleiter benutzt werden. Zentral ist natürlich, das ihr die Ausgefüllten wieder nach Wuppertal bringt oder schickt.

- Habt ihr Ideen zu Wahlspots, Technixs oder möchtet die Produktion zu einem Thema übernehmen ?
Dann meldet euch möglischst schnell.

- Für die heiße Phase - wie es so schön heißt - brauchen wir Ideen für bundesweite Plakate, bzw. die konkrete Zusage der Stadt/der Region, eigene Plakate/Veranstaltungshinweise bei den örtlichen Städtereklamen einzureichen.

- Städte bzw. Gruppen, die Lautsprecherwagengenehmigungen über die Partei haben wollen, sollten das auch rechtzeitig klären.
Das alles geht natürlich dezentraler und schneller, wenn ihr pro forma einen eigenen Kreisverband gründet...

Koordinieren würden wir das gerne am Rande vom nächsten Infoladentreffen bzw. falls Interesse besteht bei den verschiedenen Antifastrukturen. Für die Wahlspots wollen wir bundesweit Gruppen ansprechen, die zu den genannten Themen arbeiten.

Wichtig ist für uns, daß ihr meldet, daß unsere Post angekommen ist, damit wir wissen ob
a) der Staatsschutz unsere schönen Formblätter abfängt,
b) und wir möglichst ein Bild erhalten wieviele mithelfen.

Infoladen Wuppertal
Brunnenstr.41
42105 Wuppertal
Tel.: 0202/311790 FAX

Wer hat noch nicht, wer will noch mal?

4000 Unterstützungsunterschriften bundesweit sind das Ziel bis April 94. Wer die Wahlspots der Unregierbaren - Autonome Liste im Fernsehen sehen will, wer Plakate gegen Neonazis auch in Zwickau geklebt haben möchte und zwar von der örtlichen Städtereklame, sollte sich im Infoladen Brunnenstr. 41 die Original - Formblätter vom Bundeswahlleiter besorgen und auf Unterschriften - Jagd gehen. Mancher Verwandter ist sicherlich nicht abgeneigt und will die gute Sache unterstützen.
Zum Schluß noch die Bekanntgabe der aktuellen Ergebnisse im Unterschriftensammelwettbewerb zwischen den Städten. (Stand 31.10.93) Bedenket, daß in der Stadt mit den meisten gesammelten Unterstützungsunterschriften die zentrale Wahlparty für die Europawahl stattfindet!! Also vorwärts, aber nicht vergessen: Wahlen ändern nichts!

1. Ölberg-West	49,9 %
2. Solingen	12,14%
3. Barmen	10,1 %
4. Ronsdorf	9.9 %
5. Remscheid	2,4 %
6. Münster	1,42%
Minden	1,42%
7. Hamburg	1,07%
Leverkusen	1,07%
Iserlohn	1,07%
Bochum	1,07%
8. Hagen	0,71%
Wülfrath	0,71%
Lüdenscheidt	0,71%
Velbert	0,71%
Leichlingen	0,71%
9. Frankfurt	0,35%
Rüsselsheim	0,35%
Kaufungen	0,35%
Duisburg	0,35%
Königswinter	0,35%
Hückeswagen	0,35%
Haan	0,35%
Mettmann	0,35%
Wiehl	0,35%
Berg. Gladbach	0,35%
Marburg	0,35%
Schläder Eifel	0,35%
B...	
[illegible]	0,35%
10. Zwickau	0,14%

Die Unregierbaren – Autonome Liste

Das Formblatt für Unterstützungsunterschriften für "Die Unregierbaren - Autonome Liste ist im Ordner zu finden.

"Wir wollen keine Almosen"

aus Schwarzer Faden

Interview mit Juan Manuel Sànchez Gordillo Vorsitzender der andalusischen Landarbeitergewerkschaft SOC

Angezogen von den vielen Erzählungen über ein kleines Dorf in der andalusischen Sierra Sur, fuhr auch ich hin. Ich wollte diese Atmosphäre, die an Nicaragua erinnere, diese andalusischen Asterixe und Obelixe, als die sie mir mit glänzenden Augen beschrieben wurden, selber kennenlernen. Für nicht Eingeweihte (die anderen haben es jetzt bereits erraten): die Rede ist von Marinaleda, einem 1800 EinwohnerInnen zählenden Dorf im Süden Spaniens.

Was es von anderen Dörfern seiner Größe unterscheidet? Es wird tatsächlich demokratisch verwaltet. Wie das aussieht? Wie es dazu kam? Um dies aus berufenen Munde zu erfahren, reiste ich mit Hochgeschwindigkeit nach Sevilla, dieser Stadt, in der der EXPO sei Dank, selbst die Bushäuschen und das C&A im postmodernen Stile erbaut sind. Von dort ging es dann mit andalusischer Gemächlichkeit im Überlandbus nach Marinaleda, auf halber Strecke zwischen der andalusischen Hauptstadt und dem Tourismusziel schlechthin, Granada, gelegen.

Einmal angekommen, verläßt der durch die Reise und Hitze etwas geschwächte Revolutionstourist den Bus und hat ein Gefühl, wie mensch es aus den Western von Sergio Leone kennt. Der Held allein auf der Hauptstraße eines fremden Dorfes, dem staubigen 40 Grad heißen Wind ausgesetzt. Kurzer Blick in die Gegend und das Herz schlägt höher, der Blick fällt auf ein Straßenschild: Avenida de la Libertad, Freiheitsavenue, verkündet es stolz. Jetzt weiß der Städter, wo er ist. Hier in dieser Straße befindet sie sich, die Zentrale der Subversion, das Büro der Landarbeitergewerkschaft, "Sindicato de Obreros del Campo" (SOC), Organisation der Tagelöhner gegen die mittelalterlichen Besitzverhältnisse in diesem Teil des spanischen Staates.

Wo steckt Juanma?

Also nichts wie hin. Im Erdgeschoß der Gewerkschaftszentrale befindet sich, wie kann es anders sein, nein - kein Buchladen, sondern eine Bar. Ist mir im Moment auch lieber. Erst mal ein Tubo (so heißt hier das große Bier, oder das, was mensch in dieser Gegend dafür hält). Ich falle gleich auf, "un guiri", wie hier die Touristen abschätzig genannt werden, betritt nicht alle Tage das Dorf. Ich erzähle dem Menschen an der Bar, etwa 50, graue Haare, wer ich bin, und wozu ich gekommen sei. Ehe ich recht ausgetrunken habe, sitze ich in einem Auto und werde durch das Dorf gefahren. Den Bürgermeister finden wir zwar nicht, "ist immer noch in Sevilla wegen einer Hausbesetzung", heißt es, dafür werden mir im Schnelldurchlauf alle wichtigen Einrichtungen des Dorfes, wie Freiluftdisco und das Gemeindezentrum, in dem sich die politischen Initiativen versammeln, gezeigt und ein Besuchstermin mit dem lokalen Radio vereinbart. Mehr könne man im Augenblick nicht für mich tun, so mein Begleiter, aber der Bürgermeister, Juan Manuel Sanchez Gordillo, kurz Juanma, sei morgen früh im Rathaus. Es scheint so, als wissen hier immer alle wo "unser Bürgermeister" gerade steckt. Die Frage nach einer Übernachtungsmöglichkeit wird abschlägig beantwortet: Nein, Pensionen oder andere Übernachtungsmöglichkeiten gäbe es im Dorf nicht. So mache ich mich per Anhalter in den Nachbarort Estepa, einem mittelalterlichen, durch seine Weihnachtsbäckereien berühmten, Städtchen auf

Der Bürgermeister

Am nächsten Morgen treffe ich den vielbeschäftigten, 38-jährigen Bürgermeister und Vorsitzenden des Exekutivkomitees der SOC im Rathaus an. Besonders begeistert ist er von der Idee ein Interview zu geben nicht; gesteht mir dann jedoch eine halbe Stunde zu. Zu seiner Person möchte der studierte Geschichts- und Literaturlehrer nicht viel sagen, die Sache sei es, worum es ihm gehe. Dann läßt er doch noch so etwas wie einen Lebenslauf heraus, dieser natürlich streng politisch gehalten: gebürtig in Marinaleda, Sohn einer Landarbeiterfamilie, abgeschlossenes Studium als Grundschullehrer für Sprache, Literatur und Geschichte, obwohl er den Beruf nie ausgeübt hat. 1974 tritt er der kurz zuvor im antifrankistischen Untergrund entstandenen SOC bei, der er mittlerweile vorsteht. Seit 1979 ist er ununter-brochen Bürgermeister in Marinaleda. *"Ich war tatsächlich an sämtlichen Aktionen unserer Gewerkschaft beteiligt, d.h. zwischen 30 und 40 Hungerstreiks, bis hin zu einer*

Unmenge von Gutsbesetzungen." Fügt der bärtige, etwas verschlossen wirkende Mann bescheiden hinzu. *"Mehr gibt es nicht. Außer vielleicht, daß ich versuche, das, was ich vertrete, und das, was ich mache, in Einklang zu bringen. Ohne diese Übereinstimmung zwischen Theorie und Praxis werden wir keine gerechteren Organisationsstrukturen aufbauen und erst recht keine andere Gesellschaft.*" Er redet gerne von "wir", wenn er von Politik spricht.

Sein Amtszimmer weist außer einem Telefon keine technischen Errungenschaften des modernen Lebens auf. In den Bücherregalen häufen sich neben verschiedensten politischen Theoretikern Bücher über Unterentwicklung, dazwischen allerdings auch leichtere Kost. Mehrere Bände mexikanischer Märchen fallen mir besonders auf. Den Schreibtisch zieren Zeitungsausschnitte zum Dorf, der Gewerkschaft und zur eigenen Person, ganz oben die andalusische Ausgabe der Tageszeitung "diario 16", die ihm an diesem Tag die komplette Rückseite gewidmet hat. Juanma zeigt mir den Artikel grinsend, ein voller Verriß, von "Schmalspurayatollah" und von einem "als Kropotkin wieder auferstandenen Dorf-Khomeini" ist da zu lesen. Die bürgerliche Presse liebt ihn nicht, so scheint es. Wir beginnen unser Gespräch, das von ständigen Anrufen unterbrochen wird, mit der Kommunalpolitik.

"Marinaleda war schon immer ein sehr kämpferisches Dorf. In der Republik und auch im Bürgerkrieg. Danach war, bedingt durch die Repression, erstmal Ruhe. In den letzten Jahren des Frankismus beginnt sich das Dorf erneut zu organisieren. Seither haben wir einen Organisationsgrad erreicht, wie es ihn in der Geschichte des Dorfes vorher nicht gegeben hat." Mit diesen Worten stellt er mir das Dorf kurz vor. Die Verwaltungsstrukturen:

"Wir haben 9 von 11 Gemeinderäten." Die restlichen zwei gehen an die Regierungspartei von Felipe Gonzalez, die "Spanische Sozialistische Arbeiterpartei", die PSOE. *"Diese zwei halten sich aus allem heraus, mehr noch, sie boykottieren, wo sie nur können. Die PSOE ist die Rechte hier im Dorf*", stellt Juanma fest. *"Naja, das gilt für die PSOE im ganzen Land*", fügt er nach kurzer Pause hinzu.

"Wir haben eine Art direkte Demokratie aufgebaut, eine Art Gegenmacht des Dorfes gegenüber den etablierten Mächten, gegen die Macht, die die Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiet hat, oder ihre politische Macht, die sie mit Hilfe des Staates besitzt. Unser Modell ist die Macht des Volkes, der Armen, der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. In diesem Sinne ist die Macht der Gewerkschaft und der Gemeindeverwaltung ein Instrument der Subversion, ein Instrument gegen die Anpassung, gegen die Duldung der herrschenden Verhältnisse. Die Gemeindeverwaltung steht an der Spitze der Kämpfe der Dorfbevölkerung. Wir glauben, daß die Linke dort, wo sie an die Macht kommt, diese im Sinne der Befreiung des Menschen ausüben muß und sich nicht mit der bestehenden Realität abfinden darf. Ein großer Fehler der Linken ist es, daß sie, wenn sie an die Macht kommt, oder irgendeine Form von Verantwortung übernimmt, die Form der Machtausübung der Rechten kopiert. Auf diese Art bremst sie die Forderungen des Volkes und trägt somit zur Herrschaftssicherung bei. Das versuchen wir hier in Marinaleda anders zu machen. Wir streben eine Macht an, bei der das Volk Verwaltung und Wirtschaft, d.h. den Reichtum, in der Hand hat. Wir treten für eine Dezentralisierung der Macht ein, die es den Menschen ermöglicht, über ihr eigenes Leben zu entscheiden", referiert der Bürgermeister im agitatorischen Ton.

Wie das denn konkret aussehe, wollte ich wissen.

Pro Jahr findet mindestens eine Vollversammlung aller EinwohnerInnen statt, erfahre ich. Diese Hauptversammlung trifft alle wichtigen Entscheidungen bis hin zum Gemeindehaushalt und der Höhe der Abgaben. *"Die Leute haben so gelernt, daß ihre Ideen und Entscheidungen Gewicht haben. Die Versammlung beschließt alle Angelegenheiten von Gemeinde und Gewerkschaft. Eine Trennung gibt es nicht. Die Vollversammlung ist das höchste Organ der "Poder Popular", der Volksmacht, wie sie es hier nennen."*

Die Geschäfte unterm Jahr führt die Aktionsgruppe, "Grupo de acción". Sie setzt sich aus 30-35 Personen, Mitgliedern der verschiedenen im Dorf existierenden Arbeitsgruppen, zusammen. So gibt es unter anderen Gruppen für folgende Bereiche: Feste, Sport, Gewerkschaftliches, Ökologie, Pazifismus. Diese Gruppen tragen die alltägliche Arbeit im Dorf. Sie sind offen für jedermann/frau. Ihre Aufgabe ist die Umsetzung der Beschlüsse der Vollversammlung. Des weiteren existiert der "Senado Popular". Ganz nach nicaraguen-sischem Vorbild treffen sich hier Vertreter aller Straßen des Dorfes. *"Dies ist der Ort für Debatten und Diskussionen über die eigene Realität ohne den Druck alles sofort umsetzen zu müssen. Hier wird der politische Rahmen gesteckt*", erläutert mein Gegenüber.

"Und die Gemeinderäte?", will ich wissen.

"Sie arbeiten in den verschiedenen Gruppen mit, in jeder Gruppe einer. Der Gemeinderat hat allerdings keine Sonderstellung in diesen Gruppen, sondern ist 'einer mehr'", erfahre ich.

Dies sei ja wohl nicht im Einklang mit der spanischen Verfassung, frage ich.

"Wir haben natürlich Probleme mit den vorgesetzten Stellen, der andalusischen Landesregierung usw.. So wurden des öfteren Beschlüsse der Vollversammlung von höherer Stelle aus angefochten.

Grund: man kann keine Versammlungen auf der Straße abhalten, sondern nur im Rathaus. Nun passen aber nicht alle Einwohner des Dorfes ins Rathaus. Wir haben mittlerweile Wege gefunden, weiterzumachen wie bisher, aber die Legalität zu wahren. So versammeln wir uns jetzt in unmittelbare Nähe des Rathauses. Aber wir haben auch schon Versammlungen auf besetzten Gütern abgehalten. Klar, wir haben Probleme mit dem Gesetz. Ich glaube allerdings, daß wer sich der Legalität unterwirft, nichts verändern wird. Das Gesetz ist der Ausdruck davon, daß es eine herrschende Gruppe gibt, die mit Hilfe der Gesetze ihre Ordnung durchsetzt", lautet die Antwort.

Die SOC und der Anarchismus

Auf meine Bemerkung, daß dies doch alles sehr nach anarchistischer Politik klingen würde, antwortet Juanma nach kurzer Bedenkzeit: *"Unsere Gewerkschaft greift teilweise bei direkten Aktionen und bei den internen Strukturen anarchistische Traditionen auf. Bei uns gibt es keine Unterschiede zwischen den Gewerkschaftsführern, und den von ihnen 'Gefährten'. Die Vollversammlung hat bei uns die*

höchste Entscheidungsgewalt. Das Hauptmotto, unter dem wir die ganzen Jahre gekämpft haben, ist die Forderung nach Arbeit und Land. Deshalb waren wir auch die erste Gewerkschaft, die hier in Andalusien anfing, Land, das heißt große Güter zu besetzen. Wir haben immer zu gewaltfreien direkten Aktionen gegriffen, von Hungerstreiks über Generalstreiks bis hin zu Aktionen gegen die Mechanisierung der Landwirtschaft, die uns letztendlich die Arbeit nimmt. Wir begreifen uns als eine sozio-politische Gewerk-schaft, wir streben nicht nur eine Landreform sondern gleichzeitig einen radikalen Gesellschaftswandel an. Wir glauben, daß ohne Wandel der Gesellschaft, und damit des Verständnisses dessen was Entwicklung ist, keine wirkliche soziale Gerechtigkeit zu erreichen ist. Man kann unsere Gewerkschaft allerdings nicht als anarchistische Gewerkschaft bezeichnen. Wir haben, wie bereits erwähnt, anarchistische Organisationsstrukturen, die weniger bürokratisch und weniger hierarchisch als die anderer Organisationen sind. Dieser Organisationsaufbau paßt auch ganz gut zur andalusischen Mentalität. Unsere Mitglieder kommen aus allen möglichen politischen Ansätzen: Marxisten, Humanisten, Christen für den Sozialismus und auch Anarchisten."

"Arbeit und Brot" lautet also das Hauptanliegen der SOC. Der Weg dahin führt für sie über eine Landreform." *Die Landreform ist nach wie vor notwendig hier in Andalusien. Dies gilt nicht nur für Grund und Boden, sondern auch für die Vermarktungsstrukturen*", erklärt Sánchez Gordillo.

Diese Landreform ist eine der ältesten sozialen Forderungen im spanischen Staat. Hier im Süden verfügen 2% der Bevölkerung über 50% des Bodens, eine Konzentration, die höher ist als vor dem Bürgerkrieg. Die einzelnen Ländereien nehmen unvorstellbare Ausmaße an. So besitzt z.B. die Gräfin von Alba über 34 000 Hektar Ackerland.

Die Landwirtschaft ist der einzig produktive Wirtschaftssektor in Andalusien. Ausreichend Einkommen bietet sie allerdings nur wenigen. So kommen die meisten in Marinaleda nur unter allergrößter Anstrengung auf 60 Arbeitstage ihm Jahr, die Hälfte davon in der Olivenernte. Nur wer diese 60 Tage nachweisen kann, hat Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung für Tagelöhner, lächerliche 25 000 Peseten im Monat, umgerechnet ca. 320 DM. Von dieser kärglichen Arbeitslosenunterstützung leben in Andalusien etwa 400 000 Menschen. Diese miserable Situation ist wohl der Hauptgrund für die Radikalität der SOC. *"Die Lösung heißt Arbeit, und diese Arbeit muß durch das Land und die weiterverarbeitende Industrie entstehen. Wir brauchen Arbeit und keine Almosen, weil Almosen denjenigen, der sie bezieht, erniedrigen"*, so Juanma.

Landbesetzungen

Eine der wichtigsten Aktionsformen ist die Besetzung brachliegender Güter. Die erste Besetzung nach dem Ende der zweiten Republik datiert vom Jahre 1978.

"Einen Tag und eine Nacht dauerte es bis zur Räumung durch die Guardia Civil", erklärt Juanma. Ihm brachte diese Aktion eine Geldstrafe und zwei Monate Gefängnis auf Bewährung ein. Mittlerweile haben die Leute aus Marinaleda über hundert solcher Besetzungen durchgeführt. Und sie haben einen Erfolg vorzuweisen. 1800 Hektar Land fielen nach mehreren Besetzungen entgültig ans Dorf. Mittels verschiedener Genossenschaften soll dieser Boden einem Sechstel des Dorfes Arbeit und Brot geben. Neben ökologischem Landbau sollen hier neue Lebensformen ausprobiert werden. Ein Modell für ganz Andalusien werde es sein, erfahre ich.

Für Juanma war der Prozeß wegen der Besetzung nicht der letzte. Längst hat er aufgehört zu zählen. *"So zwischen dreißig und vierzig werden es sein."* So laufen zur Zeit Verfahren gegen ihn wegen einem erfolgreichen Generalstreik bei der Olivenernte Anfang 1991. Nötigung sei dies gewesen und Sachbeschädigung, so die Anklage. Wenn er verurteilt wird, drohen ihm 14.000 DM Geldstrafe und 9 Monate Gefängnis.

"Gewerkschaftliche Konflikte, d.h. Arbeitskämpfe, in einem Rechtsstaat vor Gericht auszutragen, ist für mich eine echte Schweinerei. Und ich nenne dies eine Art von weichem Totalitarismus seitens der Arbeitgeber. Sie wollen sich auf dem Gerichtswege an uns rächen, rächen für einen Kampf, den wir letzendlich gewonnen haben, da wir einen Tarifvertrag durchsetzten, der erheblich über dem Angebot der Großgrundbesitzer lag. Und die Anschuldigungen gegen uns sind an den Haaren herbeigezogen. Wenn hier in Andalusien überhaupt jemand vor Gericht gehört, so sind dies die Arbeitgeber, die Großgrundbesitzer, für ihre Rolle in der Geschichte und weil sie bis heute nicht die sozialen Aufgaben erfüllen, die ihnen zuständen", schätzt Juanma die Prozesse ein.

Maschinenstürmerei?

In den letzten Jahren nehmen die Auseinandersetzungen bei der Olivenernte zu. Die Großgrundbesitzer setzen Erntemaschinen ein, die Tagelöhner verlieren die letzte wichtige Einnahmequelle. Ob dies nicht Technikfeindlichkeit und Maschinenstürmerei sei, frage ich.

Zur Antwort bekomme ich folgende allgemeine Reflexion zum Thema Fortschritt: *"Der Fortschritt muß menschliche Züge haben. Wenn dies nicht so ist, kann man nicht von Fortschritt reden, sondern von Rückschritt. Dieser sogenannte Fortschritt hat uns 850 Millionen Menschen beschert, die an Hunger sterben – 25 Millionen von Kindern jedes Jahr. 100 Millionen Kinder, die durch Unterernährung erblinden, während es auf der anderen Seite genug Reichtum auf der Erde gibt, um das vierfache der aktuellen Weltbevölkerung zu ernähren. Dieses Entwicklungsmodell ist unmenschlich. Wir brauchen ein anderes Entwicklungsmodell, eine andere Gesellschaft und eine andere Staatsform. Dafür kämpfen wir, für diese Utopie, die unbedingt notwendig ist, und auf die wir nicht verzichten können."*

In diesem Zusammenhang kommt er auf die EG und auf die Konsequenzen, die seiner Ansicht nach Maastricht für die Situation in Andalusien haben wird zu sprechen.

"Wir gehen davon aus, daß die EG-Agrarpolitik und die aufgrund des Drucks der USA zustande gekommenen GATT-Vereinbarungen die spanische Landwirtschaft in eine tiefe Krise stürzen. Dies wird besonders stark die andalusische Landwirtschaft betreffen. Wir werden die Rechnung für die EG zahlen. Der Staat verteidigt in keiner Weise die Interessen der andalusischen Landwirtschaft. Schon heute liegen 15% des Bodens brach, und das in einem Gebiet, das mit über die besten Böden des gesamten Kontinentes verfügt. Die sogenannte Umstrukturierung der Landwirtschaft ist eine systematische Zerstörung derselben. Wenn Andalusien die Landwirtschaft verliert, verliert es den einzigen produktiven Wirtschaftsbereich, wir haben ja keine Industrie hier. Hier muß man von einem Anschlag auf die Rechte dieses Volkes sprechen, ein Anschlag auf Andalusien. Ich glaube, daß alle auf dem Land tätigen Organisationen hier in Andalusien sich gegen die EG und ihre Landwirtschaftspolitik zusammenschließen müssen."

Er weiß, daß dies harte Kämpfe mit Madrid bedeuten wird. Doch er hat eine Idee, wie man die Mobilisierung auf dem Land verstärken könne:

"Andalusien muß die Abhängigkeit von Madrid abschütteln, oder ganz allgemein die Abhängigkeit von der Politik aus dem Norden. Wir brauchen einen Nationalismus von links, ein Nationalismus, der sich nicht abgrenzt, der keine Grenzen kennt. Dies brauchen wir, um aus der Abhängigkeit herauszukommen, um die Rolle, die Andalusien hat zu durchbrechen. Wir können nicht länger Warenhaus für landwirtschaftliche Produkte und für billige Arbeitskräfte sein, die überall hin emigrieren. Dies muß von Andalusien aus geschehen, wir müssen die andalusischen Interessen vertreten und dies gegen Madrid. Wir brauchen ein andalusisches Bewußtsein."

Sehr zweischneidig erscheine mir die Sache mit dem Nationalismus, gebe ich zu bedenken.

"Klar, Nationalismus ist ein sehr gefährliches Wort. Wir wollen den Nationalismus als Mittel zum Zweck benutzen, und nicht als Selbstzweck. Das Ziel muß die weltweite Befreiung und die Gleichheit, das Ende der Ungerechtigkeit sein, wenn möglich. Nationalismus ist ein Begriff, den man nur schwer benutzen kann, weil er sooft von Leuten verwendet wird, die das genaue Gegenteil wollen."

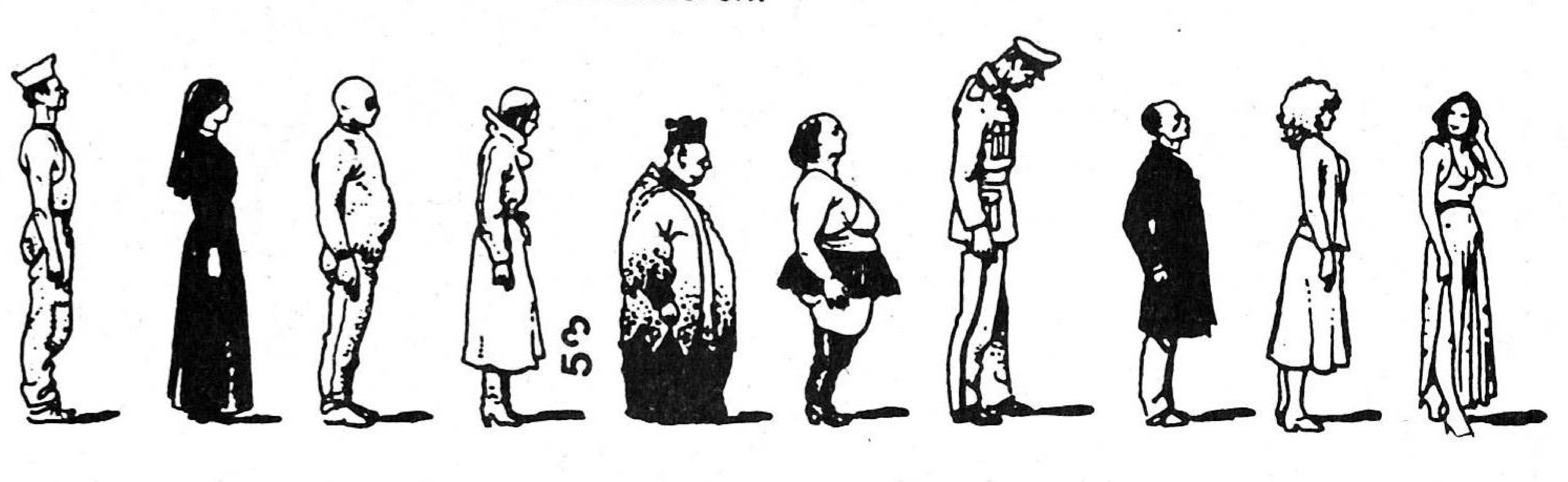
SOC und "Vereinigte Linke"

Bei den letzten Wahlen zum spanischen Parlament am 6. Juni diesen Jahres verblüffte Juanma viele Linke. Er, der als undogmatischer Linker Bekannte, kandidierte auf der Liste der "Vereinigten Linken", "Izquierda Unida" (IU). Diese Wahlkoalition steht unter starkem Einfluß der Kommunistischen Partei Spaniens, PCE. Seine Kandidatur war das Ergebnis eines Bündnisses zwischen IU und einer andalusischen Gruppe, die unter dem Namen Candidatura unificada de los Trabajadores/CUT (Vereinigte Arbeiterkandidatur) eigens zu den Wahlen entstanden war. *"Die CUT sind wir, Leute der SOC, aber es nehmen auch Leute aus der Stadt, wie die anarchistische Gewerkschaft CGT, Christen für den Sozialismus, die trotzkistische LCR, die Ex-Maoisten von MC und Unabhängige Linke, sowie Totalverweigerer daran teil; Leute, die seit dem Anti-Nato-Referendum nicht mehr gewählt haben und jetzt wieder wählen, weil wir kandidieren."*

Mit IU scheint es bisher keine Schwierigkeiten gegeben zu haben: *"IU ist die einzige Möglichkeit, die wir haben um an Wahlen teilzunehmen und so mit anderen Leuten in Kontakt zu treten, Leute die sich als Links fühlen, die zum Volk gehören, Leute die immer noch revolutionäre Ansichten vertreten. Leute an der Basis. Innerhalb des Apparates von IU gibt es natürlich eine Reihe sehr gemäßigter Leute, – Leute, mit denen wir an bestimmten Punkten einer Meinung sind in anderen Fällen nicht. Aber innerhalb der Wahlkoalition besteht genügend Freiraum für die einzelnen Strömungen, um von einem Bündnis zusprechen, und um innerhalb dieses Bündnisses unsere Politik zu entwickeln. Deshalb sind wir innerhalb von IU. Wir müssen die Möglichkeiten ausschöpfen, die uns der Parlamentarismus bietet, um mehr Öffentlichkeit zu erreichen, um so stärker zu werden, um denen eine Stimme zu geben, die keine haben. Ich will ein Abgeordneter der Straße sein. Ich will nicht die herrschende Ordnung stützen, das ist klar. Das Parlament als Lautsprecher, als Tribüne."*

6000 Stimmen fehlten ihm. Viele Leute, nicht nur die Rechte, sondern auch innerhalb von IU dürften aufgeatmet haben, als Juan Manuel Sánchez Gordillo nicht ins madrilenische Parlament einzog. Bei den nächsten Wahlen zum andalusischen Landesparlament in Sevilla kandidiert er wieder. Diesmal wird ihm niemand seinen Parlamentssitz streitig machen können. Dies scheint sicher.

Als ich mich verabschiede, sind es doch fast zwei Stunden geworden. Mit RAP im vom Rathaus unterstützten Lokalradio besteige ich den Bus Richtung Granada, zurück in die Stadt, in dieses Jahrhundert? - In die erste Welt? Ich weiß nicht so recht wie ich das Erlebte in Worte fassen soll.





26.NOV.93

OFFENER BRIEF an die RAF und an alle GEFANGENEN aus der RAF

wenn nicht ALLE jetzt mal luft holen, nachdenken- wird raf, politische gefangene nur noch associationen wie: deal, verrat, schmutzige schlacht, ein haufen scheisse mit dem man am besten nichts zu tun hat- hervorrufen. bei allen, die dazu nähe hatten, bei denen, die das jetzt aktuell mitkriegen- und bei denen die es später nachlesen werden oder erzählt bekommen. es steht nicht nur die vergangenheit auf dem spiel sondern vor allem ausgangsbedingungen für die zukunft.
dass was in den letzten 4 wochen in der öffentlichen diskussion von gefangenen aus der raf und der raf selbst an zerstörung von dem was noch übrig war gelaufen ist hat- zusätzlich zu den konkreten verhandlungsversuchen mit dem staat- auch eine langjährige geschichte von ungelösten politischen widersprüchen. (dazu wird noch viel gesagt werden).
eins ist deutlich, diese widersprüche sind jetzt gegen die interessen aller, die eine andere welt erkämpfen wollen eskaliert. und diese eskalation stärkt nur den feind.
was die meisten, mit denen wir zu tun haben zu dieser öffentlichen "auseinandersetzung" empfinden ist, dass es vor allem ein unerbittlicher machtkampf gegeneinander ist. was hat dieser mit dem noch zu tun, worum es euch allen mal ging? wofür ihr gestanden, gekämpft, euer leben eingesetzt habt?
machtkampf gegeneinander ist teil der imperialistischen hölle und sonst nichts. da kann man/frau noch so sehr politisch argumentieren.
die vermischung von den konkreten verhandlungsversuchen,lanjährigen ungelösten widersprüchen, persönlichen verletzungen und die sowieso ziemlich brutale lage für alle verhindert dass ihr alle (celler, birgit, die anderen gefangenen aus der raf und die raf) eurer verantwortung gerecht werdet- für die ZUKUNFT was offen zu halten.

zu uns selbst- wir werden so oder so kein teil dieses teufelskreises werden. wir werden da nicht mitmachen, die suche nach den schuldigen für die scheisse in der wir alle stecken nicht mitmachen. und in zukunft auch nicht in irgendeiner form mitstützen, tragen. einfach deshalb weil wir uns selbst und alle mit denen wir zu tun hatten/haben nach der eigenen verantwortung fragen. wer sich selbst so fragt- kommt sehr schnell darauf- dass die begriffe "entpolitisierung", "verlust eigener, klarer kriterien", "undeutlichkeit im agieren gg. dem staat", "perspektivlosigkeit".. auch auf uns selbst zutreffen.
für uns steht das, was von der raf und den gefangenen gelaufen ist, und- vor allem- wo alles angekommen ist in untrennbarem zusammenhang zu dem was hier draussen von uns lief, bzw. nicht lief.

als die raf im april 92 den schnitt gemacht hat, fanden wir das einerseits genau richtig. andererseits haben wir auch gewusst dass das bedeutet, dass die zukunft im hinblick auf strategie, weiterbestimmung und darin auch: ob und wie guerilla, jetzt in den händen aller liegt. dass die raf diese verantwortung jetzt teilt mit allen, die für revolutionäre umwälzung kämpfen/kämpfen wollen. dass sie sagen- ihre funktion/rolle und ob überhaupt hängt von dem neubestimmungsprozess ab,der von allen in die hände genommen werden muss.
wir sind dem nicht gerecht geworden.

mit irmgard möllers erklärung f.alle gefangenen aus der raf ca. eine woche nach der erklärung der raf vom april 92 haben alle gefangenen aus der raf den schritt der raf begrüsst. kurz danach gingen verstärkt schritte, initiativen für die freiheit aller politischen gefangenen in der öffentlichkeit los.

auch in bezug auf die durchsetzung der freiheit sind wir unserer verantwortung nicht gerecht geworden. hätten wir genauer die ausgangsbedingungen hier untersucht,hätten wir deutlicher gesehen, dass die grundlagen- gesellschaftlich, politisch, perspektivisch nicht genügend da sind um die kraft gegen den staat zu entfalten, die es braucht die freiheit durchzusetzen. und hätten uns so dann darauf konzentriert stärker teil des anstehenden neubestimmungs- neuorganisierung prozesses zu sein - und als teil der diskussionen initiative n DARIN auch richtung freiheit gemacht. das wäre schwieriger gewesen als das was wir schliesslich machten. diskussionen, initiativen zur freiheit aller polit.gefangenen. es SCHIEN unmittelbar greifbarer. scharf auf den punkt gebracht haben wir auf den staat reagiert (kinkel--anf.92). natürlich weil wir möglichkeiten "für uns" sahen-- aber wir blieben so im rahmen dessen stecken womit der staat gut leben kann.
wir wollten - obwohl wir spürten- es fehlt wesentliches an unterbau, grundlage - erstmal die situation NUTZEN /nach kinkel, raf erkl., gef. erkl.) um für die freiheit eine bresche zu schlagen.
und das haben wir ja nicht im luftleeren raum gedacht, gemacht. da haben auch die pol. gefangenen ihren teil darin.
wir sind uns ziemlich sicher- wenn jetzt mal luft geholt wird, und alle ÜBER SICH sprechen im zshg. der letzten 3,4 jahre- und seit april 92 auch, dass bestimmte tendenzen/fehleinschätzungen-irrtümer eben NICHT einfach abzuschieben sind.
wir fordern jetzt von ALLEN über sich(wieder) zu reden- weil falsche frontenbildung bringt "in gefahr und höchster not" - genauso wie der mittelweg- den tod. diese frontenbildung produziert eine ebenso falsche spaltung bei sehr vielen hier draussen. die tieferen politischen widersprüche und eigenen verantwortungen werden über schuldzuweisungen verwischt und NICHTS wird konstruktiv gelöst, weitergebracht.

a) FRAGEN an die gefangenen aus der raf, die sich hinter brigittes erklärung (brigitte mohnhaupt, ende okt.93) gestellt haben

in der erklärung wird nicht nur den celler gefangenen, sondern auch der raf jede integrität/moral abgesprochen. auch weiterstadt ist nur noch ware/deal. warum seid ihr euch da so sicher? warum habt ihr, zumindest zur raf hin keinen spielraum mehr gelassen? haben die fakten für sich gesprochen? oder gab es schon vorher keinerlei politisches vertrauen mehr(zb. helmut pohls erklärung wo er von neuer politik der raf mit der steinmetzchen einheit redet)?

in der hungerstreikerklärung vom 1.2.89(siehe hungerstreik Info Nr.1, hrsg. Angehörige der pol.Gefangenen i.d.Brd, heute: Angehörigen Info) habt ihr gesagt: (..)"die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation- und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu. denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirlich nicht unser höchstes glück. wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere,wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt (..)"
die vorstellung die freiheit als realistisches ziel anzupacken(zu sehen)hatte doch, nach dem was die raf jetzt(2.11.93) gesagt hat, bestimmt auch mit der überlegung zu tun, dass die raf damals schon (9o)einen schnitt/zäsur oder aufhört? nachdem der hungerstreik abgebrochen war, und die zusammenlegung nicht durchgesetzt, wurde irgendwann klar, dass die raf diesen schritt(schnitt /zäsur o.ä.)nicht macht, weil "es damals mit unseren politischen vorstellungen zusammen nicht möglich" (raf 2.11.93) war.

obwohl also zwei grundsteine der überlegung hin zur freiheit sich nicht verwirklicht hatten(die zusammenlegung und die zäsur der raf), die ausgangssituation sich also verändert hatte habt ihr keine wesentliche neubestimmung zur freiheit von eurer seite gemacht, bzw. ein konkretisieren von der neuen ausgangslage aus -- wie ihr denkt,wie das mit der freiheit gehen könnte. es ging weiter mit- diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen und- hin zur freiheit. sie seht ihr das heute?

wie seht ihr heute eure anstrengungen richtung freiheit nach dem april 92? "wir selbst und unsere anwälte und angehörigen haben immer wieder gespräche mit der regierung geführt, wenn durch unsere kämpfe in den gefängnissen und den widerstand draussen gegen die isolation eine offene situation geschaffen war. es gab sie auch im letzten jahr nach dem schritt der raf, zuletzt im august.(..)" -prozesserklärung eva haule v.4.11.93
wie ist hier "offene situation geschaffen war" gemeint?

nach einigen briefen jetzt haben viele von euch schon gewusst, dass in der verknüpfung der gefangenenfrage mit dem schnitt (raf,april 92) tendeziell tauschhandel steckt. warum habt ihr nicht irgendwann eine erklärung rausgebracht, die die zustimmung von der ersten gefangenen-erklärung(irmgard möller) revidiert und klarmacht, dass ihr das so nicht wollt?

(sinngemäss)"wir haben in den letzten jahren- in denen wir versucht haben, den pragmatismus zu überwinden, die erfahrung gemacht, dass die grenze zwischen pragmatismus und opportunismus sehr schmal ist." (ehem.commandante aus nicaragua, okt.93,monimbo-kongress,frankfurt am main)
diese genossin geht von einer historischen/kontinentalen und internationalen umbruchssituation AUS- innerhalb welcher es um das finden von wegen geht, die dieser sich radikal verändernden wirklichkeit gerecht werden können. sie geht davon AUS, dass diesen weg zu finden, dafür muss er gegangen werden und dass das auf jeden fall eine masse von fehlern und irrtümern auch bedeutet. sie begehen (in nic.)-zumindest nicht öffentlich- nicht den fehler sich gegenseitig die schuld für die nicht-lösung der anstehenden fragen zu geben. auch viele von euch haben in den vergangenen jahren in briefen,prozesserklärungen davon gesprochen, dass die innergesellschaftlichen, internationalen umbrüche so weitreichend sind, dass die schwierigkeiten der weiteren strategischen/taktischen bestimmungen entsprechende dimensionen hat. warum ist dann bei einigen von euch eine solidarische grundhaltung nicht mehr da? man/frau kann doch schwere irrtümer kritisieren, klar machen dass man/frau selbst bei fortsetzung das nicht mittragen kann-- aber das ganze trotzdem noch als gemeinsames problem betrachten.

wie stellt ihr euch das in zukunft vor, wenn ihr einerseits sagt, dass ihr trotzdem noch mit allen politischen gefangenen solidarisch seid und andererseits jede politische integrität dieser gefangenen bestritten wird (zb.mit dem ausdruck "heim ins reich")? da müsste ja dann zweierlei solidarität entstehen:eine solidarität mit opfern der isolation und eine solidarität mit integren politischen gefangenen?

sehr viele von euch schreiben jetzt "offene briefe an birgit". nach dem was wir bis jetzt kennen, finden wir das unehrlich. ginge es um die auseinandersetzung mit birgit, müssten diese briefe nicht öffentlich sein. die meisten von euch machen ihre positionen deutlich. aber müsst ihr das dann "briefe an birgit" nennen?

b) FRAGEN an die celler gefangenen und an birgit hogefeld:

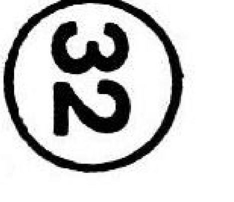
im wesentlichen wollen wir, dass ihr offen macht konkret, ehrlich (celler gef.) was ihr von euch aus mit wem,wann, mit welchen überlegungen/zielen initiiert habt.
ende 92, nachdem bernd rössner nicht wirklich freigelassen wurde und schon einige prozesse gegen weitere gefangene eingeleitet waren, wo klar war- die kräfte sind nicht da um das mit der freiheit gegen den staat durchzusetzen. vom staat war-auch für diejenigen die hoffnungen in kinkel gesetzt hatten- ausser weitere verschärfungen, eskalation nichts zu sehen. in dieser situation habt ihr- karl heinz- diese erklärung gemacht, die in DER situation eine handreichung an den staat war. wir meinen da nicht den satz "nicht in die illegalität zurückkehren", sondern insgesamt inhaltlich war es das in DER situation. hattet ihr zum zeitpunkt dieser erklärung schon so vorstellungen wie ihr sie dann in den gesprächen mit ströbele angefangen habt zu konkretisieren nach weiterstadt?
karlheinz, in deinem brief an brigitte mohnhaupt anfang oktober (taz,1.11.93) sagst du auf die frage, wieso die anderen gefangenen von den gesprächen nichts wussten, dass ja sowieso alles von euch niedergemacht worden wäre. das ist doch in anbetracht der fragen/kritik jetzt an euch einfach nur eine flucht, die ebene der schlammschlacht die versucht wesentliches zu verstecken. ihr habt aktuell konkrete verantwortung,die solltet ihr auch korrekt tragen.

ströbele sagt in dem taz interview (taz ca.4.11), dass der kreis der angesprochenen viel grösser war,er nennt keine namen, nur "von grünen bis cdu spektrum". ihr habt da eine weitreichende sache initiiert wo nicht nur die anderen gefangenen das recht haben zu erfahren worum es da ging, mit wem, wann- . und wie ihr das heute seht. es ist doch eine verarschung und hintergehen von allen, die zur freiheit, mit euch, überhaupt hier draussen kämpf(t)en.

dass kinkel NACH der hinrichtung von wolfgang grams und der verhaftung von birgit hogefeld mit seiner "versöhnung"sleier nochmal rauskam können wir jetzt besser einordnen. damals haben wir gedacht "irre".
antje vollmer ist nach weiterstadt auch relativ gross rausgekommen und hat den staat zur vernunft aufgerufen, weil sonst der kampf weitergeht. war sie auch eine der angesprochenen?
alle haben das recht, das ganze jetzt nochmal einschätzen zu können- mit den fakten- was von euch aus lief.

karl-heinz, du sagst (ce,29.10;taz v.1.11): "mit bad kleinen war eine neue situation da. wir haben ströbele gegenüber definitiv deutlich gemacht, das alles was vorher überlegt war, jetzt keine bedeutung mehr hat. der kontakt zu bubis war davon nicht berührt, weil es hier um die kommunikation mit vertretern gesellschaftlicher gruppen zu unserer situation ging."
entweder du/ihr macht euch selbst was vor oder anderen oder beides. im prinzip ging es doch mit bubis um das gleiche wie mit reuter(über ströbele)- "druck machen in den reihen der gegenseite".. oder warum habt ihr sonst keinen widerspruch dazu wenn bubis euch sagt "er habe aber ende september ein gespräch mit KOHL und KANTHER und will dabei auch ansprechen,warum sich nichts getan hat." wenn er einer von denen sein sollte "die das,was die raf und die gefangenen in den letzten jahren versucht haben, als vernünftig sehen und deshalb öffentlich unterstützen wollen"-- warum hat er dann nicht öffentlich mit anderen vertretern gesellschaftl.gruppen (zb. pressekonferen, interviews etc.) deutlich gemacht, dass die freiheit der pol.gefangenen seine sache ist? warum sagt ihr, es ging und geht mit bubis um was anderes? und habt keinen widerspruch dazu, dass er(bubis) FAKTISCH interne gespräche mit der politischen führungsspitze (kohl/kanther...)dieses staates geht?
das stimmt doch einfach hinten und vorne nicht.

karlheinz,du sprichst die anderen gefangenen an (brief an brigitte,anf.okt,taz 1.11):(..)"..und trotzdem scheint es euch ein paradox zu bleiben, das konzept aufzuheben und den bruch zu halten, aus dem der bewaffnete kampf früher oder später wiederkehren wird.wenn gewiss auch in anderer gestalt und auf einer anderen bestimmung.(..)"



in zusammenhang mit den gesprächen ströbele/reuter/bubis über eine lösung für alle und was ihr mit bubis fortsetzt verstehen wir nicht was du/ihr mit "den bruch halten" meinst?
für uns ist es so, dass durch den inhalt der gespräche und mit wem genau die minimalste grundlage, auf der der bruch-- für die zukunft--gehalten werden KÖNNTE tendenziell zerstört worden ist. weil doch die minimalste grundlage nur sein kann: den antagonismus zum staat aufrecht zu halten- und die fortsetzung des bewaffneten kampfs(ob, wann, wie) hängt von unserer seite ab. also nicht: je nachdem was der staat in sachen gefangene macht- wird es so oder so weitergehen oder eben nicht. und das dann über 2 ecken von der staatsseite rauszukriegen und es an ganz vielen unserer seite vorbei zu machen.
die gefangene logischerweise rauswollen und "realistische" wege für sich suchen, ohne das dann, wenn es konkret wird, den anderen gefangenen zu sagen, wäre eine sache. aber daraus eine "politik" angeblich für alle(drinnen u.draussen),deren inhalt und konkretion dem GEGENÜBER steht was als angestrebtes ziel behauptet wird ("den bruch zu halten.." oder "weils nicht nur um die freiheit der gefangenen vom knast geht. freiheit meint die eines neuanfangs und das impliziert auch die "freiheit" der genossen draussen dazu..") ist etwas anderes.
warum habt ihr nach ende 92, wo ihr auch an euch selbst die erfahrung gemacht hattet (nach eurer erklärung),dass die daumenschrauben nur enger gedreht werden (psychiatrisierungsversuch)--dann irgendwann hoffnung in diese gespräche gesetzt? habt ihr gedacht, dass die freiheit von allen drinnen und die "freiheit der genossen draussen" dabei rauskommt? wie seid ihr darauf gekommen?

ihr müsst das, was ihr zu recht von anderen fordert auch selbst jetzt tun- ehrlich und offen. "wir hätten über uns reden müssen, statt über andere und gegeneinander. so wie die das draussen begonnen haben. nur darin wird man wiedererkennbar, nur das schafft eine grundlage für solidarität."(anf.okt an brigitte mohnhaupt,taz 1.11.) wenn ihr jetzt zu dem konkreten nicht über euer wirklich eigenes darin, reden könnt dann wird sich auch alles was ihr an (für uns) wichtigen diskussionsbeiträgen zur politik der vergangenheit und gegenwart im gedächtnis der menschen in das auflösen was am ende so stehenbleibt: das eigene in die hände der anderen seite gelegt zu haben.

birgit(hogefeld)- du bist da auch wichtig. einiges von dem oben meint dich auch und von dem folgenden auch.

c) FRAGEN an die RAF

wir können jetzt hier nur bruchstücke sagen, die zeit drängt, ein "offener brief" ist darauf angewiesen veröffentlicht, verteilt zu werden.
entgegen der aktuell am häufigsten veröffentlichten positionen/blickwinkel auf eure politik (bis mai 93) sehen wir zuallererst euren kampf und eure suche in dieser schwierigsten aller zeiten(kommt uns vor). in dieser situation(92) euer versuch, einerseits den strategischen schnitt zu verwirklichen, gleichzeitig konkrete ziele weiter zu benennen(freiheit), und weiter selbst aktiver teil der neubestimmungsdiskussion zu bleiben(erkl.zu anti-wwg mobilisierung,mü,juli 92, dann august erkl.92, weiterstadt,..) und für alles vor allem eine praktische dialektik für diese strategische neubestimmung existenziell zu brauchen, die aber offenbarso nicht kam("..auch wenn wir auf unsere august erklärung wenig resonanz bekommen haben.."raf 93)
usw.-- es gibt nichts vergleichbares, kein beispiel in der geschichte der brd oder sonstwo- es ist ein unvergleichlich schwieriger weg der da von euch die letzten 1.5 jahre gekämpft wurde.
unseren ausdrücklichen respekt für euren kampf quer durch die hölle hier, wo jetzt das fegefeuer entzündet werden soll? ohne uns, wir würden uns selbst verbrennen-- weil wir uns nach unserer eigenen verantwortung fragen und von daher wissen, dass wir so oder so teil dessen sind wo alles angekommen ist.
sicher ihr habt fehler gemacht, irrtümer begangen- die brutale folgen hatten und noch brutalere haben können, das kommt jetzt auf euch an. aber es gab auch anderes- das was wir und viele andere in eurem kampf seit april 92 gesehen haben ist: mit tabus zu brechen, den mut(in all diesen unsicherheiten) tatsächlich neues zu wagen. ihr habt damit auch mut geweckt, erzeugt, und vor allem von allen hier eingefordert die verantwortung zu übernehmen, es SELBST in die hände zu nehmen. dass sich das kaum materialisiert hat, so auch keine relevanz für das was existenziell war/ist herzustellen, und auch gesellschaftlich sich nicht ausweiten konnte, hat viele gründe. wir machen euch nicht dafür verantwortlich weil das eine illusion zu uns selbst und zu den bedingungen hier insgesamt beinhalten würde.

wenn das so stehenbleibt was ihr am 2.11. gesagt habt-- geht das alles den bach runter. ihr setzt eure integrität aufs spiel, alles was ihr bis jetzt erkämpft habt. alle, die wir kennen, einige haben im frontprozess gekämpft, haben gerade den mut zur selbstkritik als notwendig für eine weiterentwicklung des prozesses empfunden.diese- und auch sehr viele andere haben die sprengung des knastes in weiterstadt begrüsst..
all das (seit april 92) und auch alles was davor war ist jetzt fast neutralisiert.fast.
wir haben uns einfach geweigert, das zu glauben(eure rolle) was brigitte da zu dem konkreten geschrieben hat. und sehr viele andere mit uns. als dann karlheinzes briefe in der taz waren, was er sagt und wie(siehe fragen an kh)wurde das nicht glauben wollen schwieriger- wegen der selbstgerechtigkeit und weil vieles-- anstatt vom konkreten/eigenen zu reden- abgeschoben wird,indem er "zu anderen" was sagt.
nach eurer erklärung müssen die, für die ihr enormes aufgerissen hattet auch zweifeln. an allem, an sich selbst, an euch. an dem, was ihr wirklich gewollt habt. viele sagten nach eurer erklärung(2.11.93): die raf hat UNS auch hintergangen, wenn sie das jetzt einfach so richtig finden wie + was die celler da machten. in dem sinn: nach aussen so geredet und in wirklichkeit was anderes gemacht,gewollt. die raf hatte doch gesagt, es kommt auf uns alle an wie und was und ob und in wirklichkeit haben die celler gefangenen dann euch einbezogen in ihre gespräche.

mit ihr (2.11.erklärung) untergrabt ihr alles was ihr ab april gewagt hattet- über euch, die eigene wirklichkeit, die zweifel- die fehler zu reden um zu einer anderen anhaltenden umwälzenden revolutionären wirklichkeit aller kämpfenden kommen zu können.
ihr müsst es schaffen, da nochmal hinzukommen! über euch zu reden, das was wirklich war und wie ihr das jetzt seht.
den teufelskreis der schlammschlacht durchbrechen. nichts beschönigen, verteidigen, abschieben..
das schaffen, damit das was wir auch an karlheinz,lutz, knut und birgit geschrieben haben, die ausgangslage für die zukunft bleibt- "den bruch halten" UND das was ihr erkämpft habt nicht den bach runtergeht und alles vorher auch.
"aber nun ist auch unsere schmerzgrenze überschritten"(..)(raf, 2.11.93).
DAVON ist alles was ihr schreibt bestimmt. ihr schlagt zurück, die schnauze voll von ... respektlosigkeit und anti-solidarität(?).
DAS gebt ihr dann zurück und werdet teil des teufelskreises-- aus dem NICHTS übrigbleiben wird.
auch unsere eigene geschichte- front- und wesentliche politische überlegungen AUS diesen erfahrungen wird mit einem haufen stinkendem schlamm überlagert.
auch das wird eine wirkung sein, wenn ihr alles jetzt so stehen lasst. weil ihr draussen die einzigste relevante kraft ward, die aus dem front-prozess weiter agiert habt.

gut finden wir, dass ihr zu weiterstadt (von den gefangenen) inhaltlich wissen wollt, was daran der deal/ bewaffneter kampf zur ware etc. gewesen sein soll. aber auch das wird überlagert von eurem draufhauen, über "die anderen" reden, statt über sich selbst und das konkrete aktuelle.

(..)"es hat nie irgendwelche geheimverhandlungen zwischen uns und dem staat gegeben. es ging in unseren überlegungen nie darum, den bewaffneten kampf für die freiheit der politischen gefangenen zu "verdealen". alle behauptungen, die das gegenteil suggerieren, sind dreck, unwahr."(..) raf,2.11.93

faktisch, in dem inhalt der gespräche ging es aber doch um EUCH.deswegen müsst IHR aus eurer geschichte, erfahrungen, einschätzung, die letzten zwei jahre, was hier war oder-nicht wahr und wie ihr das jetzt seht was sagen. wenn es so, wie ihrs jetzt gesagt habt stehenbleibt stellt ihr euch zwar HINTER die celler - macht eine front gegen "die anderen" -- und weiter?

"wir sagen ausdrücklich: die gespräche, die die celler gefangenen mit ströbele hatten, bzw.mit bubis führen wollten- in dem inhalt, wie karlheinz das in der taz vom 1.11.93 erklärt- standen in der tat nicht im widerspruch zu unseren vorstellungen." (raf,2.11.93)

das ist schon deswegen ein hammer, weil ihr damit sagt, dass es (für euch) legitim war an den anderen gefangenen(und anderen), um die es ja in dem INHALT der gespräche auch ging, VORBEI diese sache zu initiieren und konkret zu betreiben.
karlheinz sagt dazu: "das war für uns auch ein problem und wir hätten es lieber anders gemacht." das glauben wir so nicht. dass das das problem war. danach wird karlheinz deutlicher (..)"ihr hättet es niedergemacht, wie jede sache von hier! die absurdität dahinter ist der besitzanspruch! ihr stellt die eigentumsfrage an die raf!(..)" an einem punkt wo er /sie zu sich und der sache was sagen sollten wird über "die anderen" gefangenen geredet und dann- über euch. weil die anderen gefangenen so böse zu euch waren/sind, deswegen ist es doch nur legitim wie + was man selbst seit mai 93 konkret gemacht hat, oder wie?
das ist doch alles nur noch schlamm, unfassbar. wenns drum geht über SICH und die wirklichkeit/die fakten/die fehler,irrtümer zu reden benutzt man andere um sich selbst glaubwürdiger darzustellen oder man dreht es gegen andere um. je nachdem.

ihr durchbrecht das auch nicht. wenn die anderen gefangenen ähnliche überlegungen hatten 199o, dann ist das eine sache. wenn jetzt 3 jahre später -
- diese gespräche- an Allen anderen vorbei konkretisiert, durchgezogen wurden, dann ist das eine ganz andere sache.(siehe auch fragen an die celler gefangenen).

wir glauben, dass ihr diejenigen seid, die es schaffen könnt- diesen teufelskreis jetzt - trotz allem oder: erst recht- zu durchbrechen. indem ihr, wie ihr es auch angefangen habt im april 92 über euch redet, über das was IHR denkt zu dem was die celler versucht haben, was ihr denkt wie es bis dahin gekommen ist, wie ihrs jetzt seht. ihr habt im april 92 den mut, die radikalität gehabt euch/eure geschichte/wirklichkeit/selbstkritisches hier einzubringen um raum zu schaffen für den notwendigen neubestimmungsprozess. dann könnt ihr das jetzt auch- um den bruch zu halten UND diesen neubestimmungsprozess OFFEN zu halten. von da aus wird es vertrauen, solidarität, wege geben- ansonsten ist erstmal nur noch schlamm, misstrauen, unehrlichkeit, verantwortung abschieben, aufgabe + das wird jahre dauern bis der berg wieder abgetragen ist.

alle liebe. alle kraft. MIKESCH



zensur in der interim?!

euer vorwort in der interim 263 in bezug auf die "raf-diskussion" muß den genossinnen, deren papier ("zum brief von brigitte mohnhaupt und der neuen raf-erklärung") wir im ordner gefunden haben, wie hohn erscheinen. - bürgerlicher mediendreck!

für uns ist dies genauso unverständlich wie für den/die verfasserinnen des artikels zur organisationsdebatte in der letzten interim, der/die euch wegen dieser vorgehensweise auch kritisierte.
habt ihr euch mit dem unveröffentlichten artikel überhaupt auseinandergesetzt oder schlug die zensur schon bei anblick von punkt 4.c) "Stalin" (kritik!) ungelesen zu? die in diesem text aufgeworfenen und tabulosen fragen könnten erstmals seit knapp zwei jahren zur grundlage der, auch von euch geforderten, perspektiv-diskussion führen. und (s. s. 28/29 interim 263) - den illegalen und besonders den gefangenen genossinnen dürfte der weg zum nächsten ordner versperrt sein - nix mit eurer solidarität!
welche (wenn überhaupt) position bezieht ihr in dieser diskussion eigentlich? seit sept. '92 (erklärung von christian klar im zürich-prozeß) bis heute unterdrückt ihre (bestimmte) meinungen je nach opportunität.
gespannt auf die kommende runde im "jurassic-park-spiel" sind

einige autonome (und damit natürlich auch antiimperialistische) genossinnen

Do 2.12.

Anarchistischer Laden
Rathenower Str. 22
10559 Berlin Moabit
Tel.: 3946167



Donnerstag 2.12. 20Uhr: "Food Coop"
Eine Einführung mit Dias von S. Cwiklinski
Tips zur Gründung und Funktionsweise von Lebensmittelcooperativen in denen Umweltschonend angebaute Nahrungsmittel ohne Zwischenhandel an die VerbraucherInnen kommen. Geschichte und politische Ziele von Food Coops.

Do 2.12.

POLEN - REIHE

Filme / Filme / Filme

DER MANN AUS EISEN Do. 2.12.93 20.00Uhr

Andrzej Wajda / 1981 Polen

In diesem Film rekonstruiert Wajda die Entwicklung Polens in den siebziger Jahren. Winkel, ein angepaßter Rundfunkreporter, wird im August 1980 nach Danzig geschickt um über die Ereignisse zu berichten. Zu diesem Zeitpunkt haben die Arbeiter auf der Lenin-Werft eine unübersehbare Gegenmacht aufgebaut, das "überbetriebliche Streikkomitee".

Fr 3.12.

KAA 14

Kurfürstenstr. 14
10785 Berlin

Vorträge / Diskussionen

Polen nach der Wahl'
Jacek Tyblewski
3. Dez. 19.00 Uhr

Do 2.12.

... was aber wären wir für Menschen.... 1.Teil
70 Minuten 1993 gruppe 2

Clash
Uferstr. 13
Wedding

Die Geschichte der politischen Gefangenen in der BRD und Ihr Kampf im Gefängnis: Zwei Jahrzehnet wurde von Politikern, Bundesanwaltschaft und Vollzugsorganen versucht, sie auf die infamen Formeln zu hämmern: RAF = Terrorismus; Wiederstand = RAF; Kampf gegen die Haftbedingungen = RAF. Eine Geschichtsschreibung, in der Gewalt nicht mit der Komplizenschaft der BRD am Völkermord in Vietnam, sondern mit dem bewaffneten Widerstand dagegen beginnt, in der eine terrroristische Vereinigung nicht diejenigen genannt werden, die politische Gefangene der jahrzentelangen Tortur physischer und psychischer Zerstörung unterziehen sondern jene, die sich dagegen wehren. Bereits mit dem 10. Hungerstreik 1989, dann im Zusammenhang mit der "Kinkel-Initiative" - in Wahrheit eine Initiative der Koordinierungs Gruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) - erst recht aber seit der Erklärung der RAF vom April 92 ist, besonders bei vielen jüngeren, das Interesse für die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des bewaffneten Kampfes, und damit auch die Geschichte von mehr als 20 Jahren Sonderhaft und Ausnahmerecht erneut gestiegen.
In zwei Teilen skizziert der Film die geschichte dieses Kampfes - drinnen und draussen.
Der erste Teil behandelt die Zeit von 1967 bis 1977. Er enthält Interviews mit ehmaligen Gefangenen aus der Guerilla, mit Zeitzeugen, einem Arzt und Angehörigen einer ehmaligen politischen Gefangenen und vermittelt anhand von umfangreichen Dokumentationsmaterial einen Eindruck von der Aufbruchsztimmung der späten 60er Jahre - nicht nur in der BRD.

Do 2.12.93 20.00 Uhr
nur FrauenLesben

Mo 6.12.93 20.00 Uhr + 23.30 Uhr
gemischt

MUTANKENSTADL IM EX



FR.3.12.93 AB 20⁰⁰

s.Seite 3

***RASSISMUS TÖTET!* Gegen die staatliche Deckung rassistischer Gewalt**

Sa 4.12.

Kundgebung/Demo in Eberswalde zum Todestag von Amadeu Antonio (6.12.1990) am Samstag den 4.12.93 um 13 Uhr (Gerichtstraße vor dem Polizeipräsidium)

Sa 4.12.

Info- und Diskussionsveranstaltung zum Thema:

Wohin führt die Situation in der Türkei ?
und
Ist die Kurdenfrage unlösbar ?

s.Seite 21

ReferentInnen :
Doz. Haluk GERGER (Politologe)
Ercan KANAR (Menschenrechtsorganisation - IHD Istanbul
Angelika BEER (Bündnis 90 / Grünen , angesprochen)

Datum: am 04. 12. 1993 Samstag
Zeit:um 15:00 Uhr
Ort:TU Mathe-Gebäude
Strasse des 17. Juni 136
Raum: MA 001
10623 Berlin
U-Bhf. Ernst Reuter Platz

...alter : Toplumsal Dayanışma und Internat. Ref. des AStA-TU

★ ANT!FA ★
JUGENDFRONT
SOLI-PARTIE



am:Sa, 4.12.93
ab:22⁰⁰Uhr
im:VEB7
Brunnenstr.7 (2.HOF)
U-Bhf. Rosentaler Platz (U8)

So 5.12.

AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage
Filme + Vorträge + Diskussionen

5.12.: "Die Wahrheit liegt in Rostock"
Filmische Analyse des Pogroms von Rostock 1992
Anschließend Diskussion

Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

ERÖFFNUNGSPAADIE
AÇILEŞ TÖRENİ
SAMSTAG 4.DEZEMBER
CUMARTESİ 4.ARALIK
SAAT 21 UHR

POTZ-BLITZ
Ex Lunte

MONTAGS	ab 17 Uhr	Antifa-Café
	ab 19 Uhr	Ladenplenum
dienstags	ab 17 Uhr	Krümel-Café
mittwochs	ab 17 Uhr	Kurdisches Café
donnerstags	ab 19 Uhr	Volxküche
freitags	ab 18 Uhr	Frauencafé "Elle Rabiata"
samstags	ab 11 Uhr	3.Welt-Frühstück (Infos & Archiv)
	ab 15Uhr29	Fußballcafé "Linksaußen"

Weisestraße 53
Neukölln
STADTTEILLADEN

Mo 6.12.

Clash
Uferstr.13
Wedding

Mo 6.12.93
20.00 + 23.30
gemischt
Film :
...was aber
wären wir für
Menschen... 1.Teil

Do 9.12

MIR ZEYNEN DO Do. 9.12.93 20.30 Uhr
- Der Ghettoaufstand und die jüdischen PartisanInnen von Bialystok

Ingrid Stobl 1992 BRD

Im August 1943 erheben sich die jüdischen WiderstandskämpferInnen der ostpolnischen Stadt Bialystok gegen die endgültige Liquidierung des Ghettos. Nur wenige überleben den Aufstand, unter ihnen sechs junge Frauen, genannt "die Mejdalach" (die Mädchen). Drei dieser ehemaligen Kämpferinnen erzählen von ihrem Kampf gegen die deutsche Vernichtungspolitik.

KAA 14, Kurfürstenstr. 14
10785 Berlin

Do 9.12.

Anarchistischer Laden,Rathenowerstr.22
10559 Moabit Tel.3946167

Donnerstag 9.12. 20Uhr: **"Zehn kleine Negerlein"**
Radiofeature von R.Cantzen
Die Radiosendung beleuchtet den alltäglichen Rassismus. Eventuell wird der Autor anwesend sein.



Fr 10.12.

Heiteres Pakete-Packen: Am 10.12. um 13.00 wollen wir mit anderen Frauen/Lesben Knastpakete für Frauen/Lesben aus der Plötze packen. Welche hilft mit? Knete ist vorhanden Teffpunkt im neuen Frauen/Lesben-Raum im Mehringhof,Aufgang 3 Gneisenaustr.2a

RECHTSBERATUNG
in den Räumen der Adalbertstr. 6

Wir sind eine Gruppe von deutschen und türkischen Menschen, die ihre Gemeinschaftsräume der Adalbertstrasse 6 nicht nur für die BewohnerInnen nutzen, sondern alle Menschen aus dem Kiez willkommen heißen.



ÖFFNUNGSZEITEN:

Montag:	18.00 - 20.00 Rechtsberatung
Dienstag:	17.00 - 22.00
Mittwoch:	17.00 - 22.00
Donnerstag:	17.00 - 22.00
Freitag:	17.00 - 22.00 ab 18.00 warmes Essen
Samstag:	17.00 - 22.00
Sonntag:	ab 14.00 Frühstück ab 18.00 Film

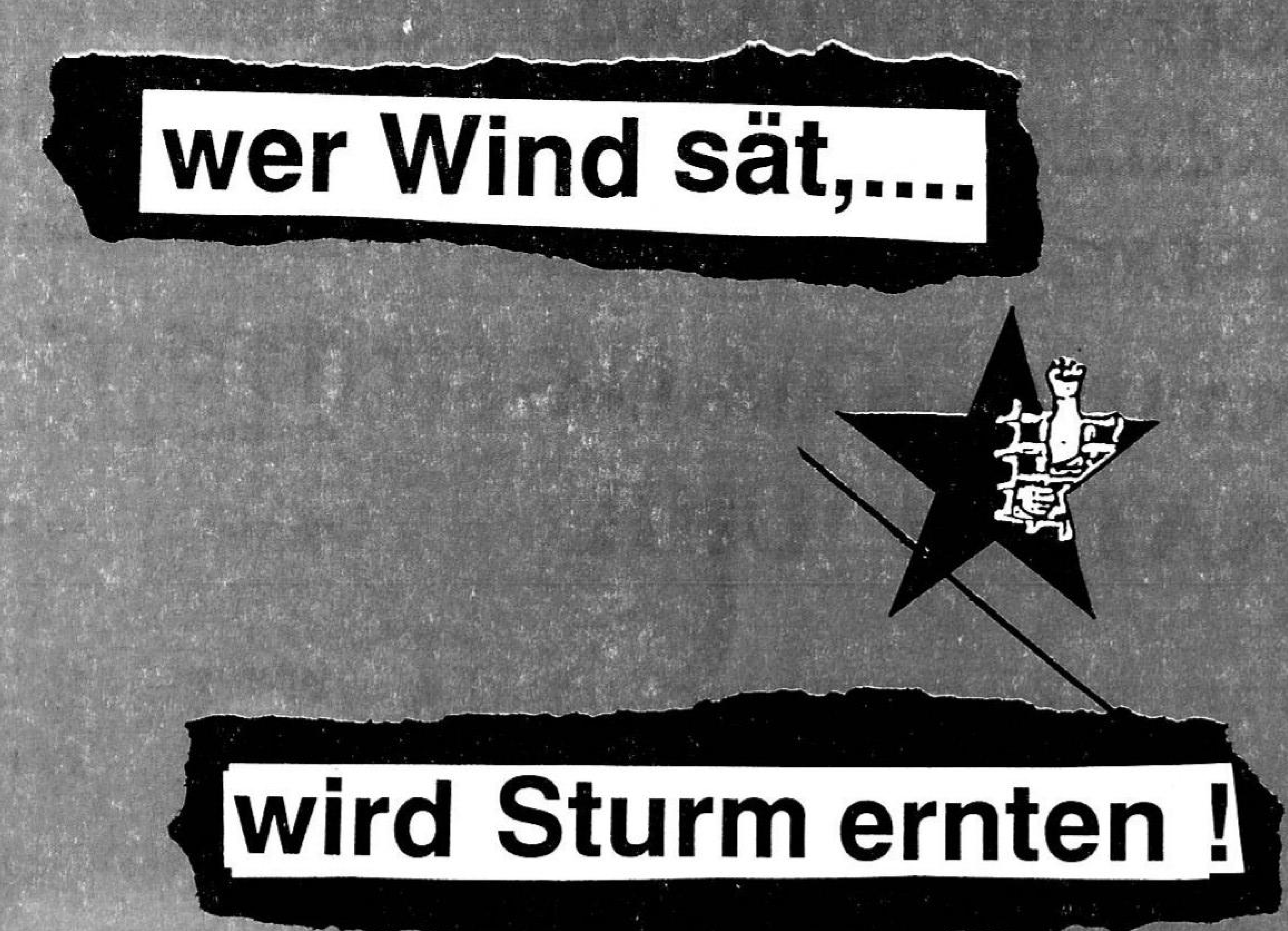
WAS HEISST RECHTSBERATUNG?

Der Verein "Guernica e.V." veranstaltet in den Räumen der A6 eine regelmäßige Rechtsberatung mit folgenden Schwerpunkten:

- Mietrecht
- Arbeitsrecht
- AusländerInnenrecht
- Strafrecht und
- Sozialhilfeberatung

Übersetzungen in Englisch, Französisch, Spaniasch, Arabisch und Türkisch ist möglich.





Die türkischen und kurdischen AntifaschistInnen Fatma, Mehmet, Abidin und Erkan, sitzen im Knast. 10 weitere werden gesucht! Der Vorwurf lautet auf Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung an dem Funktionär der faschistischen Deutschen Liga, Gerhard Kaindl.



Solidarität mit den Gefangenen! Behindert die Bullen bei ihren Schnüffeleleien und Provokationen!

Offensiver Widerstand gegen Faschisten/ Faschistinnen und Sexisten!

Keine Aussagen bei Bullen und Justiz !

KNASTKUNDGEBUNG

So. 5. Dez

13 Uhr JVA Plötzensee
F.Olbricht Damm 17
Danach Demo nach Moabit
15 Uhr Moabit